

Sammlung der eidgenössischen Gesetze

Erscheint nach Bedarf. Preis: Inland Fr. 14.– im Jahr, Fr. 9.– im Halbjahr, Ausland Fr. 22.– im Jahr, zuzüglich Nachnahme- und Postzustellungsgebühr

INHALT: Schweizerisches Strafgesetzbuch (S. 777) – Bankengesetz (S. 808 und 824) – Landwirtschaftliche Forschungsanstalten (S. 825) – Jagd und Vogelschutz (S. 848 und 852) – Wirtschafts- und Zahlungsverkehr mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (S. 853 und 857) – Asiatische Entwicklungsbank (S. 858) – Berichtigung: Bundesratsbeschluss betreffend Änderung der Verordnung über das landwirtschaftliche Bildungs- und Versuchswesen (S. 904).

Bundesgesetz betreffend Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Vom 18. März 1971)

*Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 1. März 1965¹⁾,

beschliesst:

I

Das Schweizerische Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937²⁾ wird nach Massgabe der folgenden Bestimmungen geändert und ergänzt:

Art. 10

Wer wegen Geisteskrankheit, Schwachsinn oder schwerer Störung des Bewusstseins zur Zeit der Tat nicht fähig war, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder gemäss seiner Einsicht in das Unrecht der Tat zu handeln, ist nicht strafbar. Vorbehalten sind Massnahmen nach Artikel 43 und 44.

2. Zurechnungs-
fähigkeit
Unzurechnungs-
fähigkeit

Art. 11

War der Täter zur Zeit der Tat in seiner geistigen Gesundheit oder in seinem Bewusstsein beeinträchtigt oder geistig mangelhaft entwickelt, so dass die Fähigkeit, das Unrecht seiner Tat einzusehen

Verminderte
Zurechnungs-
fähigkeit

¹⁾ 1965 I 561

²⁾ BS 3 203; AS 1951 1; 1967 28 und 29; 1969 319.

oder gemäss seiner Einsicht in das Unrecht der Tat zu handeln, herabgesetzt war, so kann der Richter die Strafe nach freiem Ermessen mildern (Art. 66). Vorbehalten sind Massnahmen nach Artikel 42 bis 44 und 100^{bis}.

Art. 13

Zweifelhafter
Geisteszustand
des Beschuldig-
ten

¹ Die Untersuchungs- oder die urteilende Behörde ordnet eine Untersuchung des Beschuldigten an, wenn sie Zweifel an dessen Zurechnungsfähigkeit hat oder wenn zum Entscheid über die Anordnung einer sichernden Massnahme Erhebungen über dessen körperlichen oder geistigen Zustand nötig sind.

² Die Sachverständigen äussern sich über die Zurechnungsfähigkeit des Beschuldigten sowie auch darüber, ob und in welcher Form eine Massnahme nach Artikel 42 bis 44 zweckmässig sei.

Art. 14 bis 17

Aufgehoben

Art. 35

1. Freiheits-
strafen
Zuchthaus-
strafe

Die Zuchthausstrafe ist die schwerste Freiheitsstrafe. Ihre kürzeste Dauer ist ein Jahr, die längste Dauer zwanzig Jahre. Wo das Gesetz es besonders bestimmt, ist sie lebenslänglich.

Art. 36

Gefängnis-
strafe

Die kürzeste Dauer der Gefängnisstrafe ist drei Tage. Wo das Gesetz nicht ausdrücklich anders bestimmt, ist die längste Dauer drei Jahre.

Art. 37

Vollzug der
Zuchthaus-
und Gefängnis-
strafe

1. Der Vollzug der Zuchthaus- und Gefängnisstrafen soll erziehend auf den Gefangenen einwirken und ihn auf den Wiedereintritt in das bürgerliche Leben vorbereiten.

Der Gefangene ist zur Arbeit verpflichtet, die ihm zugewiesen wird. Er soll womöglich mit Arbeiten beschäftigt werden, die seinen Fähigkeiten entsprechen und die ihn in den Stand setzen, in der Freiheit seinen Unterhalt zu erwerben.

2. Zuchthaus- und Gefängnisstrafen können in der gleichen Anstalt vollzogen werden. Diese ist, unter Vorbehalt von Sonderbestimmungen dieses Gesetzes, von den andern im Gesetz genannten Anstalten zu trennen.

Der Verurteilte, der innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Tat weder eine Zuchthausstrafe noch eine Gefängnisstrafe von mehr als drei Monaten verbüsst hat und noch nie in eine Anstalt gemäss Artikel 42 oder 91 Ziffer 2 eingewiesen war, ist in eine Anstalt für Erstmalige einzuweisen. Er kann in eine andere Anstalt eingewiesen werden, wenn besondere Umstände wie Gemeinge-

fährlichkeit, ernsthafte Fluchtgefahr oder besondere Gefahr der Verleitung anderer zu strafbaren Handlungen vorliegen.

Die zuständige Behörde kann ausnahmsweise einen Rückfälligen in eine Anstalt für Erstmalige einweisen, wenn dies notwendig ist und dem erzieherischen Zweck der Strafe entspricht.

3. Der Gefangene wird während der ersten Stufe des Vollzuges in Einzelhaft gehalten. Die Anstaltsleitung kann mit Rücksicht auf den körperlichen oder geistigen Zustand des Gefangenen davon absehen. Sie kann ihn auch später wieder in Einzelhaft zurückversetzen, wenn sein Zustand oder der Zweck des Vollzuges dies erfordert.

Gefangene, die mindestens die Hälfte der Strafzeit, bei lebenslänglicher Zuchthausstrafe mindestens zehn Jahre verbüsst und sich bewährt haben, können in freier geführte Anstalten oder Anstaltsabteilungen eingewiesen oder auch ausserhalb der Strafanstalten beschäftigt werden. Diese Erleichterungen können auch anderen Gefangenen gewährt werden, wenn ihr Zustand es erfordert.

Die Kantone regeln Voraussetzungen und Umfang der Erleichterungen, die stufenweise dem Gefangenen gewährt werden können.

Art. 37^{bis} (neu)

1. Ist für strafbare Handlungen des Verurteilten eine Gefängnisstrafe von nicht mehr als drei Monaten zu vollziehen, so sind die Bestimmungen über die Haft anwendbar. Vollzug kurzer Gefängnisstrafen

Für gleichzeitig vollziehbare Strafen bleibt Artikel 397^{bis} Absatz 1 Buchstabe a vorbehalten, ebenso für Gesamtstrafen und Zusatzstrafen.

2. Ist von einer längeren Gefängnisstrafe des Verurteilten infolge der Anrechnung von Untersuchungshaft oder aus andern Gründen nur eine Reststrafe von nicht mehr als drei Monaten zu vollziehen, so bestimmt die Vollzugsbehörde, ob er in eine Anstalt zum Vollzug von Haftstrafen einzuweisen sei.

Die Vollzugsgrundsätze des Artikels 37 bleiben in der Regel sinngemäss anwendbar.

3. Der Gefangene ist in jedem Fall zur Arbeit verpflichtet, die ihm zugewiesen wird.

Art. 38

1. Hat der zu Zuchthaus oder Gefängnis Verurteilte zwei Drittel der Strafe, bei Gefängnis mindestens drei Monate, verbüsst, so kann ihn die zuständige Behörde bedingt entlassen, wenn sein Verhalten während des Strafvollzuges nicht dagegen spricht und anzunehmen ist, er werde sich in der Freiheit bewähren. Bedingte Entlassung

Hat ein zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe Verurteilter fünfzehn Jahre erstanden, so kann ihn die zuständige Behörde bedingt entlassen.

Die zuständige Behörde prüft von Amtes wegen, ob der Gefangene bedingt entlassen werden kann. Sie holt einen Bericht der Anstaltsleitung ein. Sie hört den Verurteilten an, wenn er kein Gesuch gestellt hat oder wenn auf Gesuch hin eine bedingte Entlassung nicht ohne weiteres gegeben ist.

2. Die zuständige Behörde bestimmt dem bedingt Entlassenen eine Probezeit, während der er unter Schutzaufsicht gestellt werden kann. Diese Probezeit beträgt mindestens ein und höchstens fünf Jahre. Wird ein zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe Verurteilter bedingt entlassen, so beträgt die Probezeit fünf Jahre.

3. Die zuständige Behörde kann dem bedingt Entlassenen Weisungen über sein Verhalten während der Probezeit erteilen, insbesondere über Berufsausübung, Aufenthalt, ärztliche Betreuung, Verzicht auf alkoholische Getränke und Schadensdeckung.

4. Begeht der Entlassene während der Probezeit eine strafbare Handlung, für die er zu einer drei Monate übersteigenden und unbedingt zu vollziehenden Freiheitsstrafe verurteilt wird, so ordnet die zuständige Behörde die Rückversetzung an. Wird der Entlassene zu einer milderen oder zu einer bedingt zu vollziehenden Strafe verurteilt, so kann die zuständige Behörde von der Rückversetzung Umgang nehmen.

Handelt der Entlassene trotz förmlicher Mahnung der zuständigen Behörde einer ihm erteilten Weisung zuwider, entzieht er sich beharrlich der Schutzaufsicht oder täuscht er in anderer Weise das auf ihn gesetzte Vertrauen, so ordnet die zuständige Behörde die Rückversetzung an. In leichten Fällen kann sie davon Umgang nehmen.

Die Haft während des Rückversetzungsverfahrens ist auf den noch zu verbüssenden Strafreist anzurechnen.

Wird von der Rückversetzung Umgang genommen, so kann die zuständige Behörde den Entlassenen verwarnen, ihm weitere Weisungen erteilen und die Probezeit höchstens um die Hälfte der ursprünglich festgesetzten Dauer verlängern.

Trifft eine durch den Entscheid über die Rückversetzung vollziehbar gewordene Reststrafe mit dem Vollzug einer Massnahme nach Artikel 43, 44 oder 100^{bis} zusammen, so ist der Vollzug aufgeschoben.

Der Vollzug der Reststrafe kann nicht mehr angeordnet werden, wenn seit Ablauf der Probezeit fünf Jahre verstrichen sind.

5. Bewährt sich der Entlassene bis zum Ablauf der Probezeit, so ist er endgültig entlassen.

Art. 39

1. Die Haftstrafe ist die leichteste Freiheitsstrafe. Ihre kürzeste Dauer ist ein Tag, die längste Dauer drei Monate. Haftstrafe

Ist im Gesetz neben der Gefängnisstrafe wahlweise Busse angedroht, so kann der Richter statt auf Gefängnis auf Haft erkennen.

2. Die Haftstrafe wird in einer besondern Anstalt vollzogen, jedenfalls aber in Räumen, die nicht dem Vollzug anderer Freiheitsstrafen oder von Massnahmen dienen.

3. Der Haftgefangene wird zur Arbeit angehalten. Es ist ihm gestattet, sich angemessene Arbeit selbst zu beschaffen. Macht er von dieser Befugnis keinen Gebrauch, so ist er zur Leistung der ihm zugewiesenen Arbeit verpflichtet.

Wenn es die Umstände rechtfertigen, kann er ausserhalb der Anstalt mit Arbeit beschäftigt werden, die ihm zugewiesen wird.

Art. 40

(Randtitel)

Unterbrechung
des Vollzuges

Art. 41

1. Der Richter kann den Vollzug einer Freiheitsstrafe von nicht mehr als achtzehn Monaten oder einer Nebenstrafe aufschieben, wenn Vorleben und Charakter des Verurteilten erwarten lassen, er werde dadurch von weitem Verbrechen oder Vergehen abgehalten, und wenn er den gerichtlich oder durch Vergleich festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat. Bedingter
Strafvollzug

Der Aufschub ist nicht zulässig, wenn der Verurteilte innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Tat wegen eines vorsätzlich begangenen Verbrechens oder Vergehens eine Zuchthaus- oder eine Gefängnisstrafe von mehr als drei Monaten verbüsst hat. Ausländische Urteile sind den schweizerischen gleichgestellt, wenn sie den Grundsätzen des schweizerischen Rechts nicht widersprechen.

Schiebt der Richter den Strafvollzug auf, so bestimmt er dem Verurteilten eine Probezeit von zwei bis zu fünf Jahren.

Beim Zusammentreffen mehrerer Strafen kann der Richter den bedingten Vollzug auf einzelne derselben beschränken,

2. Der Richter kann den Verurteilten unter Schutzaufsicht stellen. Er kann ihm für sein Verhalten während der Probezeit bestimmte Weisungen erteilen, insbesondere über Berufsausübung, Aufenthalt, ärztliche Betreuung, Verzicht auf alkoholische Getränke und Schadensdeckung innerhalb einer bestimmten Frist.

Die Umstände, die den bedingten Strafvollzug rechtfertigen oder ausschliessen, sowie die Weisungen des Richters sind im Urteil festzuhalten. Der Richter kann die Weisungen nachträglich ändern.

3. Begeht der Verurteilte während der Probezeit ein Verbrechen oder Vergehen, handelt er trotz förmlicher Mahnung des Richters einer ihm erteilten Weisung zuwider, entzieht er sich beharrlich der Schutzaufsicht oder täuscht er in anderer Weise das auf ihn gesetzte Vertrauen, so lässt der Richter die Strafe vollziehen.

Wenn begründete Aussicht auf Bewährung besteht, kann der Richter in leichten Fällen statt dessen, je nach den Umständen, den Verurteilten verwarnen, zusätzliche Massnahmen nach Ziffer 2 anordnen und die im Urteil bestimmte Probezeit um höchstens die Hälfte verlängern.

Bei Verbrechen oder Vergehen während der Probezeit entscheidet der dafür zuständige Richter auch über den Vollzug der bedingt aufgeschobenen Strafe oder deren Ersatz durch die vorgesehenen Massnahmen. In den übrigen Fällen ist der Richter zuständig, der den bedingten Strafvollzug angeordnet hat.

Trifft eine durch den Widerruf vollziehbar erklärte Strafe mit dem Vollzug einer Massnahme nach Artikel 43, 44 oder 100^{bis} zusammen, so ist der Strafvollzug aufzuschieben.

Der Vollzug der aufgeschobenen Strafe kann nicht mehr angeordnet werden, wenn seit Ablauf der Probezeit fünf Jahre verstrichen sind.

4. Bewährt sich der Verurteilte bis zum Ablauf der Probezeit und sind die Bussen und die unbedingt ausgesprochenen Nebenstrafen vollzogen, so verfügt die zuständige Behörde des Urteilkantons die Löschung des Urteils im Strafregister.

Art. 42

2. Sichernde Massnahmen Verwahrung von Gewohn- heitsverbre- chern

1. Hat der Täter schon zahlreiche Verbrechen oder Vergehen vorsätzlich verübt und wurde ihm deswegen durch Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen oder eine Arbeitserziehungsmassnahme die Freiheit während insgesamt mindestens zwei Jahren entzogen, oder war er an Stelle des Vollzugs von Freiheitsstrafen bereits als Gewohnheitsverbrecher verwahrt, und begeht er innert fünf Jahren seit der endgültigen Entlassung ein neues vorsätzliches Verbrechen oder

Vergehen, das seinen Hang zu Verbrechen oder Vergehen bekundet, so kann der Richter an Stelle des Vollzuges einer Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe Verwahrung anordnen.

Der Richter lässt den geistigen Zustand des Täters soweit erforderlich untersuchen.

2. Die Verwahrung ist in einer offenen oder geschlossenen Anstalt zu vollziehen, jedoch in keinem Falle in einer Anstalt für Erstmalige, in einer Haftanstalt, in einer Arbeitserziehungsanstalt oder in einer Trinkerheilanstalt.

3. Der Verwahrte ist zur Arbeit verpflichtet, die ihm zugewiesen wird.

Verwahrte, die mindestens die Hälfte der Strafzeit und wenigstens zwei Jahre in der Anstalt verbracht und sich dort bewährt haben, können ausserhalb der Anstalt beschäftigt werden. Diese Erleichterung kann ausnahmsweise auch andern Verwahrten gewährt werden, wenn es ihr Zustand erfordert.

4. Der Verwahrte bleibt mindestens bis zum Ablauf von zwei Dritteln der Strafdauer und wenigstens drei Jahre in der Anstalt. Die vom Richter nach Artikel 69 auf die Strafe angerechnete Untersuchungshaft ist dabei zu berücksichtigen.

Die zuständige Behörde verfügt auf das Ende der Mindestdauer die bedingte Entlassung für drei Jahre, wenn sie annimmt, die Verwahrung sei nicht mehr nötig, und stellt den Entlassenen unter Schutzaufsicht.

Im Falle der Rückversetzung beträgt die Mindestdauer der neuen Verwahrung in der Regel fünf Jahre.

5. Die Verwahrung kann auf Antrag der zuständigen Behörde vom Richter ausnahmsweise schon vor Ende der Mindestdauer von drei Jahren aufgehoben werden, wenn kein Grund zur Verwahrung mehr besteht und zwei Drittel der Strafdauer abgelaufen sind.

Art. 43

1. Erfordert der Geisteszustand des Täters, der eine vom Gesetz mit Zuchthaus oder Gefängnis bedrohte Tat begangen hat, die damit im Zusammenhang steht, ärztliche Behandlung oder besondere Pflege und ist anzunehmen, dadurch lasse sich die Gefahr weiterer mit Strafe bedrohter Taten verhindern oder vermindern, so kann der Richter Einweisung in eine Heil- oder Pflegeanstalt anordnen. Er kann ambulante Behandlung anordnen, sofern der Täter für Dritte nicht gefährlich ist.

Massnahmen
an geistig
Abnormen

Gefährdet der Täter infolge seines Geisteszustandes die öffentliche Sicherheit in schwerwiegender Weise, so wird vom Richter

seine Verwahrung angeordnet, wenn diese Massnahme notwendig ist, um ihn vor weiterer Gefährdung anderer abzuhalten. Die Verwahrung wird in einer geeigneten Anstalt vollzogen.

Der Richter trifft seinen Entscheid auf Grund von Gutachten über den körperlichen und geistigen Zustand des Täters und über die Verwahrungs-, Behandlungs- oder Pflegebedürftigkeit.

2. Wird vom Richter Einweisung in eine Heil- oder Pflegeanstalt oder Verwahrung angeordnet, so schiebt er im Fall einer Freiheitsstrafe deren Vollzug auf.

Zwecks ambulanter Behandlung kann der Richter den Vollzug der Strafe aufschieben, um der Art der Behandlung Rechnung zu tragen. Er kann in diesem Falle entsprechend Artikel 41 Ziffer 2 Weisungen erteilen und wenn nötig eine Schutzaufsicht anordnen.

3. Wird die Behandlung in der Anstalt als erfolglos eingestellt, so entscheidet der Richter, ob und wie weit aufgeschobene Strafen noch vollstreckt werden sollen.

Erweist sich die ambulante Behandlung als unzweckmässig oder für andere gefährlich, erfordert jedoch der Geisteszustand des Täters eine ärztliche Behandlung oder besondere Pflege, so wird vom Richter Einweisung in eine Heil- oder Pflegeanstalt angeordnet. Ist Behandlung in einer solchen Anstalt unnötig, so entscheidet der Richter, ob und wie weit aufgeschobene Strafen noch vollstreckt werden sollen.

An Stelle des Strafvollzugs kann der Richter eine andere sichernde Massnahme anordnen, wenn deren Voraussetzungen erfüllt sind.

4. Die zuständige Behörde beschliesst die Aufhebung der Massnahme, wenn ihr Grund weggefallen ist.

Ist der Grund der Massnahme nicht vollständig weggefallen, so kann die zuständige Behörde eine probeweise Entlassung aus der Anstalt oder der Behandlung anordnen. Sie kann den Entlassenen unter Schutzaufsicht stellen. Probezeit und Schutzaufsicht werden von ihr aufgehoben, wenn sie nicht mehr nötig sind.

Die zuständige Behörde hat ihren Beschluss dem Richter vor der Entlassung mitzuteilen.

5. Der Richter entscheidet nach Anhören des Arztes, ob und wie weit aufgeschobene Strafen im Zeitpunkt der Entlassung aus der Anstalt oder nach Beendigung der Behandlung noch vollstreckt werden sollen. Er kann insbesondere vom Strafvollzug ganz absehen, wenn zu befürchten ist, dass dieser den Erfolg der Massnahme erheblich gefährdet.

Die Dauer des Freiheitsentzugs durch Vollzug der Massnahme in einer Anstalt ist auf die Dauer einer bei ihrer Anordnung aufgeschobenen Strafe anzurechnen.

Die zuständige Behörde äussert sich bei der Mitteilung ihres Beschlusses zur Frage, ob sie der Ansicht ist, der Vollzug von Strafen sei für den Entlassenen nachteilig.

Art. 44

1. Ist der Täter trunksüchtig und steht die von ihm begangene Tat damit im Zusammenhang, so kann der Richter seine Einweisung in eine Trinkerheilanstalt oder, wenn nötig, in eine andere Heilanstalt anordnen, um die Gefahr künftiger Verbrechen oder Vergehen zu verhüten. Der Richter kann auch ambulante Behandlung anordnen. Artikel 43 Ziffer 2 ist entsprechend anwendbar

Behandlung
von Trunk- und
Rauschgift-
süchtigen

Der Richter holt, soweit erforderlich, ein Gutachten über den körperlichen und geistigen Zustand des Täters sowie über die Zweckmässigkeit der Behandlung ein.

2. Die Trinkerheilanstalt ist von den übrigen Anstalten dieses Gesetzes getrennt zu führen.

3. Zeigt sich, dass der Eingewiesene nicht geheilt werden kann oder sind die Voraussetzungen der bedingten Entlassung nach zwei Jahren Aufenthalt in der Anstalt noch nicht eingetreten, so entscheidet nach Einholung eines Berichts der Anstaltsleitung der Richter, ob und wie weit aufgeschobene Strafen noch vollstreckt werden sollen.

An Stelle des Strafvollzuges kann der Richter eine andere sichernde Massnahme anordnen, wenn deren Voraussetzungen erfüllt sind.

4. Hält die zuständige Behörde den Eingewiesenen für geheilt, so beschliesst sie dessen Entlassung aus der Anstalt.

Die zuständige Behörde kann ihn für ein bis drei Jahre bedingt entlassen und ihn für diese Zeit unter Schutzaufsicht stellen.

Die zuständige Behörde hat ihren Beschluss dem Richter vor der Entlassung mitzuteilen.

5. Der Richter entscheidet, ob und wie weit aufgeschobene Strafen im Zeitpunkt der Entlassung aus der Anstalt oder der Behandlung noch vollstreckt werden sollen. Die zuständige Behörde äussert sich hierüber bei der Mitteilung ihres Beschlusses. Die Dauer des Freiheitsentzugs durch den Vollzug der Massnahme in einer Anstalt ist auf die Dauer der bei ihrer Anordnung aufgeschobenen Strafe anzurechnen.

6. Dieser Artikel ist sinngemäss auf Rauschgiftsüchtige anwendbar.

Die zuständige Behörde bestimmt die für die Behandlung geeignete Anstalt.

Art. 45

Bedingte und
probeweise
Entlassung

1. Die zuständige Behörde prüft von Amtes wegen, ob und wann die bedingte oder probeweise Entlassung anzuordnen ist.

In bezug auf die bedingte oder probeweise Entlassung aus einer Anstalt nach Artikel 42 oder 43 hat die zuständige Behörde mindestens einmal jährlich Beschluss zu fassen, bei Verwahrung nach Artikel 42 erstmals auf das Ende der gesetzlichen Mindestdauer.

In allen Fällen hat sie vor dem Entscheid den zu Entlassenden oder seinen Vertreter anzuhören und von der Anstaltsleitung einen Bericht einzuholen.

2. Die zuständige Behörde kann dem Entlassenen Weisungen über sein Verhalten während der Probezeit erteilen, insbesondere über Berufsausübung, Aufenthalt, ärztliche Betreuung, Verzicht auf alkoholische Getränke und Schadensdeckung.

3. Begeht der Entlassene während der Probezeit ein Verbrechen oder Vergehen, für das er zu einer drei Monate übersteigenden und unbedingt zu vollziehenden Freiheitsstrafe verurteilt wird, so beantragt die zuständige Behörde dem Richter den Vollzug aufgeschobener Strafen oder ordnet die Rückversetzung an.

Wird der Entlassene zu einer milderen oder zu einer bedingt zu vollziehenden Strafe verurteilt, so kann die zuständige Behörde von einem Antrag an den Richter auf Vollzug aufgeschobener Strafen absehen und von der Rückversetzung Umgang nehmen.

Handelt der Entlassene trotz förmlicher Mahnung der zuständigen Behörde einer ihm erteilten Weisung zuwider, entzieht er sich beharrlich der Schutzaufsicht oder täuscht er in anderer Weise das auf ihn gesetzte Vertrauen, so beantragt die zuständige Behörde dem Richter den Vollzug aufgeschobener Strafen oder ordnet die Rückversetzung an. In leichten Fällen kann die zuständige Behörde von einem Antrag auf Vollzug aufgeschobener Strafen absehen und von der Rückversetzung Umgang nehmen.

Wird von der Rückversetzung Umgang genommen, so kann die zuständige Behörde den Entlassenen verwarnen, ihm weitere Weisungen erteilen und die Probezeit höchstens um die Hälfte der ursprünglich festgesetzten Dauer verlängern.

Die zuständige Behörde kann die Rückversetzung auch anordnen, wenn es sich herausstellt, dass der Zustand des Täters dies erfordert.

Bei Rückversetzung in den Vollzug der Massnahme des Artikels 44 beträgt die neue Höchstdauer zwei Jahre. Die Gesamtdauer der Massnahme bei mehrfacher Rückversetzung darf jedoch sechs Jahre nicht überschreiten.

Diese Ziffer gilt sinngemäss, wenn eine ambulante Behandlung unter Aufschub der Strafe gemäss Artikel 43 oder 44 angeordnet wurde.

4. Bewährt sich der Entlassene bis zum Ablauf der Probezeit, so ist er endgültig entlassen.

5. Artikel 40 über Unterbrechung des Vollzugs ist anwendbar, soweit der Zweck der Massnahme dies zulässt.

6. Sind seit der Verurteilung, dem Rückversetzungsbeschluss oder der Unterbrechung der Massnahme mehr als fünf Jahre verstrichen, ohne dass deren Vollzug begonnen oder fortgesetzt werden konnte, so entscheidet der Richter, ob und wieweit die nicht vollzogenen Strafen noch vollstreckt werden sollen, wenn die Massnahme nicht mehr nötig ist. Für die Verwahrung ist die Frist zehn Jahre; im Fall der Strafverjährung ist auch die Verwahrung nicht mehr zu vollziehen.

Art. 46

1. In allen Anstalten werden Männer und Frauen getrennt.

2. In der Anstalt sind die dem seelischen, geistigen und körperlichen Wohl der Eingewiesenen dienenden geeigneten Massnahmen zu treffen und die entsprechenden Einrichtungen bereitzustellen.

3. Dem Rechtsanwalt und dem nach kantonalem Recht anerkannten Rechtsbeistand stehen in einem gerichtlichen oder administrativen Verfahren innerhalb der allgemeinen Anstaltsordnung das Recht zum freien Verkehr mit dem Eingewiesenen zu, soweit nicht eidgenössische oder kantonale Verfahrensgesetze entgegenstehen. Bei Missbrauch kann die Anstaltsleitung mit Zustimmung der zuständigen Behörde den freien Verkehr untersagen.

Der Briefverkehr mit Aufsichtsbehörden ist gewährleistet.

3. Gemeinsame Bestimmungen für Freiheitsstrafen und sichernde Massnahmen

Art. 47

Die Schutzaufsicht sucht den ihr Anvertrauten zu einem ehrlichen Fortkommen zu verhelfen, indem sie ihnen mit Rat und Tat beisteht, namentlich bei der Beschaffung von Unterkunft und Arbeit.

Schutzaufsicht

Sie beaufsichtigt die ihr Anvertrauten unauffällig, so dass ihr Fortkommen nicht erschwert wird.

Sie hat darauf zu achten, dass trunksüchtige, rauschgiftsüchtige oder wegen ihres geistigen oder körperlichen Zustandes zu Rückfällen neigende Schützlinge in einer geeigneten Umgebung untergebracht und, wenn nötig, ärztlich betreut werden.

Art. 48 Ziff. 1 Abs. 1

1. Bestimmt es das Gesetz nicht ausdrücklich anders, so ist der Höchstbetrag der Busse vierzigtausend Franken.

Art. 49 Ziff. 3 Abs. 3 und Ziff. 4

Im Falle der Umwandlung werden dreissig Franken Busse einem Tag Haft gleichgesetzt, doch darf die Umwandlungsstrafe die Dauer von drei Monaten nicht übersteigen. Die Bestimmungen über den bedingten Strafvollzug sind auf die Umwandlungsstrafe anwendbar.

4. Sind die Voraussetzungen von Artikel 41 Ziffer 1 gegeben, so kann der Richter im Urteil anordnen, dass der Eintrag der Verurteilung zu einer Busse im Strafregister zu löschen sei, wenn der Verurteilte bis zum Ablauf einer vom Richter anzusetzenden Probezeit von einem bis zu zwei Jahren nicht wegen einer während dieser Zeit begangenen strafbaren Handlung verurteilt wird und wenn die Busse bezahlt, abverdient oder erlassen ist. Artikel 41 Ziffern 2 und 3 ist sinngemäss anwendbar.

Die Löschung ist von der zuständigen Behörde des mit dem Vollzug betrauten Kantons von Amtes wegen vorzunehmen.

Art. 51

**5. Nebenstrafen
Amtsunfähigkeit**

1. Wer als Behördemitglied oder Beamter durch ein Verbrechen oder Vergehen sich des Vertrauens unwürdig erwiesen hat, ist vom Richter auf zwei bis zehn Jahre unfähig zu erklären, Mitglied einer Behörde oder Beamter zu sein.

2. Wer zu Zuchthaus oder Gefängnis verurteilt wird, kann vom Richter auf zwei bis zehn Jahre von der Wählbarkeit als Behördemitglied oder Beamter ausgeschlossen werden, wenn er sich durch seine Tat des Vertrauens unwürdig erwiesen hat.

Wer als Gewohnheitsverbrecher nach Artikel 42 in eine Verwahrungsanstalt eingewiesen wird, bleibt zehn Jahre lang nicht wählbar.

3. Die Folgen der Amtsunfähigkeit treten mit der Rechtskraft des Urteils ein.

Die Dauer wird vom Tage an gerechnet, an welchem die Freiheitsstrafe verbüsst oder erlassen ist, bei bedingter Entlassung für den in der Probezeit sich bewährenden Täter beginnend mit dem Tage, an dem er bedingt entlassen wurde, bei der Verwahrung mit dem Tag der endgültigen Entlassung.

Art. 52

Aufgehoben

Art. 64

Der Richter kann die Strafe mildern:

... wohl verhalten hat;

wenn der Täter im Alter von achtzehn bis zwanzig Jahren noch nicht die volle Einsicht in das Unrecht seiner Tat besass.

Art. 67

1. Wird der Täter zu Zuchthaus oder Gefängnis verurteilt und sind zur Zeit der Tat noch nicht fünf Jahre vergangen, seit er eine Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe ganz oder teilweise verbüsst hat, so erhöht der Richter die Dauer der Strafe, darf aber das Höchstmass der Strafart nicht überschreiten.

3. Straf-
schärfung
Rückfall

Dem Vollzug der Vorstrafe sind gleichgestellt der Vollzug einer sichernden Massnahme in einer Anstalt nach Artikel 42, 43, 44 oder einer Massnahme nach Artikel 100^{bis} sowie der Erlass durch Begnadigung.

2. Der Vollzug entsprechender Vorstrafen oder Massnahmen im Ausland ist dem Vollzug in der Schweiz gleichgestellt, wenn das Urteil den Grundsätzen des schweizerischen Rechts nicht widerspricht.

Art. 72

(Die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 74

Die Verjährung beginnt mit dem Tag, an dem das Urteil rechtlich vollstreckbar wird, beim bedingten Strafvollzug oder beim Vollzug einer Massnahme mit dem Tag, an dem der Vollzug der Strafe angeordnet wird.

Beginn

Art. 75

Ruhen und
Unterbrechung

1. Die Verjährung einer Freiheitsstrafe ruht während des ununterbrochenen Vollzugs dieser oder einer andern Freiheitsstrafe oder sichernden Massnahme, die unmittelbar vorausgehend vollzogen wird, und während der Probezeit bei bedingter Entlassung.

2. Die Verjährung wird unterbrochen durch den Vollzug und durch jede auf Vollstreckung der Strafe gerichtete Handlung der Behörde, der die Vollstreckung obliegt.

Mit jeder Unterbrechung beginnt die Verjährungsfrist neu zu laufen. Jedoch ist die Strafe in jedem Falle verjährt, wenn die ordentliche Verjährungsfrist um die Hälfte überschritten ist.

Art. 76

Aufgehoben

Art. 77

Wiederein-
setzung in die
Amtsfähigkeit

Ist der Täter unfähig erklärt worden, Mitglied einer Behörde oder Beamter zu sein, und ist das Urteil seit mindestens zwei Jahren vollzogen, so kann ihn der Richter auf sein Gesuch wieder wählbar erklären, wenn sein Verhalten dies rechtfertigt und wenn er den gerichtlich oder durch Vergleich festgestellten Schaden ersetzt hat.

Art. 80

Löschung des
Eintrags im
Strafregister

1. Der Strafregisterführer löscht den Eintrag von Amtes wegen, wenn seit dem Urteil über die richterlich zugemessene Dauer der Freiheitsstrafe hinaus folgende Fristen verstrichen sind:

bei Zuchthaus und Verwahrung nach Artikel 42 zwanzig Jahre,

bei Gefängnis, den übrigen sichernden Massnahmen und der Massnahme nach Artikel 100^{bis}, fünfzehn Jahre,

bei Haft und den nach Artikel 37^{bis} Ziffer 1 vollziehbaren Gefängnisstrafen von nicht mehr als drei Monaten zehn Jahre.

Bei Busse als Hauptstrafe wird der Eintrag zehn Jahre nach dem Urteil gelöscht.

2. Der Richter kann auf Gesuch des Verurteilten die Löschung verfügen, wenn das Verhalten des Verurteilten dies rechtfertigt und der Verurteilte den gerichtlich oder durch Vergleich festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat, die Busse bezahlt, abverdient oder erlassen und das Urteil bezüglich der Nebenstrafen vollzogen ist.

In diesen Fällen betragen die Fristen für die Löschung seit Vollzug des Urteils:

bei Zuchthaus und Verwahrung nach Artikel 42 zehn Jahre,

bei Gefängnis, den übrigen sichernden Massnahmen und den Massnahmen nach Artikel 100^{bis} fünf Jahre,

bei Haft, den nach Artikel 37^{bis} Ziffer 1 vollziehbaren Gefängnisstrafen von nicht mehr als drei Monaten und der Busse als Hauptstrafe zwei Jahre.

Die Löschung kann schon früher verfügt werden, wenn ein besonders verdienstliches Verhalten des Verurteilten dies rechtfertigt.

Der für die Löschung des zuletzt eingetragenen Urteils zuständige Richter ist befugt, auch die gleichzeitige Löschung der andern Eintragungen zu verfügen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.

Art. 81 Abs. 1 und 2

¹ Der Verbüssung der Strafe wird der Erlass durch Begnadigung gleichgestellt, bei der Busse auch der Ausschluss ihrer Umwandlung.

² Wenn sich ein bedingt Entlassener bewährt hat, so laufen die Fristen zur Stellung des Rehabilitationsgesuches vom Tag der bedingten Entlassung an. War der Verurteilte nach Artikel 42 verwahrt, so ist eine Rehabilitation nicht früher als fünf Jahre nach seiner endgültigen Entlassung zulässig.

Vierter Titel: Kinder und Jugendliche

Erster Abschnitt: Kinder

Art. 82

¹ Kinder, die das siebente Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, fallen nicht unter dieses Gesetz. Altersgrenzen

² Begeht ein Kind, welches das siebente, aber nicht das fünfzehnte Altersjahr zurückgelegt hat, eine vom Gesetz mit Strafe bedrohte Tat, so gelten die nachstehenden Bestimmungen.

Art. 83

(Die Änderung betrifft nur den französischen Text)

*Art. 84*Erziehungs-
massnahmen

¹ Bedarf das Kind einer besondern erzieherischen Betreuung, namentlich wenn es schwererziehbar, verwahrlost oder erheblich gefährdet ist, so wird von der urteilenden Behörde die Erziehungshilfe, die Unterbringung in einer geeigneten Familie oder in einem Erziehungsheim angeordnet.

² Durch die Erziehungshilfe ist dafür zu sorgen, dass das Kind angemessen gepflegt, erzogen und unterrichtet wird.

*Art. 85*Besondere
Behandlung

¹ Erfordert der Zustand des Kindes eine besondere Behandlung, namentlich wenn das Kind geisteskrank, schwachsinnig, blind, erheblich gehör- oder sprachbehindert, epileptisch oder in seiner geistigen oder sittlichen Entwicklung erheblich gestört oder ungewöhnlich zurückgeblieben ist, so ordnet die urteilende Behörde die notwendige Behandlung an.

² Diese Behandlung kann jederzeit auch neben den Massnahmen des Artikels 84 angeordnet werden.

*Art. 86*Änderung der
Massnahmen

¹ Die urteilende Behörde kann die getroffene Massnahme durch eine andere Massnahme ersetzen.

² Vorgängig kann die Beobachtung des Kindes während einer gewissen Zeit angeordnet werden.

*Art. 86^{bis} (neu)*Vollzug und
Aufhebung der
Massnahmen

¹ Die vollziehende Behörde überwacht in allen Fällen die Erziehung und die besondere Behandlung des Kindes.

² Wenn das Kind das fünfzehnte Altersjahr zurückgelegt hat, können auf Anordnung der vollziehenden Behörde die Massnahmen nach den Artikeln 91 bis 94 vollzogen werden.

³ Die vollziehende Behörde hebt die getroffenen Massnahmen auf, wenn sie ihren Zweck erreicht haben, spätestens jedoch mit dem zurückgelegten zwanzigsten Altersjahr. Bei Heimversorgung ist die Heimleitung anzuhören.

*Art. 87*Disziplinar-
strafen

¹ Bedarf das Kind weder einer Erziehungsmassnahme noch besonderer Behandlung, so erteilt ihm die urteilende Behörde einen Verweis oder verpflichtet es zu einer Arbeitsleistung oder verhängt Schularrest von einem bis zu sechs Halbtagen.

² In geringfügigen Fällen kann die urteilende Behörde auch von diesen Disziplinarstrafen absehen und die Ahndung dem Inhaber der elterlichen Gewalt überlassen.

Art. 88

Die urteilende Behörde kann von jeder Massnahme oder Disziplinarstrafe absehen,

Abschren von
Massnahmen
und Diszipli-
narstrafen

wenn bereits eine geeignete Massnahme getroffen oder das Kind bestraft worden ist,

wenn das Kind aufrichtige Reue betätigt, insbesondere den Schaden durch eigene Leistung, soweit möglich, wiedergutmacht hat,

oder wenn seit der Tat drei Monate verstrichen sind.

Zweiter Abschnitt: Jugendliche*Art. 89*

Begeht ein Jugendlicher, der das fünfzehnte, aber nicht das achtzehnte Altersjahr zurückgelegt hat, eine vom Gesetz mit Strafe bedrohte Tat, so gelten die nachstehenden Bestimmungen.

Altersgrenzen

Art. 90

(Die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 91

1. Bedarf der Jugendliche einer besondern erzieherischen Betreuung, namentlich wenn er schwererziehbar, verwahrlost oder erheblich gefährdet ist, so wird von der urteilenden Behörde die Erziehungshilfe, die Unterbringung in einer geeigneten Familie oder in einem Erziehungsheim angeordnet.

Erziehungs-
massnahmen

Mit der Erziehungshilfe kann Einschliessung bis zu vierzehn Tagen oder Busse verbunden werden.

Dem Jugendlichen können jederzeit bestimmte Weisungen erteilt werden, insbesondere über Erlernung eines Berufes, Aufenthalt, Verzicht auf alkoholische Getränke und Ersatz des Schadens innert bestimmter Frist.

Durch die Erziehungshilfe ist dafür zu sorgen, dass der Jugendliche angemessen gepflegt, erzogen, unterrichtet und beruflich ausgebildet wird, dass er regelmässig arbeitet und seine Freizeit und seinen Verdienst angemessen verwendet.

2. Ist der Jugendliche besonders verdorben oder hat er ein Verbrechen oder ein schweres Vergehen verübt, das einen hohen Grad der Gefährlichkeit oder Schwererziehbarkeit bekundet, so wird von der urteilenden Behörde seine Einweisung in ein Erziehungsheim für eine Mindestdauer von zwei Jahren angeordnet.

*Art. 92***Besondere
Behandlung**

¹ Erfordert der Zustand des Jugendlichen eine besondere Behandlung, namentlich wenn der Jugendliche geisteskrank, schwachsinzig, blind, erheblich gehör- oder sprachbehindert, epileptisch, trunksüchtig, rauschgiftsüchtig oder in seiner geistigen oder sittlichen Entwicklung erheblich gestört oder ungewöhnlich zurückgeblieben ist, so ordnet die urteilende Behörde die notwendige Behandlung an.

² Diese Behandlung kann jederzeit auch neben den Massnahmen des Artikels 91 angeordnet werden.

*Art. 93***Änderung der
Massnahmen**

¹ Die urteilende Behörde kann die getroffene Massnahme durch eine andere Massnahme ersetzen.

² Vorgängig kann die Beobachtung des Jugendlichen während einer gewissen Zeit angeordnet werden.

*Art. 93^{bis} (neu)***Vollzug und
Versetzung in
eine Arbeits-
erziehungs-
anstalt**

¹ Die vollziehende Behörde überwacht in allen Fällen die Erziehung und die besondere Behandlung des Jugendlichen.

² Ist ein Jugendlicher in ein Erziehungsheim eingewiesen worden, so kann die vollziehende Behörde die Massnahme in einer Arbeitserziehungsanstalt durchführen lassen, wenn er das siebzehnte Altersjahr zurückgelegt hat.

*Art. 93^{ter} (neu)***Einweisung in
ein Erziehungs-
heim für beson-
ders schwierige
Jugendliche**

¹ Erweist sich der nach Artikel 91 in ein Erziehungsheim oder nach Artikel 93^{bis} in eine Arbeitserziehungsanstalt Eingewiesene als ausserordentlich schwer erziehbar, so kann ihn die vollziehende Behörde, wenn nötig nach Einholung eines Gutachtens, in ein Therapieheim einweisen.

² Erweist sich der Jugendliche in einem Erziehungsheim als untragbar und gehört er nicht in ein Therapieheim, so kann ihn die vollziehende Behörde in eine Anstalt für Nacherziehung einweisen. Eine vorübergehende Versetzung kann auch aus disziplinarischen Gründen erfolgen.

*Art. 94***Bedingte Ent-
lassung und
Aufhebung der
Massnahme**

1. Hat der Jugendliche mindestens ein Jahr in einer oder mehreren Anstalten nach Artikel 91 Ziffer 1, 93^{bis} Absatz 2 oder Artikel 93^{ter} zugebracht, im Falle der Einweisung nach Artikel 91 Ziffer 2 mindestens zwei Jahre, und ist anzunehmen, der Zweck der Mass-

nahme sei erreicht, so kann ihn die vollziehende Behörde nach Anhören der Anstaltsleitung bedingt entlassen. Sie bestimmt eine Probezeit von sechs Monaten bis zu drei Jahren. Sie stellt den Entlassenen unter Schutzaufsicht. Damit können Weisungen nach Artikel 91 Ziffer 1 Absatz 3 verbunden werden.

2. Handelt der Entlassene während der Probezeit trotz förmlicher Mahnung der zuständigen Behörde einer ihm erteilten Weisung zuwider oder missbraucht er in anderer Weise die Freiheit, so kann ihn die vollziehende Behörde verwarnen, ihm bestimmte Weisungen erteilen, ihn in eine Anstalt zurückversetzen oder der urteilenden Behörde die Anordnung einer andern Massnahme beantragen.

Nötigenfalls kann die vollziehende Behörde die Probezeit höchstens bis auf drei Jahre, aber nicht über das zweiundzwanzigste Altersjahr hinaus verlängern. Wurde der bedingt zu Entlassende nach Artikel 91 Ziffer 2 in ein Erziehungsheim eingewiesen, kann die Probezeit bis auf fünf Jahre verlängert werden, aber nicht über das fünfundzwanzigste Altersjahr hinaus.

3. Bewährt sich der Entlassene bis zum Ablauf der Probezeit, so ist er endgültig entlassen. Die vollziehende Behörde verfügt die Löschung des Eintrags im Strafregister.

4. Die vollziehende Behörde hebt die übrigen Massnahmen nach Artikel 91 Ziffer 1 auf, sobald sie ihren Zweck erreicht haben.

Haben sie ihren Zweck nicht vollständig erreicht, so kann die vollziehende Behörde den Jugendlichen bedingt entlassen. Es können damit Weisungen nach Artikel 91 Ziffer 1 Absatz 3 und Schutzaufsicht verbunden werden. Ziffer 2 Absatz 1 ist sinngemäss anwendbar. Weisungen und Schutzaufsicht werden aufgehoben, wenn sie nicht mehr nötig sind.

5. Die vollziehende Behörde hebt die Einweisung in ein Erziehungsheim nach Artikel 91 Ziffer 2 spätestens mit dem zurückgelegten fünfundzwanzigsten Altersjahr des Jugendlichen auf, die übrigen Massnahmen mit dem zurückgelegten zweiundzwanzigsten Altersjahr.

Art. 94^{bis} (neu)

Die vollziehende Behörde verfügt die Entlassung aus einer Anstalt nach Artikel 92, sobald der Grund der Massnahme weggefallen ist. Ist der Grund nicht vollständig weggefallen, so kann die vollziehende Behörde eine probeweise Entlassung aus der Anstalt verfügen. Artikel 94 Ziffer 1 bis 3 ist sinngemäss anwendbar. Die vollziehende Behörde kann die Rückversetzung auch anordnen, wenn es sich herausstellt, dass der Zustand des Zöglings dies erfordert.

Entlassung aus
der besondern
Behandlung

*Art. 95***Bestrafung**

1. Bedarf der Jugendliche weder einer Erziehungsmassnahme noch besonderer Behandlung, so erteilt ihm die urteilende Behörde einen Verweis oder verpflichtet ihn zu einer Arbeitsleistung oder bestraft ihn mit Busse oder mit Einschliessung von einem Tag bis zu einem Jahr. Einschliessung und Busse können verbunden werden.

Begeht ein Jugendlicher, für den schon eine Massnahme angeordnet ist, eine neue strafbare Tat und genügt die Weiterführung der Massnahme oder ihre Änderung allein nicht, so kann er mit Busse oder mit Einschliessung bestraft werden. Ist er in einer Anstalt versorgt, so ist deren Leiter anzuhören. Einschliessung und Busse können verbunden werden.

2. Wird der Jugendliche mit Busse bestraft, so sind die Artikel 48 bis 50 dieses Gesetzes anzuwenden. Doch tritt im Falle der Umwandlung an Stelle der Haft die Einschliessung.

3. Die Einschliessung wird in einem für Jugendliche geeigneten Raum vollzogen, jedoch nicht in einer Straf- oder Verwahranstalt. Einschliessung von mehr als einem Monat ist durch Einweisung in ein Erziehungsheim zu vollziehen. Nach vollendetem achtzehnten Altersjahr kann die Einschliessung in einem Haftlokal vollzogen werden, bei Einschliessung von mehr als einem Monat durch Einweisung in eine Arbeitserziehungsanstalt.

Der Jugendliche wird angemessen beschäftigt und erzieherisch betreut.

Wird die Einschliessung binnen drei Jahren nicht vollzogen, so fällt sie dahin.

4. Sind zwei Drittel der Einschliessung verbüsst worden, mindestens aber ein Monat, so kann die vollziehende Behörde von sich aus oder auf Antrag, nach Anhören des Anstaltsleiters, die bedingte Entlassung gewähren. Die vollziehende Behörde bestimmt eine Probezeit von sechs Monaten bis zu drei Jahren. Sie stellt den Entlassenen unter Schutzaufsicht. Damit können Weisungen nach Artikel 91 Ziffer 1 Absatz 3 verbunden werden.

5. Handelt der Entlassene während der Probezeit trotz förmlicher Mahnung der zuständigen Behörde einer ihm erteilten Weisung zuwider, oder täuscht er in anderer Weise das auf ihn gesetzte Vertrauen, so verfügt die vollziehende Behörde die Rückversetzung. In leichten Fällen kann sie statt dessen den Jugendlichen warnen, ihm weitere Weisungen erteilen und die Probezeit höchstens um die Hälfte der ursprünglich festgesetzten Dauer verlängern.

Bewährt sich der Entlassene bis zum Ablauf der Probezeit, so ist er endgültig entlassen. Die vollziehende Behörde verfügt die Löschung des Eintrags im Strafregister.

Art. 96

1. Die urteilende Behörde kann die Einschliessung und den Vollzug der Busse aufschieben und eine Probezeit von sechs Monaten bis zu drei Jahren bestimmen, wenn nach Verhalten und Charakter des Jugendlichen zu erwarten ist, dass er keine weiteren strafbaren Handlungen begehen werde, insbesondere wenn er vorher noch keine oder nur geringfügige strafbare Handlungen begangen hat.

Bedingter
Strafvollzug

2. Der Jugendliche wird unter Schutzaufsicht gestellt, wenn nicht besondere Umstände eine Ausnahme begründen. Dem Jugendlichen können Weisungen gemäss Artikel 91 Ziffer 1 Absatz 3 erteilt werden.

3. Handelt der Jugendliche während der Probezeit trotz förmlicher Mahnung der zuständigen Behörde einer ihm erteilten Weisung zuwider, oder täuscht er in anderer Weise das auf ihn gesetzte Vertrauen, so verfügt die urteilende Behörde den Vollzug der Strafe.

Statt den Strafvollzug anzuordnen, kann die urteilende Behörde in leichten Fällen den Jugendlichen warnen, ihm weitere Weisungen erteilen und die Probezeit höchstens um die Hälfte der ursprünglich festgesetzten Dauer verlängern.

4. Bewährt sich der Jugendliche bis zum Ablauf der Probezeit, so verfügt die urteilende Behörde die Löschung des Eintrags im Strafregister.

Art. 97

¹ Kann nicht mit Sicherheit beurteilt werden, ob der Jugendliche einer der vorgesehenen Massnahmen bedarf oder ob er zu bestrafen ist, so kann die urteilende Behörde den Entscheid hierüber aufschieben. Sie setzt eine Probezeit von sechs Monaten bis zu drei Jahren fest und kann ihm Weisungen nach Artikel 91 Ziffer 1 Absatz 3 erteilen. Die weitere Entwicklung des Jugendlichen wird überwacht.

Aufschieb der
Anordnung
einer Strafe
oder
Massnahme

² Bewährt sich der Jugendliche während der Probezeit nicht, so verhängt die urteilende Behörde Einschliessung oder Busse oder eine der vorgesehenen Massnahmen.

³ Bewährt sich der Jugendliche bis zum Ablauf der Probezeit, so beschliesst die urteilende Behörde, von jeder Massnahme oder Strafe abzusehen.

Art. 98

Die urteilende Behörde kann von jeder Massnahme oder Strafe absehen,

Absehen von
Massnahmen
oder Strafen

wenn bereits eine geeignete Massnahme getroffen oder der Jugendliche bestraft worden ist,

wenn der Jugendliche aufrichtige Reue betätigt, insbesondere den Schaden durch eigene Leistung, soweit möglich, wiedergutmacht hat,

oder wenn seit der Tat ein Jahr verstrichen ist.

Art. 99

Löschung des
Eintrags im
Strafregister

1. Der Strafregisterführer löscht den Eintrag von Amtes wegen, wenn seit dem Urteil fünf Jahre, bei Einweisung in eine Anstalt nach Artikel 91 Ziffer 2 zehn Jahre verstrichen sind.

2. Die urteilende Behörde kann auf Gesuch die Löschung schon nach zwei Jahren seit Vollzug des Urteils verfügen, wenn das Verhalten des Gesuchstellers dies rechtfertigt und wenn er den behördlich oder durch Vergleich festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat.

Hat der Gesuchsteller bei Beendigung der Erziehungsmassnahme das zwanzigste Altersjahr überschritten, so kann die urteilende Behörde die Löschungsfrist verkürzen.

3. Die urteilende Behörde kann im Urteil verfügen, dass es nicht im Strafregister einzutragen ist, wenn besondere Umstände dies rechtfertigen und der Täter nur eine leichte strafbare Handlung begangen hat.

4. Die für die Löschung des zuletzt eingetragenen Urteils zuständige urteilende Behörde ist befugt, auch die gleichzeitige Löschung der andern Eintragungen zu verfügen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.

Fünfter Titel: Junge Erwachsene

Art. 100

Altersgrenzen,
Erhebungen

¹ Hat der Täter zur Zeit der Tat das achtzehnte, aber nicht das fünfundzwanzigste Altersjahr zurückgelegt, so gelten unter Vorbehalt von Artikel 100^{bis} und 100^{ter} die allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes.

² Soweit erforderlich, macht der Richter Erhebungen über das Verhalten des Täters, seine Erziehung und seine Lebensverhältnisse und zieht Berichte und Gutachten über dessen körperlichen und geistigen Zustand sowie die Erziehbarkeit zur Arbeit ein.

Art. 100^{bis} (neu)

1. Ist der Täter in seiner charakterlichen Entwicklung erheblich gestört oder gefährdet, oder ist er verwahrlost, liederlich oder arbeitsscheu, und steht seine Tat damit im Zusammenhang, so kann der Richter an Stelle einer Strafe seine Einweisung in eine Arbeitserziehungsanstalt anordnen, wenn anzunehmen ist, durch diese Massnahme lasse sich die Gefahr künftiger Verbrechen oder Vergehen verhüten.

Einweisung in
eine Arbeitser-
ziehungsanstalt

2. Die Arbeitserziehungsanstalt ist von den übrigen Anstalten dieses Gesetzes getrennt zu führen.

3. Der Eingewiesene wird zur Arbeit erzogen. Dabei ist auf seine Fähigkeiten Rücksicht zu nehmen; er soll in Stand gesetzt werden, in der Freiheit seinen Unterhalt zu erwerben. Seine charakterliche Festigung, seine geistige und körperliche Entwicklung sowie seine beruflichen Kenntnisse sind nach Möglichkeit zu fördern.

Dem Eingewiesenen kann eine berufliche Ausbildung oder Tätigkeit ausserhalb der Anstalt ermöglicht werden.

4. Widersetzt sich der Eingewiesene beharrlich der Anstaltsdisziplin oder erweist er sich gegenüber den Erziehungsmethoden der Arbeitserziehungsanstalt als unzugänglich, so kann die zuständige Behörde die Massnahme in einer Strafanstalt vollziehen lassen. Fällt der Grund der Versetzung dahin, so hat die zuständige Behörde den Eingewiesenen in die Arbeitserziehungsanstalt zurückzusetzen.

Art. 100^{ter} (neu)

1. Nach einer Mindestdauer der Massnahme von einem Jahr wird der Eingewiesene von der zuständigen Behörde für eine Probezeit von einem bis drei Jahren bedingt entlassen, wenn anzunehmen ist, er sei zur Arbeit tüchtig und willig und er werde sich in der Freiheit bewähren. Sie stellt den bedingt Entlassenen unter Schutzaufsicht.

Bedingte Ent-
lassung und
Aufhebung der
Massnahme

Begeht der Entlassene während der Probezeit ein Verbrechen oder Vergehen, handelt er trotz förmlicher Mahnung der zuständigen Behörde einer ihm erteilten Weisung zuwider, entzieht er sich beharrlich der Schutzaufsicht oder täuscht er in anderer Weise das auf ihn gesetzte Vertrauen, so ordnet die zuständige Behörde die Rückversetzung an. In leichten Fällen kann von der Rückversetzung Umgang genommen werden.

Wird er wegen der strafbaren Handlung verurteilt, so kann von der Rückversetzung Umgang genommen werden.

Die Rückversetzung dauert höchstens zwei Jahre. Die Gesamtdauer der Massnahme darf in keinem Fall vier Jahre überschreiten und ist von der zuständigen Behörde spätestens mit dem zurückgelegten dreissigsten Altersjahr des Eingewiesenen aufzuheben.

Wird von der Rückversetzung Umgang genommen, so kann die zuständige Behörde statt dessen den Entlassenen verwarren, ihm weitere Weisungen erteilen und die Probezeit höchstens um die Hälfte der ursprünglich festgesetzten Dauer verlängern.

2. Sind die Voraussetzungen der bedingten Entlassung nach drei Jahren Aufenthalt in der Anstalt noch nicht eingetreten, so hat die zuständige Behörde zu entscheiden, ob die Massnahme aufzuheben oder höchstens um ein Jahr zu verlängern sei.

Spätestens mit dem zurückgelegten dreissigsten Altersjahr des Eingewiesenen wird die Massnahme von der zuständigen Behörde aufgehoben.

3. Der Richter entscheidet, ob und wieweit im Zeitpunkt der Entlassung aus dem Massnahmevollzug oder im Fall seiner vorzeitigen Aufhebung allfällig aufgeschobene Strafen noch vollstreckt werden sollen. Hierüber äussert sich die zuständige Behörde bei der Mitteilung ihres Beschlusses.

4. Sind seit der Verurteilung, dem Rückversetzungsbeschluss oder der Unterbrechung der Massnahme mehr als drei Jahre verstrichen, ohne dass deren Vollzug begonnen oder fortgesetzt werden konnte, so entscheidet der Richter, ob die Massnahme noch nötig ist. Er kann auch nachträglich eine Strafe aussprechen oder eine andere Massnahme anordnen, wenn deren Voraussetzungen erfüllt sind.

Im gleichen Sinne entscheidet der Richter, wenn die Massnahme aus irgendeinem Grunde schon vor Ablauf von drei Jahren aufgehoben werden muss, ohne dass die Voraussetzungen für die bedingte Entlassung erfüllt sind.

5. Artikel 45 Ziffer 1, 2, 4 und 5 ist anwendbar.

Art. 103

Ausschluss der
Anwendbarkeit

Die Bestimmungen über die Verwahrung von Gewohnheitsverbrechern sind nicht anwendbar.

Art. 104 Abs. 2

² Die Einweisung in eine der in den Artikeln 43, 44 und 100^{bis} genannten Anstalten, die Entziehung der elterlichen Gewalt und eines Amtes der Vormundschaft, das Verbot, einen Beruf, ein Ge-

werbe oder ein Handelsgeschäft zu betreiben, die Landesverweisung und die öffentliche Bekanntmachung des Urteils sind nur in den vom Gesetz ausdrücklich bestimmten Fällen zulässig.

Art. 106

¹ Bestimmt es das Gesetz nicht ausdrücklich anders, so ist der Höchstbetrag der Busse fünftausend Franken. Busse

² Handelt der Täter aus Gewinnsucht, so ist der Richter an diesen Höchstbetrag nicht gebunden.

³ Die Probezeit für die Löschung des Eintrags im Strafregister nach Artikel 49 Ziffer 4 beträgt ein Jahr.

Art. 108

Der Rückfall wird nicht berücksichtigt, wenn zur Zeit der Tat wenigstens ein Jahr vergangen ist, seit der Täter eine Freiheitsstrafe verbüsst hat oder aus einer der in den Artikeln 42 bis 44 und 100^{bis} genannten Anstalten entlassen worden ist. Rückfall

Art. 171

Aufgehoben

Art. 199 Abs. 1

¹ Betreibt der Täter die Kuppelei gewerbsmässig, hält er namentlich ein Bordell, so wird er mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

Art. 201 Abs. 3

³ wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

Art. 284

Aufgehoben

Art. 305 Abs. 1

¹ Wer jemanden der Strafverfolgung, dem Strafvollzug oder dem Vollzug einer der in den Artikeln 42 bis 44 und 100^{bis} vorgesehenen Massnahmen entzieht, wird mit Gefängnis bestraft.

Art. 355 Abs. 5

⁵ An Personen, die in einem andern Kanton wohnen, können Entscheide und Urteile sowie Strafbefehle und Strafmandate nach den für Gerichtsurkunden aufgestellten Vorschriften des Bundes-

gesetzes betreffend den Postverkehr zugestellt werden, auch wenn eine ausdrückliche Annahmeerklärung des Angeschuldigten nötig ist, um das Strafverfahren ohne dessen Einvernahme oder ohne gerichtliche Beurteilung abzuschliessen. Die Unterzeichnung der an den Absender zurückgehenden Empfangsbestätigung gilt nicht als Annahmeerklärung des Angeschuldigten.

Art. 361

Massnahmen
und Strafen
betreffend
Jugendliche

In das Strafregister sind auch aufzunehmen die gegenüber Jugendlichen wegen eines Verbrechens oder Vergehens verhängten Massnahmen und Strafen, mit Ausnahme des Verweises und der Busse. Die wegen eines Vergehens erfolgten Eintragungen sind von vorneherein als gelöscht zu behandeln.

Art. 363 Abs. 4

⁴ Ein gelöschter Eintrag darf nur Untersuchungsämtern, Strafgerichten, Strafvollzugsbehörden und den für die Rehabilitation und die Löschung zuständigen Gerichten mitgeteilt werden, unter Hinweis auf die Löschung, und nur wenn die Person, über die Auskunft verlangt wird, in dem Strafverfahren Beschuldigter oder dem Strafvollzug Unterworfener ist oder wenn ein Verfahren zur Rehabilitation oder Löschung hängig ist. Ein gelöschter Eintrag ist auch den Verwaltungsbehörden bekanntzugeben, die für die Erteilung und den Entzug von Führerausweisen gemäss Artikel 14 und 16 des Strassenverkehrsgesetzes vom 19. Dezember 1958 zuständig sind.

Art. 368

Kostentragung

Die Kantone bestimmen, unter Vorbehalt der Unterstützungspflicht der Verwandten (Zivilgesetzbuch, Art. 328), wer die Kosten des Vollzuges von Strafen und Massnahmen zu tragen hat, wenn weder der Betroffene selbst noch, falls er unmündig ist, die Eltern die Kosten bestreiten können.

Art. 370

Freiwillige
Mitwirkung

Zur Durchführung der Erziehungshilfe und der Schutzaufsicht können geeignete freiwillige Vereinigungen und Privatpersonen herangezogen werden.

Art. 371 Abs. 2

Aufgehoben

Art. 372

Zuständigkeit
der Behörden

1. Für das Verfahren gegen Kinder und gegen Jugendliche sind die Behörden des Wohnsitzes oder, wenn das Kind oder der Jugend-

liche sich dauernd an einem andern Ort aufhält, die Behörden des Aufenthaltsortes zuständig. Übertretungen werden am Begehungsort verfolgt.

In Ermangelung eines Wohnsitzes oder eines dauernden Aufenthaltes finden die allgemeinen Bestimmungen über den Gerichtsstand Anwendung.

Bestehen zwischen Kantonen Anstände über die Zuständigkeit, so entscheidet der Bundesrat.

2. Die schweizerische Behörde kann von einer Strafverfolgung absehen, wenn die zuständige Behörde des Staates, in dem sich der Täter dauernd aufhält, ein Verfahren wegen dieser Tat eingeleitet hat oder einzuleiten sich bereit erklärt.

Die nach Ziffer 1 zuständige schweizerische Behörde kann auf Ersuchen der ausländischen Behörde auch die Beurteilung von Kindern und Jugendlichen übernehmen, die eine strafbare Handlung im Ausland begangen haben, sofern sie Schweizer sind oder in der Schweiz Wohnsitz haben oder sich dauernd in der Schweiz aufhalten. Die schweizerische Behörde wendet ausschliesslich schweizerisches Recht an.

Art. 373

Die Kantone bestimmen, unter Vorbehalt der Unterstützungspflicht der Verwandten, wer die Kosten der gegen Kinder und Jugendliche angeordneten Massnahmen und Strafen zu tragen hat, wenn weder der Versorgte noch die Eltern die Kosten bestreiten können (Zivilgesetzbuch, Artikel 284).

Kostentragung

Art. 375 Abs. 2

² Hat der Angeklagte trölerisch ein Rechtsmittel ergriffen, so wird die Dauer der dadurch verlängerten Sicherheitshaft nicht angerechnet.

Art. 376

Personen, die nach diesem Gesetz in eine Anstalt eingewiesen werden, soll für die ihnen zugewiesene Arbeit bei gutem Verhalten und befriedigender Arbeitsleistung ein Verdienstanteil zukommen, dessen Höhe von den Kantonen bestimmt wird.

2. Verdienstanteil
Grundsatz

Art. 377

(nur Randtitel)

Verwendung
während des
Freiheitsentzugs

*Art. 379***3. Schutz-
aufsicht**

1. Die Kantone haben die Schutzaufsicht für die gesetzlich vorgesehenen Fälle einzurichten. Sie können sie auch geeigneten freiwilligen Vereinigungen übertragen.

Für jeden Schützling wird ein Fürsorger bezeichnet.

2. Die Schutzaufsicht ist von dem Kanton auszuüben, der sie verfügt hat. Vorbehalten bleiben die Möglichkeit der Abtretung des Strafvollzuges oder der Schutzaufsicht an einen andern Kanton und die Regelung des Vollzuges bei Zusammentreffen mehrerer Strafen und Massnahmen.

Übersiedelt der Schützling in einen andern Kanton, so hat dessen Schutzaufsichtsamt auf Ersuchen des Kantons, der die Schutzaufsicht verfügt hat, bei der Bestellung des Fürsorgers mit-zuhelfen.

Ist der Schützling aus dem Vollzugskanton ausgewiesen, so bleibt die Ausweisung für die Dauer der Schutzaufsicht auf-geschoben.

*Art. 382***1. Anstalten
Pflicht der
Kantone zur
Errichtung**

¹ Die Kantone sorgen dafür, dass die den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechenden Anstalten zur Verfügung stehen.

² Die Kantone können über die gemeinsame Errichtung von Anstalten Vereinbarungen treffen.

*Art. 384***Zulassung von
Privatanstalten**

Die Kantone können mit Privatanstalten, die den Anforderungen dieses Gesetzes entsprechen, Vereinbarungen treffen über die Einweisung in Trinkerheilanstalten, andere Heilanstalten und Pflegeanstalten, offene Anstalten für Verwahrte, Heime für die zeitweilige Unterbringung bedingt Entlassener oder Entlassungs-anwärter, Erziehungsheime für Kinder und Jugendliche, Beob-achtungsanstalten, Erziehungsheime für besonders schwierige Jugendliche sowie Arbeitserziehungsanstalten für Frauen.

*Art. 385***2. Räume und
Anstalten
für die
Einschliessung
Jugendlicher**

Die Kantone sorgen dafür, dass für die Einschliessung Jugend-licher (Art. 95) geeignete Räume oder Anstalten zur Verfügung stehen.

*Art. 391***5. Aufsicht
der Kantone**

Die Kantone unterstellen die für den Vollzug von erzieheri-schen und sichernden Massnahmen bestimmten Privatanstalten

sowie die Erziehungshilfe und die Unterbringung in einer Familie (Art. 84 und 91) einer sachgemässen, insbesondere auch ärztlichen Aufsicht.

Art. 393

Aufgehoben

Elfter Titel: Ergänzende und Schlussbestimmungen

Art. 397^{bis} (neu)

¹ Der Bundesrat ist befugt, nach Anhören der Kantone, ergänzende Bestimmungen aufzustellen über

Befugnis des Bundesrates zum Erlass von ergänzenden Bestimmungen

a. den Vollzug von Gesamtstrafen, Zusatzstrafen und mehreren gleichzeitig vollziehbaren Einzelstrafen und Massnahmen,

b. die Übernahme des Vollzuges von Strafen und Massnahmen durch einen andern Kanton,

c. die Beteiligung des Heimat- und Wohnkantons an den Kosten des Vollzuges von Strafen und Massnahmen,

d. das Vorgehen, wenn ein Täter zwischen der Begehung der Tat und der Beurteilung oder während des Vollzuges einer Strafe oder Massnahme von einer Altersstufe in eine andere übertritt, sowie wenn die strafbaren Handlungen in verschiedenen Altersstufen verübt wurden,

e. den tagweisen Vollzug von Haftstrafen und Einschliessungsstrafen von nicht mehr als zwei Wochen, sowie den Vollzug von Einschliessungsstrafen in besondern Lagern und ähnlichen Einrichtungen,

f. den Vollzug der Haftstrafen und Einschliessungsstrafen in der Form, dass der Verurteilte nur die Freizeit und die Nacht in der Anstalt zu verbringen hat,

g. den Vollzug von Strafen und Massnahmen an kranken gebrechlichen und betagten Personen,

h. die gänzliche Entfernung des Strafregistereintrags,

i. die Arbeit in den Anstalten und die Nachtruhe,

k. die Anstaltskleidung und die Anstaltskost,

l. den Empfang von Besuchen und den Briefverkehr,

m. die Entlöhnung der Arbeit und der Freizeitbeschäftigung.

² Der Bundesrat kann über die Trennung der Anstalten für Frauen auf Antrag der zuständigen kantonalen Behörde besondere Bestimmungen aufstellen.

³ Der Bundesrat kann über die Trennung der Anstalten des Kantons Tessin auf Antrag der zuständigen kantonalen Behörde besondere Bestimmungen aufstellen.

⁴ Der Bundesrat ist befugt, zwecks Weiterentwicklung der Methoden des Straf- und Massnahmenvollzugs versuchsweise für beschränkte Zeit vom Gesetz abweichende Vollzugsformen zu gestatten.

II

Die nach diesem Gesetz erforderlichen Anstaltsreformen sind von den Kantonen so bald als möglich, spätestens jedoch innert zehn Jahren nach Inkrafttreten der revidierten Bestimmungen durchzuführen. Der Bundesrat trifft für die Zwischenzeit die nötigen Anordnungen.

III

1. Das Verhältnis der neuen Bestimmungen zum bisherigen Recht bestimmt sich nach den Regeln der Artikel 336 Buchstabe *e*, 337 und 338.

2. Artikel 100^{bis} Ziffer 4 gilt nur bis zur Schaffung einer geschlossenen Arbeitserziehungsanstalt.

3. Die Folgen, welche die bisherige Gesetzgebung des Bundes und der Kantone an die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit knüpfte, gelten nicht für die Amtsunfähigkeit (Art. 51).

Artikel 1 des Bundesgesetzes vom 29. April 1920 betreffend die öffentlichrechtlichen Folgen der fruchtlosen Pfändung und des Konkurses erhält folgenden Wortlaut:

«Die fruchtlose Pfändung und der Konkurs ziehen die Einstellung im Stimmrecht und im aktiven Wahlrecht nicht nach sich.» Absatz 3 des Artikels 1 wird aufgehoben.

Die Folgen der in früheren Urteilen ausgesprochenen Einstellungen in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit fallen mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes dahin, soweit sie nicht die Wählbarkeit in Behörden und öffentliche Ämter betreffen.

4. Artikel 241 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 15. Juni 1934 über die Bundesstrafrechtspflege wird wie folgt geändert:

«Das urteilende Gericht verfügt, welcher Kanton mit dem Vollzug einer Freiheitsstrafe oder einer Massnahme beauftragt wird.»

IV

Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Also beschlossen vom Ständerat

Bern, den 18. März 1971

Der Präsident: **Theus**

Der Protokollführer: **Sauvant**

Alo beschlossen vom Nationalrat

Bern, den 18. März 1971

Der Präsident: **Weber**

Der Protokollführer: **Hufschmid**

Der Schweizerische Bundesrat beschliesst:

Das vorstehende am 26. März 1971¹⁾ öffentlich bekanntgemachte Bundesgesetz ist in die Sammlung der eidgenössischen Gesetze aufzunehmen und tritt am 1. Juli 1971 in Kraft, ausgenommen die Artikel 49 Ziffer 4 Absatz 2, 82 bis 99, 370, 371 Absatz 2 aufgehoben, 372, 373, 379 Ziffer 1 Absatz 2 385 und 391.

Bern, den 4. Juni 1971

8059

¹⁾ BBl 1971 I 496

Bundesgesetz betreffend Änderung des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen

(Vom 11. März 1971)

*Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf die Artikel 31^{quater}, 64 und 64^{bis} der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 13. Mai 1970¹⁾,

beschliesst:

I

Das Bundesgesetz vom 8. November 1934²⁾ über die Banken und Sparkassen wird wie folgt geändert:

Erster Abschnitt: Geltungsbereich des Gesetzes

Art. 1

¹ Diesem Gesetz unterstehen die Banken, Privatbankiers (Einzelfirmen, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften) und Sparkassen, nachstehend Banken genannt.

² Den Banken sind gleichgestellt:

- a. Bankähnliche Finanzgesellschaften und Einzelfirmen, sofern sie sich öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen. Andernfalls sind auf solche Finanzgesellschaften und Einzelfirmen nur die Artikel 7 und 8 anwendbar;
- b. Alle übrigen Finanzgesellschaften und Einzelfirmen, die sich öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen, sofern dies nicht einzig durch die Auflage von Anleihen geschieht;
- c. Die Kreditkassen mit Wartezeit.

³ Dem Gesetz unterstehen insbesondere nicht:

- a. Börsenagenten und Börsenfirmer, die nur den Handel mit Wertpapieren und die damit unmittelbar im Zusammenhang stehenden Geschäfte betreiben, jedoch keinen Bankbetrieb führen;

¹⁾ BBl 1970 I 1144

²⁾ BS 10 337

b. Vermögensverwalter, Notare und Geschäftsagenten, die lediglich die Gelder ihrer Kunden verwalten und keinen Bankbetrieb führen.

⁴ Der Ausdruck «Bank» oder «Bankier», allein oder in Wortverbindungen, darf in der Firma, in der Bezeichnung des Geschäftszweckes und in der Geschäftsreklame nur für Institute verwendet werden, die eine Bewilligung der Bankenkommission als Bank erhalten haben.

⁵ Die Schweizerische Nationalbank und die Pfandbriefzentralen fallen nur soweit unter das Gesetz, als dies ausdrücklich gesagt ist.

Art. 2

¹ Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden sinngemäss Anwendung auf die von ausländischen Banken in der Schweiz errichteten Sitze, Zweigniederlassungen und Agenturen sowie auf die in der Schweiz tätigen Vertreter ausländischer Banken.

² Die Eidgenössische Bankenkommission erlässt die nötigen Weisungen. Sie kann insbesondere die Ausstattung der Geschäftsstellen mit einem angemessenen Dotationskapital und die Leistung von Sicherheiten verlangen.

Zweiter Abschnitt: Bewilligung zum Geschäftsbetrieb

Art. 3

¹ Die Bank bedarf zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit einer Bewilligung der Bankenkommission; sie darf nicht ins Handelsregister eingetragen werden, bevor diese Bewilligung erteilt ist.

² Die Bewilligung wird erteilt, wenn

- a. die Bank in ihren Statuten, Gesellschaftsverträgen und Reglementen den Geschäftskreis genau umschreibt und die ihrer Geschäftstätigkeit entsprechende Verwaltungsorganisation vorsieht; wo der Geschäftszweck oder der Geschäftsumfang es erfordert, sind besondere Organe für die Geschäftsführung einerseits und für die Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle anderseits auszuscheiden und die Befugnisse zwischen diesen Organen so abzugrenzen, dass eine sachgemässe Überwachung der Geschäftsführung gewährleistet ist;
- b. die als Aktiengesellschaft, Kommanditaktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisierte Bank das in der Vollziehungsverordnung festgelegte voll einbezahlte Mindestkapital ausweist;
- c. die mit der Verwaltung und Geschäftsführung der Bank betrauten Personen einen guten Ruf geniessen und Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit bieten;
- d. die mit der Geschäftsführung betrauten Personen mehrheitlich in der Schweiz Wohnsitz haben. Wohnen solche Personen im Ausland, sind sie

nur zur Kollektivzeichnung gemeinsam mit einer in der Schweiz wohnhaften, ebenfalls mit der Geschäftsführung betrauten Person berechtigt.

³ Die Bank hat der Bankenkommission ihre Statuten, Gesellschaftsverträge und Reglemente einzureichen sowie alle späteren Änderungen daran anzuzeigen, soweit diese den Geschäftszweck, den Geschäftsbereich, das Grundkapital oder die innere Organisation betreffen. Solche Änderungen dürfen nicht ins Handelsregister eingetragen werden, bevor die Bankenkommission sie genehmigt hat.

⁴ Dieser Artikel findet nicht Anwendung auf die Kantonalbanken. Als solche gelten die durch kantonalen gesetzlichen Erlass errichteten Banken, für deren Verbindlichkeiten der Kanton haftet, sowie die durch kantonalen gesetzlichen Erlass vor 1883 errichteten Banken, für deren Verbindlichkeiten der Kanton zwar keine Haftung übernimmt, die aber unter Mitwirkung der kantonalen Behörden verwaltet werden.

Art. 3^{bis} (neu)

¹ Die Bewilligung zur Errichtung einer Bank, die nach schweizerischem Recht organisiert werden soll, auf die jedoch ein beherrschender ausländischer Einfluss besteht, wie auch die Bewilligung zur Errichtung eines Sitzes, einer Zweigniederlassung oder einer Agentur einer ausländischen oder ausländisch beherrschten Bank und die Bewilligung zur Bestellung eines ständigen Vertreters einer ausländischen Bank ist zusätzlich von folgenden Bedingungen abhängig zu machen:

- a. von der Gewährleistung des Gegenrechts durch die Staaten, in denen die ausländischen Gründer oder die sie beherrschenden natürlichen oder juristischen Personen ihren Wohnsitz oder Sitz haben;
- b. von der Verwendung einer Firma, die nicht auf einen schweizerischen Charakter der Bank hinweist oder darauf schliessen lässt;
- c. von der Bestätigung der Nationalbank, dass ihr die Bank die zum Schutze der schweizerischen Kredit- und Währungspolitik erforderlichen Zusicherungen abgegeben hat.

² Die Bank hat der Nationalbank über ihren Geschäftskreis und ihre Beziehungen zum Ausland Auskunft zu erteilen.

³ Eine nach schweizerischem Recht organisierte Bank fällt unter Absatz 1, wenn Ausländer direkt oder indirekt mit mehr als der Hälfte des Gesellschaftskapitals oder der Stimmen an ihr beteiligt sind oder auf sie in anderer Weise einen beherrschenden Einfluss ausüben.

Als Ausländer gelten:

- a. natürliche Personen, die weder das Schweizerbürgerrecht noch eine Niederlassungsbewilligung in der Schweiz besitzen;
- b. juristische Personen und Personengesellschaften, die ihren Sitz im Ausland haben oder, wenn sie ihren Sitz im Inland haben, von Personen gemäss Buchstabe a beherrscht sind.

Art. 3^{ter} (neu)

¹ Banken, die nach ihrer Gründung ausländisch beherrscht werden, bedürfen einer zusätzlichen Bewilligung gemäss Artikel 3^{bis}.

² Eine neue Zusatzbewilligung ist nötig, wenn bei einer ausländisch beherrschten Bank die massgebenden Aktionäre oder die sie in anderer Weise beherrschenden Personen wechseln.

³ Die Mitglieder der Verwaltung und Geschäftsführung der Bank haben der Bankenkommision alle Tatsachen zu melden, die auf eine ausländische Beherrschung der Bank oder auf einen Wechsel der sie beherrschenden Personen schliessen lassen. Meldepflichtig ist auch, wer den ausländischen Einfluss ausübt.

Dritter Abschnitt: Eigene Mittel, Liquidität und andere Vorschriften über die Geschäftstätigkeit

Art. 4 Abs. 2, 3 und 4

² Die Vollziehungsverordnung setzt hierüber die unter normalen Umständen einzuhaltenden Richtlinien fest, unter Berücksichtigung der Geschäftstätigkeit und der Art der Banken; sie umschreibt die Begriffe der eigenen Mittel, der greifbaren Mittel und der leicht verwertbaren Aktiven sowie der kurzfristigen Verbindlichkeiten.

³ Die Bankenkommision kann in besonderen Fällen Erleichterungen von den Richtlinien zulassen oder Verschärfungen anordnen.

*⁴ (Betrifft nur den französischen Wortlaut)**Art. 4^{bis} (neu)*

¹ Die Ausleihungen einer Bank an einen einzelnen Kunden sowie die Beteiligungen an einem einzelnen Unternehmen müssen in einem angemessenen Verhältnis zu ihren eigenen Mitteln stehen.

² Die Vollziehungsverordnung setzt dieses Verhältnis fest unter besonderer Berücksichtigung der Ausleihungen an öffentlich-rechtliche Körperschaften und der Art der Deckung.

³ Dieser Artikel findet auf Finanzgesellschaften keine Anwendung.

Art. 4^{ter} (neu)

¹ Kredite an Mitglieder der Bankorgane und an massgebende Aktionäre sowie die ihnen nahestehenden Personen und Gesellschaften dürfen nur nach den allgemein anerkannten Grundsätzen des Bankgewerbes gewährt werden.

² Dieser Artikel findet auf Finanzgesellschaften keine Anwendung.

Art. 4^{quater} (neu)

Die Banken haben im In- und Ausland jede irreführende sowie jede aufdringliche Werbung mit ihrem schweizerischen Sitz oder mit schweizerischen Einrichtungen zu unterlassen.

Art. 5 Abs. 1^{bis} (neu)

^{1bis} Dem Reservefonds sind, auch nachdem er die gesetzliche Höhe erreicht hat, zuzuweisen:

- a. ein bei der Ausgabe von Aktien oder Anteilscheinen nach Deckung der Ausgabekosten über den Nennwert hinaus erzielter Mehrerlös;
- b. ein Zehntel derjenigen Beträge, die aus dem Reingewinn nach der ordentlichen Speisung des Reservefonds und nach Bezahlung einer Dividende oder eines Anteilscheinzinses von 5 Prozent an die Gewinnberechtigten verteilt werden.

Vierter Abschnitt: Jahresrechnungen und Bilanzen*Art. 6 Abs. 3*

³ Die Banken mit einer Bilanzsumme von wenigstens 50 Millionen Franken haben überdies eine Zwischenbilanz auf das erste Halbjahresende des Geschäftsjahres, die Banken mit einer Bilanzsumme von wenigstens 200 Millionen Franken drei Zwischenbilanzen auf die ersten drei Vierteljahresenden des Geschäftsjahres aufzustellen.

Fünfter Abschnitt: Verhältnis der Banken zur Nationalbank*Art. 7*

¹ Die Banken haben der Nationalbank ihre Jahresrechnung einzureichen.

² Wo es die Grösse einer Bank oder die Art ihrer Geschäftstätigkeit rechtfertigt, kann die Nationalbank ferner ausführliche Halbjahresbilanzen und vierteljährliche oder monatliche Zwischenbilanzen verlangen.

³ Die Nationalbank kann von den Banken weitere Aufschlüsse über diese Bilanzen verlangen. Sie kann ferner andere Meldungen einverlangen, jedoch ausschliesslich zum Zwecke, ihr die Erfüllung der in Artikel 2 des Nationalbankgesetzes umschriebenen Aufgabe zu erleichtern.

⁴ Die Nationalbank ordnet nach Rücksprache mit den Banken das Meldeverfahren; sie kann namentlich die Verwendung einheitlicher Formulare vorschreiben.

⁵ Dieser Artikel findet auch Anwendung auf die bankähnlichen Finanzgesellschaften, die sich nicht öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen.

Art. 8

¹ Die Banken sowie die in Artikel 7 Absatz 5 genannten Finanzgesellschaften haben die Nationalbank zu unterrichten, bevor sie ein in Absatz 2 bezeichnetes Geschäft abschliessen oder sich daran beteiligen.

² Unter die Vorschrift von Absatz 1 fallen:

a-c ... (unverändert)

- d. die Mitwirkung an der erstmaligen Platzierung von Schuldverschreibungen eines ausländischen Ausstellers mit einer Laufzeit von wenigstens zwölf Monaten; die Laufzeit von zwölf Monaten gilt auch dann als vereinbart, wenn dem Schuldner das Recht zusteht, eine Verlängerung auf insgesamt zwölf Monate oder länger zu verlangen.

³ Die Nationalbank ist befugt, mit Rücksicht auf die Landeswährung, die Gestaltung des Zinsfusses auf dem Geld- und Kapitalmarkt oder die wirtschaftlichen Landesinteressen gegen solche Geschäfte Einsprache zu erheben oder an ihre Ausführung Bedingungen zu knüpfen. Die Prüfung der Sicherheit der Anlage ist nicht Aufgabe der Nationalbank.

⁴ ... (unverändert)

⁵ Nicht unter diesen Artikel fallen:

- a. Geschäfte nach Absatz 2 Buchstaben a–c, die nicht 10 Millionen Franken erreichen, oder Beteiligungen an solchen Geschäften;
b. Platzierungen von Schuldverschreibungen eines ausländischen Ausstellers nach Absatz 2 Buchstabe d, die voraussichtlich innerhalb eines Jahres den Betrag von 3 Millionen Franken nicht erreichen; die Nationalbank kann auch für Platzierungen grösseren Umfanges zeitweise die Meldepflicht aufheben.

Art. 9

¹ Die Nationalbank hat über die erhaltenen Meldungen und Mitteilungen das Geheimnis zu bewahren.

² Sie veröffentlicht Statistiken, in denen die Jahresrechnungen, Zwischenbilanzen und Meldungen der Banken gesamthaft oder gruppenweise zusammengefasst werden.

Sechster Abschnitt: Kapitalrückzahlung; besondere Bestimmungen über Genossenschaftsbanken

Art. 12 Abs. 3

³ Eine Rückzahlung darf nur stattfinden, wenn die Forderungen der Gläubiger gedeckt bleiben und die Liquidität gewährleistet ist.

Siebenter Abschnitt: Spareinlagen

Art. 15 Abs. 1 und 2

¹ Einlagen, die in irgendeiner Wortverbindung durch den Ausdruck «Sparen» gekennzeichnet sind, dürfen nur entgegengenommen werden von Banken, die öffentlich Rechnung ablegen. Finanzgesellschaften und alle andern Unternehmen sind zur Entgegennahme von Spareinlagen nicht berechtigt und dürfen weder in der Firma noch in der Bezeichnung des Geschäftszweckes noch in Geschäftsreklamen den Ausdruck «Sparen» mit Bezug auf die bei ihnen gemachten Geldeinlagen verwenden.

² Die Spareinlagen jedes Einlegers geniessen bis zum Betrag von 5000 Franken ein Konkursvorrecht in der dritten Klasse. Soweit Spareinlagen diesen Betrag übersteigen, sind sie bis zu weiteren 5000 Franken in der vierten Klasse privilegiert. Sind mehrere Personen an einem Sparheft beteiligt, so gelten sie zusammen als einziger Einleger.

Art. 16 Abs. 1

¹ Die Kantone sind befugt, für Spareinlagen im Sinne von Artikel 15 Absatz 1, die auf Rechnung einer in ihrem Gebiet errichteten Bankstelle einbezahlt werden, an Wertpapieren und Forderungen der betreffenden Bankstelle bis zum Betrage von 5000 Franken ein gesetzliches Pfandrecht zu schaffen, das von den Formvorschriften des Zivilgesetzbuches über das Fahrnispfandrecht befreit ist.

Neunter Abschnitt: Überwachung und Revision

Art. 19 Abs. 1 und 2

¹ Die Revisionsstelle prüft, ob die Jahresrechnung nach Form und Inhalt gemäss den gesetzlichen, statutarischen und reglementarischen Vorschriften aufgestellt ist und ob die Bestimmungen dieses Gesetzes und seiner Vollziehungsverordnung sowie allfällige kantonale Bestimmungen über ein gesetzliches Pfandrecht zugunsten von Spareinlagen beobachtet und die Voraussetzungen der Bewilligungen eingehalten worden sind.

² Die Bank hat der Revisionsstelle jederzeit Einsicht in die Bücher und Belege zu gewähren, die für die Feststellung und Bewertung der Aktiven und Passiven im schweizerischen Bankgeschäft üblichen Unterlagen bereitzuhalten sowie alle Aufschlüsse zu erteilen, die zur Erfüllung der Prüfungspflicht erforderlich sind.

Art. 21 Abs. 2–4

² Der Revisionsbericht ist dem nach Gesetz, Statuten, Gesellschaftsvertrag oder Reglement für die Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle verantwortlichen Organ bekanntzugeben. Ist die Bank eine juristische Person, so ist der Revisionsbericht auch der obligationenrechtlichen Kontrollstelle zu unterbreiten.

³ Werden bei der Revision Verletzungen gesetzlicher Vorschriften oder sonstige Missstände festgestellt, hat die Revisionsstelle der Bank eine angemessene Frist zur Herstellung des ordnungsgemässen Zustandes anzusetzen. Wird die Frist nicht eingehalten, so hat die Revisionsstelle der Bankenkommission Bericht zu erstatten.

⁴ Erscheint eine Fristansetzung im Sinne von Absatz 3 als zwecklos oder stellt die Revisionsstelle strafbare Handlungen, schwere Missstände, den Verlust der Hälfte der eigenen Mittel oder andere Tatsachen fest, welche die Sicherheit der Gläubiger gefährden, oder kann sie nicht mehr bestätigen, dass die Gläubiger durch die Aktiven noch gedeckt sind, so ist die Bankenkommission sofort zu benachrichtigen.

Art. 22

¹ Die Kosten der Revision sind von der revidierten Bank zu tragen. Sie richten sich nach den durch die Bankenkommision genehmigten Tarifen.

² Die gestützt auf diesen Artikel erhobenen Forderungen der Revisionsstelle geniessen ein Konkursvorrecht in der dritten Klasse.

Zehnter Abschnitt: Eidgenössische Bankenkommision*Art. 23*

¹ Der Bundesrat wählt eine aus 7–9 Mitgliedern bestehende Eidgenössische Bankenkommision und bezeichnet ihren Präsidenten und zwei Vizepräsidenten. Dieser Kommision ist die Aufsicht über das Bankwesen und die Anlagefonds zur selbständigen Erledigung übertragen. Die Kommision verfügt über ein ständiges Sekretariat.

² Die Bankenkommision, die sich in je eine Kammer für Banken und für Anlagefonds gliedern kann, erlässt ein Reglement über ihre Organisation und Geschäftsführung, das der Genehmigung des Bundesrates bedarf.

³ Die Bankenkommision erstattet dem Bundesrat wenigstens einmal jährlich Bericht über ihre Tätigkeit. Sie verkehrt mit dem Bundesrat über das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement.

⁴ Die Kosten der Bankenkommision und ihres Sekretariates übernimmt der Bund. Die Bankenkommision erhebt jedoch für ihre Verfügungen Gebühren. Das Nähere regelt die Vollziehungsverordnung.

⁵ Die Mitglieder der Bankenkommision müssen Sachverständige sein. Sie dürfen nicht Präsident, Vizepräsident, Delegierter oder Mitglied des Ausschusses des Verwaltungsrates, noch Mitglied der Geschäftsführung einer Bank, einer anerkannten Revisionsstelle oder der Fondsleitung eines Anlagefonds sein.

Art. 23^{bis} (neu)

¹ Die Bankenkommision trifft die zum Vollzug des Gesetzes notwendigen Verfügungen und überwacht die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften.

² Die Bankenkommision kann von den Revisionsstellen sowie von den Banken alle Auskünfte und Unterlagen verlangen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe benötigt; sie ist befugt, von den Revisionsstellen Berichte, insbesondere den Revisionsbericht über eine Bank einzufordern und ausserordentliche Revisionen anzuordnen.

Art. 23^{ter} (neu)

¹ Erhält die Bankenkommision von Verletzungen des Gesetzes oder von sonstigen Missständen Kenntnis, so erlässt sie die zur Herstellung des ordnungsgemässen Zustandes und zur Beseitigung der Missstände notwendigen Verfügungen.

² Wird eine vollstreckbare Verfügung der Bankenkommission nach vorausgegangener Mahnung innert der festgesetzten Frist nicht befolgt, so kann die Bankenkommission auf Kosten der säumigen Bank die angeordnete Handlung selber vornehmen.

³ Bei Widersetzlichkeit gegen vollstreckbare Verfügungen kann die Bankenkommission diese auch im Schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlichen oder in anderer Form bekanntmachen. Eine solche Massnahme ist zunächst anzudrohen.

⁴ Erhält die Bankenkommission Kenntnis von Widerhandlungen gegen die Artikel 46, 49 und 50 dieses Gesetzes, benachrichtigt sie unverzüglich das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement. Erhält sie Kenntnis von Widerhandlungen gegen die Artikel 47 und 48 dieses Gesetzes oder von gemeinrechtlichen Verbrechen und Vergehen, benachrichtigt sie die zuständige kantonale Behörde.

Art. 23^{quater} (neu)

¹ Die Bankenkommission kann in eine Bank einen Sachverständigen als ihren Beobachter abordnen, wenn die Forderungen der Gläubiger durch schwerwiegende Missstände als ernstlich gefährdet erscheinen. Mit dieser Aufgabe kann die bankengesetzliche Revisionsstelle betraut werden. Die Kosten trägt die Bank.

² Der Beobachter überwacht die Tätigkeit der leitenden Organe der Bank, insbesondere die Durchführung der von der Bankenkommission angeordneten Massnahmen und erstattet ihr hierüber laufend Bericht. Zu diesem Zwecke geniesst er ein uneingeschränktes Recht zur Einsicht in die Geschäftstätigkeit, die Bücher und Akten der Bank, darf aber in die Geschäftstätigkeit selber nicht eingreifen.

³ Die gestützt auf diesen Artikel erhobenen Forderungen des Beobachters geniessen ein Konkursvorrecht in der dritten Klasse.

Art. 23^{quinquies} (neu)

¹ Die Bankenkommission entzieht der Bank, welche die Voraussetzungen der Bewilligung nicht mehr erfüllt oder ihre gesetzlichen Pflichten grob verletzt, die Bewilligung zur Geschäftstätigkeit.

² Der Entzug der Bewilligung bewirkt bei juristischen Personen, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften die Auflösung und bei Einzelfirmen die Löschung im Handelsregister. Die Bankenkommission bezeichnet den Liquidator und überwacht seine Tätigkeit.

Art. 24

Gegen Verfügungen der Bankenkommission ist die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht gemäss dem fünften Titel des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechtspflege zulässig.

Elfter Abschnitt: Fälligkeitsaufschub

Art. 27

Der Bundesrat entscheidet über den Fälligkeitsaufschub nach Anhörung der Nationalbank und der Bankenkommision ... (Rest unverändert).

Zwölfter Abschnitt: Stundung

Art. 29 Abs. 1^{bis} und 1^{ter} (neu)

^{1 bis} Das Gericht bestellt einen provisorischen Kommissär, dem bis zum Entscheid über das Gesuch oder bis zur Konkurseröffnung die gleichen Befugnisse wie dem ordentlichen Kommissär zustehen. Als provisorischer Kommissär kann die bankengesetzliche Revisionsstelle bezeichnet werden. Rechtshandlungen, welche die Bank nach Schliessung der Schalter oder nach Einreichung des Gesuches bis zur Bestellung des provisorischen Kommissärs vornimmt, sind ihren Gläubigern gegenüber ungültig.

^{1ter} Hat eine Bank ein Stundungsgesuch eingereicht, setzt das Konkursgericht das Konkurserkennntnis bis zur Erledigung dieses Gesuches aus.

Art. 32 Abs. 1

¹ Die Stundung hat die in Artikel 297 des Bundesgesetzes vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs umschriebenen Wirkungen.

Art. 35 Abs. 2

² Erweist sich dagegen die Bank während der Stundung als überschuldet oder ergibt sich, dass sie nach Ablauf der Stundungsfrist nicht imstande sein wird, ihre Verbindlichkeiten zeitgerecht zu erfüllen oder eine aussergerichtliche Sanierung durchzuführen, so weist das Gericht den Kommissär an, beim Konkursgericht die sofortige Konkurseröffnung zu beantragen, es sei denn, dass die Bank das Nachlassverfahren einleitet. Ein Aufschub des Konkurses nach den Artikeln 725 Absatz 4 und 903 Absatz 5 des Obligationenrechtes ist nicht zulässig.

Dreizehnter Abschnitt: Besondere Vorschriften über das Konkurs- und Nachlassverfahren

Art. 36 Abs. 3–5

³ Die aus den Büchern der Bank ersichtlichen Forderungen gelten als angemeldet.

⁴ Als Konkursgericht haben die Kantonsregierungen eine einzige kantonale Instanz zu bestimmen.

⁵ Das Bundesgericht kann für das Konkursverfahren weitere Vorschriften aufstellen, die vom Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs abweichen dürfen.

Art. 37 Abs. 1–1^{ter} und 9 (neu)

¹ Stellt eine Bank das Gesuch um Nachlassstundung, ernennt die Nachlassbehörde einen provisorischen Sachwalter, dem bis zur Entscheid über das Gesuch oder bis zur Konkurseröffnung die gleichen Befugnisse wie dem ordentlichen Sachwalter zustehen. Als provisorischer Sachwalter kann die bankengesetzliche Revisionsstelle bezeichnet werden. Ist bereits ein Kommissär bestellt worden, wird dieser provisorischer Sachwalter. Rechtshandlungen, welche die Bank nach Schliessung der Schalter oder nach Einreichung eines Gesuches um Nachlassstundung bis zur Bestellung des provisorischen Sachwalters vornimmt, sind ihren Gläubigern gegenüber ungültig.

^{1^{bis}} Hat eine Bank ein Gesuch um Nachlassstundung eingereicht, setzt das Konkursgericht das Konkurserkenntnis bis zur Erledigung dieses Gesuches aus.

^{1^{ter}} Entspricht die Nachlassbehörde dem Gesuch um Nachlassstundung, ernennt sie definitiv einen Sachwalter, falls nicht schon ein Kommissär dafür bestellt ist.

⁹ Das Bundesgericht kann für das Nachlassverfahren weitere Vorschriften aufstellen, die vom Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs abweichen dürfen.

Vierzehnter Abschnitt: Verantwortlichkeits- und Strafbestimmungen

Art. 46

¹ Wer vorsätzlich

- a. ohne Bewilligung der Bankenkommission eine Bank eröffnet, einen Sitz, eine Zweigniederlassung oder eine Agentur einer ausländischen Bank betreibt oder für sie einen ständigen Vertreter bestellt,
- b. die für ausländisch beherrschte Banken vorgeschriebene Zusatzbewilligung nicht einholt,
- c. die mit der Bewilligung verbundenen Bedingungen verletzt,
- d. unbefugterweise in der Firma, in der Bezeichnung des Geschäftszweckes oder in Geschäftsreklamen den Ausdruck «Bank», «Bankier» oder «Sparen» verwendet,
- e. in der Werbung irreführende Angaben macht oder den schweizerischen Sitz einer Bank oder schweizerische Einrichtungen missbräuchlich verwendet,
- f. unbefugterweise Spareinlagen entgegennimmt,
- g. Faustpfänder entgegen den Bestimmungen von Artikel 17 weiterverpfändet oder in Report gibt,

- h. ohne vorherige Mitteilung an die Nationalbank oder entgegen der Einsprache der Nationalbank oder entgegen den von ihr gestellten Bedingungen ein unter Artikel 8 fallendes Geschäft abschliesst,
- i. der Bankenkommission, der Revisionsstelle oder der Nationalbank falsche Auskünfte erteilt,
- k. als anerkannte Revisionsstelle bei der Revision oder bei Erstattung des Revisionsberichtes die ihm durch dieses Gesetz oder die Ausführungsbestimmungen auferlegten Pflichten grob verletzt, namentlich im Revisionsbericht unwahre Angaben macht oder wesentliche Tatsachen verschweigt oder eine vorgeschriebene Aufforderung an die revidierte Bank unterlässt oder einen vorgeschriebenen Bericht an die Bankenkommission nicht erstattet,
- l. die Geschäftsbücher nicht ordnungsgemäss führt oder Geschäftsbücher und Belege nicht vorschriftsgemäss aufbewahrt,

wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Busse bis zu 50 000 Franken bestraft.

² Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zu 30 000 Franken.

Art. 47

1. Wer ein Geheimnis offenbart, das ihm in seiner Eigenschaft als Organ, Angestellter, Beauftragter, Liquidator oder Kommissär einer Bank, als Beobachter der Bankenkommission, als Organ oder Angestellter einer anerkannten Revisionsstelle anvertraut worden ist oder das er in dieser Eigenschaft wahrgenommen hat,

wer zu einer solchen Verletzung des Berufsgeheimnisses zu verleiten sucht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Busse bis zu 50 000 Franken bestraft.

2. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zu 30 000 Franken.

3. Die Verletzung des Berufsgeheimnisses ist auch nach Beendigung des amtlichen oder dienstlichen Verhältnisses oder der Berufsausübung strafbar.

4. Vorbehalten bleiben die eidgenössischen und kantonalen Bestimmungen über die Zeugnispflicht und über die Auskunftspflicht gegenüber einer Behörde.

Art. 48

Wer den Kredit einer Bank, der Nationalbank oder der Pfandbriefzentralen wider besseres Wissen durch Behauptung oder Verbreitung unwahrer Tatsachen schädigt oder gefährdet, wird auf Antrag mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.

Art. 49

¹ Wer vorsätzlich

- a. die Jahresrechnung oder eine Zwischenbilanz nicht nach den Vorschriften von Artikel 6 aufstellt und veröffentlicht,

- b. die Jahresrechnung nicht durch eine anerkannte Revisionsstelle prüfen oder eine von der Bankenkommision angeordnete Revision nicht vornehmen lässt,
 - c. die ihm gegenüber der Revisionsstelle obliegenden Pflichten nicht erfüllt,
 - d. einer durch die Bankenkommision ergangenen Aufforderung zur Herstellung des ordnungsgemässen Zustandes oder zur Beseitigung von Missetänden nicht nachkommt,
 - e. die vorgeschriebenen Meldungen an die Bankenkommision oder die Nationalbank nicht erstattet,
 - f. Anteilscheine entgegen der Vorschrift des Artikels 12 zurückzahlt,
- wird mit Haft oder mit Busse bis zu 20 000 Franken bestraft.

² Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zu 10 000 Franken.

Art. 50

Wer sonst vorsätzlich oder fahrlässig einer Vorschrift dieses Gesetzes, einer Ausführungsverordnung, einer auf Grund solcher Vorschriften erlassenen allgemeinen Weisung oder einer unter Hinweis auf die Strafdrohung dieses Artikels an ihn gerichteten Einzelverfügung zuwiderhandelt, wird mit Busse bis zu 5000 Franken bestraft.

Art. 51

¹ Wird eine Widerhandlung gegen die Artikel 46, 49 und 50 im Geschäftsbetrieb einer juristischen Person, einer Kollektiv- oder einer Kommanditgesellschaft oder einer Einzelfirma begangen, so finden die Strafbestimmungen auf diejenigen Personen Anwendung, die für sie gehandelt haben oder hätten handeln sollen.

² Fällt nach den Umständen als Strafe nur eine Busse von nicht mehr als 2000 Franken in Betracht, so kann die juristische Person, die Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft oder die Einzelfirma als solche bestraft und von einer Verfolgung der nach Absatz 1 strafbaren Personen Umgang genommen werden.

Art. 51^{bis} (neu)

¹ Widerhandlungen gegen die Artikel 46, 49 und 50 werden nach Massgabe des fünften Teils des Bundesgesetzes vom 15. Juni 1934 über die Bundesstrafrechtspflege (Art. 321 ff.) durch das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement verfolgt und beurteilt.

² Hält das Departement die Voraussetzungen einer Freiheitsstrafe für gegeben, so überweist es die Akten dem zuständigen Strafgericht. Die Überweisung gilt als Anklage. Die Urteile und Einstellungsbeschlüsse sind in vollständiger Ausfertigung unverzüglich der Bundesanwaltschaft zuhanden des Bundesrates mitzuteilen.

³ Verfolgung und Beurteilung von Widerhandlungen gegen die Artikel 47 und 48 obliegen den Kantonen.

⁴ Die Verfolgung von Übertretungen verjährt in fünf Jahren. Die Verjährungsfrist kann durch Unterbrechung nicht um mehr als die Hälfte hinausgeschoben werden.

Fünfzehnter Abschnitt: Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 53 Abs. 1 Buchst. a

¹ Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden aufgehoben:

- a. die kantonalen Bestimmungen über Banken; vorbehalten bleiben die Bestimmungen über Kantonalbanken, die Bestimmungen über ein gesetzliches Pfandrecht zugunsten von Spareinlagen gemäss Artikel 16, die Bestimmungen über den gewerbsmässigen Wertpapierhandel sowie die Bestimmungen über die Überwachung der Einhaltung kantonalrechtlicher Vorschriften gegen Missbräuche im Zinswesen.

Art. 55

Aufgehoben.

II

¹ Banken und Finanzgesellschaften, die vor Inkrafttreten des Gesetzes gegründet worden sind, brauchen keine neue Bewilligung zum Geschäftsbetrieb einzuholen.

² Finanzgesellschaften, die neu dem Gesetz unterstehen, haben sich innert drei Monaten seit dessen Inkrafttreten bei der Bankenkommission zu melden.

³ Banken und Finanzgesellschaften haben sich innert zwei Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes den Vorschriften von Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben *a*, *c* und *d* sowie von Artikel 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe *c* anzupassen. Erfolgt die Anpassung nicht fristgemäss, kann die Bewilligung entzogen werden.

⁴ Um den Besonderheiten von Finanzgesellschaften und Kreditkassen mit Wartezeit Rechnung zu tragen, wird der Bundesrat ermächtigt, Sondervorschriften zu erlassen.

III

Folgende Bestimmungen werden mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geändert oder aufgehoben:

1. Bundesgesetz vom 11. April 1889¹⁾ über Schuldbetreibung und Konkurs:
Art. 219 Abs. 4 Dritte Klasse Buchst. e (neu), Vierte Klasse Buchst. b (neu):

Dritte Klasse

- e. Die Forderungen von Revisionsstellen gemäss Artikel 22 und des Beobachters der Bankenkommission gemäss Artikel 23^{quater} des Bundesgesetzes vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen.

¹⁾ BS 3 3

*Vierte Klasse**a. Die Hälfte der Forderung...*

b. Die durch den Ausdruck «Sparen» in irgendeiner Wortverbindung gekennzeichneten, nicht durch einen Kanton garantierten Einlagen bei Banken bis zu 5000 Franken für jeden Einleger, soweit die Einlagen den Betrag von 5000 Franken übersteigen. Sind mehrere Personen an einem Sparheft beteiligt, so gelten sie zusammen als einziger Einleger.

2. Bundesbeschluss vom 29. September 1934¹⁾ über die Kreditkassen mit Wartezeit (sogenannte Bausparkassen und ähnliche Kreditorganisationen) und Ausführungserlasse:

Aufgehoben.

3. Bundesgesetz vom 1. Juli 1966²⁾ über die Anlagefonds wird wie folgt geändert:

Art. 3 Abs. 4

⁴ Ist die Fondsleitung eine Genossenschaft, so gelten für die Rückzahlung der Genossenschaftsanteile die Artikel 12 und 49 Absatz 1 Buchstabe *f* und Absatz 2 des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.

Art. 40 Abs. 2

Aufgehoben.

Art. 43 Abs. 3

³ Erhält die Aufsichtsbehörde Kenntnis von einer in diesem Gesetz mit Strafe bedrohten Handlung, benachrichtigt sie unverzüglich das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement. Erhält sie Kenntnis von gemeinrechtlichen Verbrechen und Vergehen, benachrichtigt sie die zuständige kantonale Behörde.

Art. 50 Ziff. 2

Aufgehoben.

Art. 51 Abs. 2

² Fällt nach den Umständen als Strafe nur eine Busse von nicht mehr als 2000 Franken in Betracht, so kann die juristische Person, die Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft oder die Einzelfirma als solche bestraft und von einer Verfolgung der nach Absatz 1 strafbaren Personen Umgang genommen werden.

Art. 52

¹ Widerhandlungen werden nach Massgabe des fünften Teils des Bundesgesetzes vom 15. Juni 1934 über die Bundes-

C. Strafverfahren

¹⁾ BS 10 411

²⁾ AS 1967 115

strafrechtspflege (Art. 321 ff) durch das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement verfolgt und beurteilt.

² Hält das Departement die Voraussetzungen einer Freiheitsstrafe für gegeben, so überweist es die Akten dem zuständigen Strafgericht. Die Überweisung gilt als Anklage. Die Urteile und Einstellungsbeschlüsse sind in vollständiger Ausfertigung unverzüglich der Bundesanwaltschaft zuhänden des Bundesrates mitzuteilen.

³ Die Verfolgung von Übertretungen verjährt in fünf Jahren. Die Verjährungsfrist kann durch Unterbrechung nicht um mehr als die Hälfte hinausgeschoben werden.

4. Bundesbeschluss vom 21. März 1969¹⁾ über die Bewilligungspflicht für ausländisch beherrschte Banken wird aufgehoben.

IV

Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Also beschlossen vom Ständerat

Bern, den 11. März 1971

Der Präsident: **Theus**

Der Protokollführer: **Sauvant**

Also beschlossen vom Nationalrat

Bern, den 11. März 1971

Der Präsident: **Weber**

Der Protokollführer: **Hufschmid**

Der Schweizerische Bundesrat beschliesst:

Das vorstehende am 26. März 1971²⁾ öffentlich bekanntgemachte Bundesgesetz ist in die Sammlung der eidgenössischen Gesetze aufzunehmen.

Bern, den 24. Juni 1971

Im Auftrag des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundeskanzler:

Huber

¹⁾ AS 1969 442

²⁾ BBl 1971 I 538

Bundesratsbeschluss über die Inkraftsetzung des revidierten Bankengesetzes

(Vom 24. Juni 1971)

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Ziffer I Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe *b* und Ziffer IV des Bundesgesetzes vom 11. März 1971¹⁾ betreffend Änderung des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen,

beschliesst:

Art. 1

Das Bundesgesetz vom 11. März 1971 betreffend Änderung des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen tritt am 1. Juli 1971 in Kraft.

Art. 2

Das voll einzubezahlende Mindestkapital für Neugründungen von Banken in der Form der Aktiengesellschaft, Kommanditaktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung beträgt 2 Millionen Franken.

Bern, den 24. Juni 1971

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Gnägi

Der Bundeskanzler:

Huber

Gebührentarif der eidgenössischen landwirtschaftlichen Forschungsanstalten

(Vom 1. Juni 1971)

Der Schweizerische Bundesrat,
gestützt auf Artikel 117 des Landwirtschaftsgesetzes vom 3. Oktober 1951 ¹⁾,

beschliesst:

I. Allgemeines

Art. 1

Grundsatz

¹ Die eidgenössischen landwirtschaftlichen Forschungsanstalten (im folgenden Anstalten genannt) haben für ihre Amtshandlungen die in diesem Tarif vorgesehenen Gebühren und Entschädigungen zu beziehen.

² Vorbehalten bleiben abweichende Bestimmungen in Kontrollverträgen gemäss Artikel 74 des Landwirtschaftsgesetzes.

Art. 2

Vorschüsse

¹ Die Anstalten können sich die Kosten für eine Verrichtung (Gebühren und Entschädigungen) jederzeit ganz oder teilweise vorschüssen lassen.

² Die Anstalten sind dazu gegenüber demjenigen verpflichtet, der ihnen als nicht zahlungsfähig oder -willig bekannt ist.

³ Wird der Vorschuss nicht geleistet, unterbleibt die Verrichtung.

Art. 3

Erläss

Die Anstalten können nach der Weisung der Abteilung für Landwirtschaft Gebühren und Entschädigungen ausnahmsweise ganz oder teilweise erlassen,

¹⁾ AS 1953 1073

- a. wenn die Untersuchung Einrichtungen oder Anlagen betrifft, für die der Bund Beiträge gewährt;
- b. wenn und soweit die Verrichtung für die Anstalt von besonderem Interesse ist;
- c. um bei besonderen Umständen einen offensichtlichen Härtefall zu vermeiden;
- d. wenn ein Imker seine eingesandte Bienen- oder Wabenprobe darauf hin untersuchen lässt, ob sie seinem Verdacht entsprechend von einer anzeigepflichtigen Bienenseuche befallen sei;
- e. wenn der Chefkontrolleur eines Bienenzüchterverbandes Honigproben auf Herkunft untersuchen lässt.

II. Entschädigungen

Art. 4

Im allgemeinen

¹ Über die Gebühren hinaus sind der Anstalt noch folgende Auslagen zu bezahlen, die durch eine gebührenpflichtige Verrichtung entstanden sind:

- a. alle Barauslagen, insbesondere auch Zahlungen an die schweizerischen Vitamininstitute für die Bestimmung des Vitamingehaltes in Futtermitteln;
- b. Porti, Telefon- und Telegrammtaxen im Verkehr mit dem Ausland;
- c. die Telefonspesen, falls der Einsender verlangt, dass ihm die Untersuchungsergebnisse telefonisch mitgeteilt werden;
- d. für Reisen das Taggeld, sofern ein solches ausgerichtet werden kann, sowie für Verrichtungen ausserhalb der Anstalt die jeweils geltenden Stunden- und Kilometerentschädigungen. Massgebend ist die der Bahn- oder Posttaxe zugrundeliegende oder, mangels einer Bahn- oder Postverbindung, die effektiv zurückgelegte Strecke.

² Soweit sich eine Entschädigung auf mehrere Verrichtungen bezieht, ist sie gemäss Aufwand zu verteilen.

Art. 5

Ausnahmen

Beim Bewilligungsverfahren werden Entschädigungen nur verlangt:

- a. in dem in Artikel 20 Absatz 1 erwähnten Fall sowie
- b. in der Regel für die Besichtigung von Firmenversuchen, wobei nur das Taggeld und die Reiseauslagen verrechnet werden.

III. Gebühren

Art. 6

Im Tarif nicht erwähnte Verrichtungen

¹ Erwähnt dieser Tarif eine Verrichtung nicht, so ist hiefür dieselbe Gebühr wie für ähnliche oder gleichartige Verrichtungen zu verrechnen unter Berücksichtigung von Unterschieden im Zeitaufwand.

² Bei Anwendung anderer als der üblichen Untersuchungsmethoden berechnet sich die Gebühr nach der aufgewendeten Zeit unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Zeitaufwandes, die solche Fälle verursachen.

Art. 7

Auskünfte

¹ Einfache, kurze Auskünfte, auch solche über die sachgemässe Entnahme von Proben sind gebührenfrei, sofern sie keine Analysen, mikroskopische Prüfungen oder andere ähnliche eingehende Untersuchungen nötig machen und ohne ins Gewicht fallenden Zeitaufwand erteilt werden können.

² Für ausführliche schriftliche Auskünfte oder Kommentare zu Untersuchungssattesten wird eine Gebühr nach Zeitaufwand erhoben.

³ Für Untersuchungsberichte beträgt die Gebühr mindestens 4 Franken je Seite, für Photokopien dieser Berichte mindestens 1 Franken je Seite und für Beantwortung von fachlichen Anfragen mindestens 20 Franken je Seite.

Art. 8

Ermässigte Gebühren

1. Bei Milch und Milchprodukten, Gemüsen, Früchten sowie Getränken

¹ Verlangt jemand die gleiche Untersuchung für fünf oder mehr gleichzeitig eingesandte Proben gleicher Art von Milch, Milchprodukten, Gemüsen, Früchten, süssen oder vergorenen Getränken, zahlt er für vier Proben die vollen Gebühren; für weitere Proben geniesst er eine Ermässigung von 30 Prozent.

² Für die Bestimmung des Fettgehaltes in der Trockenmasse bei Käse (Art. 23 Abs. 2 Ziff. 2, 4) wird keine Ermässigung gewährt.

Art. 9

2. Bei Sämereien

¹ Wer Sämereien gewerbsmässig in Verkehr bringt, kann dem Käufer einen von den Forschungsanstalten bezogenen Ausweisschein abgeben und ihn so ermächtigen, die Sämereien bei der für den Käufer zuständigen Anstalt auf Rechnung des Verkäufers untersuchen zu lassen, wobei die Gebühr um 50 Prozent ermässigt wird. Verlangt ein Wiederverkäufer eine solche Untersuchung, entrichtet er dafür eine Gebühr von 2 Franken.

² Diese Ermässigung wird auch gewährt für Untersuchungen von Proben im Zusammenhang mit der Anerkennung feldbesichtigten Saatgutes.

³ Die Untersuchung von Nachkontrollproben feldbesichtigten inländischen Saatgutes ist gebührenfrei.

Art. 10

3. Für Landwirte und Selbstverbraucher

Für die Untersuchung von Böden, Sämereien, Dünge- und Futtermitteln sowie Silierzusätzen und Getränken, die von Landwirten und Selbstverbrauchern eingesandt werden, wird die Gebühr um 50 Prozent ermässigt.

Art. 11

4. Gemeinsame Bestimmungen

¹ Der Anspruch auf eine Ermässigung ist den Anstalten auf Verlangen nachzuweisen.

² Wer vorsätzlich zu Unrecht eine Ermässigung zu erwirken versucht, ist durch die Anstalten vorübergehend oder dauernd von jeder Ermässigung auszuschliessen.

Art. 12

Erhöhte Gebühren

¹ Für eine auf Ersuchen hin dringlich vorgenommene Verrichtung wird in der Regel die doppelte Gebühr erhoben.

² Bei Aufträgen aus dem Ausland muss durch die Gebühr der Aufwand der Anstalt voll gedeckt werden.

IV. Gebühren zu Artikel 70–76 des Landwirtschaftsgesetzes

Art. 13

Bewilligungsverfahren

¹ Es werden erhoben:

- a. eine Grundgebühr von 150 Franken;
bei den Pflanzenschutzmitteln wird diese Grundgebühr bei der Erhebung der Gebühr für die biologische Prüfung (gemäss Art. 20) angerechnet;
- b. für die Verrichtungen gemäss den Artikeln 16–25 die dort vorgesehenen Gebühren.

² Verursacht das Gesuch aussergewöhnliche Prüfungen, wird die Gebühr entsprechend erhöht. In solchen Fällen ist der Auftraggeber zu verständigen.

³ Die Grundgebühr wird auf 30 Franken ermässigt:

- a. für eine Bewilligung gemäss Artikel 13 Absatz 4 der Verordnung vom 4. Februar 1955 über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Hilfsstoffen¹⁾;
- b. für die Bewilligung eines Dünge- oder Futtermittels, wenn sich die Prüfung des Gesuches ohne weitere Erhebungen, Rückfragen und dergleichen durchführen lässt.

Art. 14

Unterlassene oder vorschriftswidrige Meldungen

Verursacht ein Verstoß gegen die Meldepflicht gemäss Artikel 9 oder 15 der Verordnung vom 4. Februar 1955 über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Hilfsstoffen den Anstalten Umtriebe, erheben sie eine Gebühr von höchstens 30 Franken.

Art. 15

Kontrollmassnahmen

¹ Für Verrichtungen gemäss den Artikeln 17–19 der Verordnung vom 4. Februar 1955 über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Hilfsstoffen sind die in diesem Tarif festgelegten Gebühren und Entschädigungen zu beziehen, und zwar von demjenigen, der den kontrollierten Hilfsstoff gewerbsmässig gewinnt, herstellt, importiert, neu verpackt oder umarbeitet.

² Vorbehältlich des Artikels 18 Absätze 4 und 5 der Verordnung vom 4. Februar 1955 über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Hilfsstoffen sind die Kontrollmassnahmen im Zusammenhang mit nicht zu beanstandenden Proben, welche die Anstalten erheben oder erheben lassen, gebührenfrei.

V. Tarifierte Untersuchungen

Art. 16

Böden, Gesteine, Wasser

Franken

¹ Spezielle Vorbereitung von Proben 2.— bis 10.—

² Untersuchungen nach chemischen und physikalischen Methoden (wo nichts anderes bemerkt wird, handelt es sich um quantitative Bestimmungen):

Aluminium, total	20.—
Aluminium, wasserlöslich	10.—
Arsen	40.—
Asche	4.—
Austauschsäure	6.—
Blei	16.—

¹⁾ AS 1955 147, 1959 981

	Franken
Bor, total	30.—
Bor, wasserlöslich	16.—
Chlorat	20.—
Chlorat, qualitativ	8.—
Chlorid	10.—
Chlorid, qualitativ	4.—
Düngebedürfnis, Bestimmung von pH sowie P und K durch Extraktion mit kohlensäurehaltigem Wasser	8.—
Düngebedürfnis zusammen mit kohlensaurem Kalk	10.—
Eisen, total	16.—
Eisen, wasserlöslich	12.—
Fluor	30.—
Glühverlust	4.—
Humus (gesamtorganische Substanz), nasse Verbrennung	16.—
Humus (gesamtorganische Substanz), Titration, Kolorimetrie	8.—
Kali, total	16.—
Kali, austauschbar (Schnellmethode)	6.—
Kalk, aktiv	6.—
Kalk, kohlensaurer (volumetrisch)	4.—
Kalzium, total	12.—
Kalzium, wasserlöslich oder austauschbar	6.—
Kieselsäure	20.—
Kobalt	30.—
Kohlensäure	4.—
Kohlenstoff, nasse Verbrennung	16.—
Körnung, je Fraktion	4.—
Krümestabilität	16.—
Kupfer, total	16.—
Kupfer, wasserlöslich	12.—
Leitfähigkeit, elektrisch	6.—
Luftkapazität	6.—
Magnesium, total	16.—
Magnesium, austauschbar	10.—
Mangan, total	16.—
Mangan, wasserlöslich oder austauschbar	12.—
Molybdän	30.—
Natrium, total	16.—
Natrium, wasserlöslich oder austauschbar	6.—
Nitrit, quantitativ	20.—
Phosphat, total	16.—

	Franken
Phosphat, austauschbar (Schnellmethode)	6.—
Porenvolumen	10.—
Reaktion (pH)	2.—
Schwefel, total	20.—
Selen	40.—
Sesquioxide, quantitativ	30.—
Spezifisches Gewicht (Raumgewicht)	8.—
Spezifisches Gewicht, wahres	16.—
Stickstoff, alle Formen, ausgenommen Nitrit	12.—
Sulfate, total	20.—
Sulfate, wasserlöslich	16.—
Sulfate, qualitativ	4.—
Umtauschkapazität, Anionen	24.—
Umtauschkapazität, Kationen	20.—
Wachstumsstörende Salze (Sulfat, Chlorat, Chlorid, Nitrat, Nitrit), qualitativ	20.—
Wasser	4.—
Wasserbestimmung im Felde mit Neutronensonde	20.—
Wasserhaltevermögen, je Tension	6.—
Zink, total	16.—
Zink, wasserlöslich	12.—

³ Untersuchungen nach physiologischen Methoden:

Bestimmung von Kali und Phosphorsäure nach Methode Neubauer, total	100.—
Gefäßversuch, Grundtaxe	100.—
Gefäßversuch, Zuschlag für jedes notwendige Verfahren, je nach Wiederholungen, mindestens	80.—
Kleinkulturversuche zum Nachweis von Giftstoffen usw.	10.—

Art. 17

Düngemittel

¹ Besondere Vorbereitung der Proben (Mörsern, Mahlen) . 2.— bis 10.—

² Untersuchungen nach chemischen und physikalischen Methoden (wo nichts anderes bemerkt wird, handelt es sich um quantitative Bestimmungen):

Aluminium	20.—
Arsen	40.—
Asche	4.—

	Franken
Basizität, gesamt, als Kalzium berechnet	8.—
Biuret	16.—
Blei	16.—
Bor, total	30.—
Bor, wasserlöslich	16.—
Chlorat	20.—
Chlorat, qualitativ	8.—
Chlorid	10.—
Chlorid, qualitativ	4.—
Chrom	30.—
Eisen	16.—
Fluor	30.—
Freie Säuren	6.—
Glühverlust	4.—
Jod	40.—
Kali, total	12.—
Kali, wasserlöslich	8.—
Kalk, kohlenaurer	4.—
Kalzium	12.—
Kieselsäure	20.—
Kobalt	30.—
Kohlenstoff, nasse Verbrennung	16.—
Kupfer, total	16.—
Kupfer, wasserlöslich	12.—
Magnesium, total	12.—
Magnesium, wasserlöslich	8.—
Mangan	16.—
Molybdän	30.—
Natrium, total	12.—
Natrium, wasserlöslich	8.—
Nitrit	20.—
Nitrit, qualitativ	8.—
Organische Substanz (Humus) durch Titration, Kolorimetrie	8.—
Perchlorat	20.—
Perchlorat, qualitativ	8.—
Phosphat, total oder ammonium-zitratlöslich	16.—
Phosphat, wasser- oder zitronensäurelöslich	12.—
Säureunlöslicher Rückstand	8.—
Schwefelverbindungen, Cyan, Rhodan, Phenol, je	20.—
Schwefelverbindungen, Cyan, Rhodan, Phenol, qualitativ, je	10.—

	Franken
Selen	40.—
Sesquidoxyde	30.—
Siebanalyse, je Fraktion	4.—
Stickstoff, alle Formen, ausgenommen Nitrit	12.—
Sulfate, total	20.—
Sulfate, wasserlöslich	16.—
Sulfate, qualitativ	4.—
Wasser	4.—
Wasseraufsaugvermögen	10.—
Wasserunlöslicher Anteil, qualitativ	2.—
Wasserunlöslicher Anteil, quantitativ	6.—
Zink	16.—
Zink, wasserlöslich	12.—
Zusammensetzung von Düngern, qualitativ, je nach Aufwand 8.— bis 50.—	

³ Untersuchungen nach physiologischen Methoden, Ermittlung des Düngewertes von Handelsdüngern:

Feldversuch, Grundtaxe	500.—
Feldversuch, Zuschlag je nach Umfang und Arbeitsaufwand der Versuche und Entschädigung an den Versuchsansteller, je Verfahren mindestens	250.—
Gefäßversuch, Grundtaxe	100.—
Gefäßversuch, Zuschlag für jedes notwendige Verfahren, je nach Wiederholungen, mindestens	80.—
Kleinkulturversuche in Neubauerschalen	100.—

Art. 18

Futtermittel, Pflanzenmaterial, Silierzusätze

¹ Besondere Vorbereitung der Proben (Mahlen von sperrigem Material) 2.— bis 10.—

² Untersuchungen nach chemischen und physikalischen Methoden (wo nichts anderes bemerkt wird, handelt es sich um quantitative Bestimmungen):

Absorptionsvermögen von Kohle, Ton usw.	20.—
Aluminium	20.—
Antibiotika, Antikokzidiosemittel, andere Medikamente, jedes, qualitativ	10.— bis 20.—
quantitativ	40.—
Arsen	40.—
Arsen, qualitativ	20.—
Asche	4.—

	Franken
Asche, salzsäureunlöslich	8.—
Besatz in Futtergetreide und Ölsaaten, nach Bestandteilen	20.—
Blausäure, qualitativ	8.—
Blei	16.—
Bor	30.—
Botanische Zusammensetzung von Rauhfutter, mindestens	10.—
Chlorid	10.—
Chlorid, qualitativ	4.—
Cholin in Konzentraten	20.—
Cholin in Mischfutter	40.—
Eisen	16.—
Erdige Verunreinigung	10.—
Erhaltungszustand, mindestens	6.—
Fettsäuremuster in Fett	50.—
Fettsäuremuster, Zuschlag für Extraktion	6.—
Fluor	30.—
Hektolitergewicht	3.—
Jod	40.—
Kalium	12.—
Kalk, kohlensaurer (volumetrisch)	4.—
Kalzium	12.—
Karotin in trockenen Produkten	20.—
Karotin in wasserreichen Produkten	30.—
Kieselsäure	20.—
Kobalt	30.—
Kupfer	16.—
Lebertran, Carr-Price-Reaktion	6.—
Lebertran, Fett in Emulsion	10.—
Lebertran, freie Säuren	6.—
Lebertran, Jodzahl	8.—
Lebertran, Verseifungszahl	8.—
Lebertran, Wasser in Futtertranemulsion	6.—
Lignin	30.—
Magnesium	12.—
Mangan	16.—
Mineralische Bestandteile, qualitativer Nachweis	8.— bis 30.—
Molybdän	30.—
Natrium	12.—
Nitrat	20.—
Nitrit	20.—

	Franken
Ölsäure (einzelne) in Fett	30.—
Peroxydzahl in Fetten	10.—
Peroxydzahl in Mischfutter	20.—
Pestizidbestimmung in Futtermitteln, mindestens	30.—
Phosphat, total	16.—
Phosphat (zitrat- oder zitronensäurelöslich) in Mineralsalzen	16.—
Reinheit	10.— bis 30.—
Reineiweiss	20.—
Roheiweiss	12.—
Roheiweiss, Pepsin-Salzsäure-unlöslich (ohne Roheiweiss)	20.—
Rohfaser	12.—
Rohfett	8.—
Rohfett, nach Berntrop	12.—
Sand in Gegenwart von Spelzenkieselsäure	12.—
Schädliche Stoffe in phosphorsaurem Futterkalk, qualitativ	10.—
Schwefel, total	20.—
Schweflige Säure	18.—
Schweflige Säure, qualitativ	6.—
Schwermetalle, qualitativer Nachweis, je	8.—
Selen, total	40.—
Silage, Ammoniak	12.—
Silage, Beurteilung und Sinnenprüfung	4.—
Silage, Essigsäure und Buttersäure, zusammen	16.—
Silage, Buttersäure, Essigsäure und Milchsäure, zusammen	20.—
Silage, Harnstoff (Ureasemethode)	16.—
Silage, Reaktion (pH)	2.—
Silage, Trockensubstanz	8.—
Solanin	40.—
Spelzen-, Schalen- und Hülsengehalt, quantitativ	10.—
Stärke	12.—
Stärke in Kartoffeln, nach spezifischem Gewicht	8.—
Stickstoff, für alle nicht erwähnten Formen	12.—
Trägerstoffe in Melasse usw., qualitativ	8.—
Trockensubstanzbestimmung in wasserreichen Produkten	8.—
Urease	16.—
Wasser	4.—
Xanthophylle	30.—
Zink	16.—
Zucker	16.—
Zusammensetzung von Mischfutter, mindestens	20.—

Art. 19

Pflanzenschutz- und Unkrautvertilgungsmittel

1. Chemisch-physikalische Untersuchungen

¹ Allgemeine Untersuchungen:

Franken

Aussehen, Geruch	1.—
Brennbarkeit	2.—
Asche bzw. Glührückstand	15.—
Extraktion mit organischen Lösungsmitteln	30.—
Litergewicht (bei pulverförmigen Präparaten)	8.—
Netzvermögen mit Stalagmometer	10.—
Netzvermögen auf Glas und Blättern	6.—
Reaktion (pH)	2.—
Schmelzpunkt	8.—
Schwebefähigkeit (Zylindermethode)	20.—
Spezifisches Gewicht, aräometrisch	4.—
Stabilität von Spritzbrühen	10.—
Teilchengrösse (Sieb oder mikroskopische Messung)	15.—
Viskosität	30.—
Wasser bzw. Feuchtigkeit, Trockenschrank	6.—
Wasserlösliche Bestandteile	12.—

² Besondere Untersuchungen:

Baumwachs, Fließpunkt	10.—
Baumwachs, Säurezahl	10.—
Chlor (in organischen Verbindungen)	60.—
Formaldehyd	40.—
Kupfer, gesamt (elektrolitisch)	40.—
Natriumchlorat, qualitativ (in Böden)	8.—
Nikotin	50.—
Ölemulsionen (Teeröl oder Mineralöl), sulfonierbare Anteile	20.—
Phosphor (in organischen Verbindungen)	60.—
Rotenon	80.—
Schwefelpräparate, Feinheit nach Chancel	10.—
Schwefelpräparate, Gesamtschwefel	40.—
Schwefelpräparate, Schwefel, schwefelkohlenstofflöslich	30.—
Schwefelkalkbrühe (Thiosulfat, Monosulfid- und Polysulfidschwefel)	40.—
Maneb, Zineb (nach Clarke)	80.—

Art. 20

2. Biologische Prüfung

¹ Bei der biologischen Prüfung eines Pflanzenschutzmittels werden für jede vom Hersteller angegebene Konzentration oder für jeden Konzentrationsbereich bei Spritzfolgen die in den Absätzen 2–9 erwähnten Gebühren erhoben. Können im gleichen Arbeitsgang mehrere Schädlinge oder Krankheiten erfasst werden, wird die Gebühr nur für einen Schädling bzw. eine Krankheit in Rechnung gestellt (ausgenommen in Spezialfällen wie z. B. Winterspritzungen). Lässt sich die Prüfung nicht durchführen, weil die betreffenden Krankheiten und Schädlinge nicht auftreten oder weil die Versuche nicht schlüssig sind, wird keine Gebühr verlangt, dagegen eine die Normalgebühr nicht übersteigende Entschädigung gemäss Artikel 4. Die Anstalten ermässigen die Gebühren um höchstens drei Viertel, falls die Prüfung des Mittels mit einem verhältnismässig geringen Zeitaufwand möglich ist oder falls während mehrjähriger Prüfungsdauer verhältnismässig hohe Entschädigungen verlangt worden sind.

² Biologische Prüfung von Fungiziden:

	Franken
<i>a.</i> Spritz- und Stäubemittel:	
Je Krankheit auf ein und derselben Wirtspflanze	1200.—
Für jede zusätzliche Wirtspflanze, sofern besondere Versuche nötig sind	1200.—
<i>b.</i> Mittel für Samenbeizung oder Bodenbehandlung:	
Je Krankheit auf ein und derselben Wirtspflanze	1200.—
Für jede zusätzliche Wirtspflanze, sofern besondere Versuche nötig sind	1200.—
<i>c.</i> Räuchermittel, je Krankheit	600.—

³ Biologische Prüfung von Präparaten zur Bekämpfung tierischer Schädlinge:

Engerlinge	2400.—
Drahtwürmer	2400.—
Nematoden (Bodenuntersuchung)	2400.—
Wühlmäuse, Feldmäuse	2400.—
Spinnmilben	1200.—
Spinnmilben im Gewächshaus	600.—
Erdbeermilben	1200.—
Blattläuse im Obstbau	1200.—
Blattläuse im Feldbau und Feldgemüsebau je Wirtspflanze	1200.—
San-José-Schildlaus	1200.—
Obstmade	1200.—
Traubenwickler	1200.—
Pfirsichtriebwickler	1200.—
Kirschenfliege	1200.—

	Franken
Möhrenfliege	1200.—
Maikäfer	1200.—
Kartoffelkäfer	1200.—
Rapsstengelrüssler	1200.—
Kohlschotengallmücke	1200.—
Kohlschotenrüssler	1200.—
Erdföhe bei Raps	1200.—
Dickmaulrüssler	1200.—
Nematoden (direkte Behandlung der Kulturen)	1200.—
Erbsengallmücke	1200.—
Kräuselmilbe	1200.—
Birnpockenmilbe	600.—
Blattläuse im Gemüsebau	600.—
Blattsauger	600.—
Blutlaus	600.—
Lekanien	600.—
Deckelschildläuse (ohne San-José-Schildlaus)	600.—
Thrips	600.—
Sägewespen	600.—
Pflaumenwickler	600.—
Frostspanner	600.—
Gespinstmotten	600.—
Knospenwickler	600.—
Miniermotten	600.—
Kohlfliege	600.—
Apfelblütenstecher	600.—
Erdföhe im Gemüsebau	600.—
Maulwurfsgriillen	600.—
Schnecken	600.—
Erbsenwickler	600.—
Raupen an Kohl: Kohlweissling, Kohleule, Kohlschabe, je	600.—
Erdraupen, je Kultur	600.— bis 1200.—
⁴ Biologische Prüfung von Wildabhaltemitteln	600.— bis 1200.—
⁵ Biologische Prüfung von Vogelabschreckmitteln	500.— bis 2400.—
⁶ Biologische Prüfung von Herbiziden und Abbrennmitteln:	
Herbizide, je Kulturpflanze oder je Spezialunkraut bei einer Kul-	
turpflanze oder Kulturpflanzengruppe	1200.—
Abbreunmittel, je Kulturpflanze	1200.—
⁷ Biologische Prüfung von Baumwachsen und ähnlichen Produk-	
ten	250.— bis 1200.—

- ^a Prüfung auf Nebenwirkungen, z. B. Geschmacksbeeinflussungen, Franken
 Phytotoxizität 500.— bis 1200.—
 Bienengefährlichkeit 500.— bis 1200.—
- ^a Biologische Untersuchung von Pflanzen- und Bodenproben auf
 Schädlinge
 und Krankheiten:
1. Nachweis und Bestimmung von Schädlingen und Krankheits-
 erregern, sofern spezielle Untersuchungsmittel und ein erhöh-
 ter Zeitaufwand nötig sind 12.— bis 60.—
 2. Nachweis und Bestimmung von Nematodenzysten im Boden 20.—

Art. 21

Mahlgetreide, Backmehl

¹ Die zur Untersuchung benötigte Mindestmenge beträgt, sofern
 nachstehend nicht besonders vermerkt, 250 g.

² Chemische oder physikalische Analysen:

Amylogramm	20.—
Asche (Mg-Azetat-Methode nach Kranz)	7.—
Backversuch (1–2 kg Mehl)	50.—
Extensogramm (1 kg Mehl)	25.—
Fallzahl nach Hagberg	12.—
Farinogramm (1 kg Mehl)	20.—
Feuchtkleber	8.—
Hektolitergewicht (3 dl Körner)	3.—
Kornhärte, Siebanalyse	6.—
Maltose, gravimetrisch	12.—
Maltose, photometrisch	10.—
Probemahlung (min. 2 kg, max. 5 kg Körner)	30.—
Proteingehalt	12.—
Quellzahl (nach Berliner) einschl. Feuchtkleber	12.—
Sedimentationstest nach Zeleny	12.—
Tausendkorngewicht	3.—
Testzahl (nach Pelshenke)	10.—
Trockenkleber	10.—
Wassergehalt	4.—

Art. 22

Saatgut

¹ Vollständige Untersuchung (Reinheit, Keimfähigkeit und even-
 tuell Herkunft, Kleeseide- und Ampfergehalt), ausgenommen Was-
 sergehalt:

Getreide und grossamige Hülsenfrüchte	10.—
Klee-, Gras- und Gemüsesämereien sowie Flachs, Hanf, Runkeln und dergleichen	15.—
² Reinheitsuntersuchungen:	
Getreide und grossamige Hülsenfrüchte	5.—
Alle anderen Sämereien	7.—
³ Keimfähigkeitsuntersuchungen:	
Getreide	6.—
Grossamige Hülsenfrüchte und Mais sowie Waldsamen	7.—
Klee-, Gras-, Gemüse und Gartensämereien, Flachs, Hanf und dergleichen sowie Beta-Arten ohne Bestimmung der Keimlingszahl; ausgenommen sind feinstkörnige Gartensämereien	8.—
Feinstkörnige Gartensämereien und dergleichen sowie Beta-Arten mit Bestimmung der Keimlingszahl	12.—
Tetrazolium-Test für Getreide und Bausamen	7.—
⁴ Prüfung von Samenmischungen:	
Vollständige Untersuchung (inbegriffen Zusammensetzung): Gebühr für vollständige Untersuchung, zuzüglich je eine Gebühr für Keimfähigkeitsuntersuchung für jede Komponente, welche eine zusätzliche Keimfähigkeitsuntersuchung erfordert.	
Reinheitsuntersuchung (inbegriffen Zusammensetzung): Grundgebühr für Reinheitsuntersuchung, dazu bei 2–3 Komponenten: Zuschlag von $\frac{1}{2}$ Reinheitsgebühr, bei 4–6 Komponenten: Zuschlag von $\frac{1}{1}$ Reinheitsgebühr, bei mehr als 6 Komponenten: Zuschlag von $1\frac{1}{2}$ Reinheitsgebühr.	
⁵ Raum- (Hektoliter- oder spezifisches Gewicht) und Tausendkorngewicht, je	3.—
⁶ Besatz an fremden Samen:	
Gesamtbesatz oder Besatz von mehr als einer Art für Probegewichte der ISTA-Vorschriften	6.—
Grössere Probegewichte (bis höchstens das 5fache der ISTA-Gewichte)	9.—
Besatz einzelner Arten für Probegewichte der ISTA-Vorschriften	4.—
Grössere Probegewichte (bis höchstens das 5fache der ISTA-Gewichte)	6.—
⁷ Herkunftsbestimmung bei Kleearten und grossamigen Gräsern (ohne Kulturversuch)	6.—
⁸ Herkunftsbestimmung bei kleinsamigen Grasarten (ohne Kulturversuch)	8.—
⁹ Art- und Sortenechtheit, soweit ohne mikroskopische oder chemische Einzelkornuntersuchung möglich (andere Methoden nach Art. 6 Abs. 2)	3.—

	Franken
¹⁰ Fluoreszenz-Test bei Lolium	10.—
¹¹ Phenolprobe bei Getreide	4.—
¹² Fusarium-Test bei Getreide	6.—
¹³ Wassergehalt	4.—
¹⁴ Besondere Ansätze:	

Ist nicht normale, handelsübliche Ware zu untersuchen, sondern Rohware, Ausputz und dergleichen, kann eine erhöhte Gebühr verlangt werden, höchstens aber die doppelte.

Kulturversuch zur Bestimmung der Echtheit, Untersuchung nach fremden Normen oder Analysenvorschriften gemäss Artikel 6 Absatz 2.

¹⁵ Kartoffeln, Sortenbestimmung, wenn ohne Kulturversuch möglich	6.—
---	-----

¹⁶ Feldbesichtigungsgebühren von Kulturen für die Produktion von anerkanntem Saatgut, je Hektare:

Getreide, Klee, Gräser, Raps	5.—
Kartoffeln und Mais	12.—
Gemüse, Beeren usw.	6.—
Gemüse, bei Flächen von weniger als 10 Aren, mindestens	2.—

¹⁷ Ausfertigung von Pflanzenschutzzeugnissen für Saatgut; Ansätze gemäss Verordnung über Pflanzenschutz.

Art. 23

Milch, Milchprodukte und bezügliche Hilfsstoffe

¹ Bakteriologische Untersuchungen:

Milch, Abortus Bang (Schnellagglutination, Ringprobe)	4.—
Milch, Abortus Bang, Kultur	10.—
Milch, Tuberkulosebakterien (Tierversuch)	30.—
Milch, Tuberkulosebakterien (mikroskopisch)	6.—
Milch, Q-Fieber-Antikörpernachweis (Kapillaragglutination)	6.—
Milch, Diagnostische Untersuchung auf Mastitis mit Differenzierung	6.—
Milch, Untersuchung auf krankhafte Veränderung	4.—
Milch, Zellzahl	6.—
Milchprodukte, (Käse, Butter usw.), Prüfung auf pathogene Keime	40.—
Milch und Milchprodukte, Nachweis von Hemmstoffen (Antibiotika) mit Säuerungsfähigkeit	12.—
Milch und Milchprodukte, Nachweis von Hemmstoffen mit Penase ...	10.—

	Franken
Milch und Milchprodukte, Hemmstoffnachweis auf Nährböden	20.—
Milch und Milchprodukte, Keimzahlbestimmung (Burri-Methode)	5.—
Milch und Milchprodukte, Keimzahlbestimmung (Standardmethode mit Platten)	15.—
Milch und Milchprodukte, Anzahl koliforme Bakterien (Standardmethode)	15.—
Milch, Gärprobe	3.—
Milch, Reduktaseprobe	5.—
Nachweise von Milchsäurebakterien	15.—
Nachweis von Fremdorganismen	15.—
Nachweis von Hefen, Oidien, Schimmel	15.—
Nachweis von <i>L. acidophilus</i>	30.—
Nachweis von <i>L. fermenti</i>	15.—
Nachweis von Propionsäurebakterien	15.—
Nachweis von aeroben Sporenbildnern	15.—
Nachweis von anaeroben Sporenbildnern	20.—
Mikroskopische Prüfung von Kulturen usw.	6.—
Aromabildungsvermögen von Säureweckern	15.—
Prüfung der Säuerungsfähigkeit	7.—
Nachweis der gegenseitigen Beeinflussung von Mikroorganismen.	30.—
Nachweis von Bakteriophagen	30.—
Prüfung von Melkfett auf bakterizide Wirkung	30.—
Bestimmung des Keimgehaltes in Melkfett	15.—
Prüfung von Desinfektionsmitteln auf bakterizide Wirkung	450.—
Prüfung der Bakterienhemmung von Rückständen von Reinigungs- und Desinfektionsmitteln in Milch u. Milchprodukten	120.—

² Chemische und physikalische Untersuchung:

Spezifisches Gewicht	4.—
Fettgehalt nach Gerber	4.—
Fettgehalt gewichtsanalytisch	15.—
Wassergehalt	5.—
Trockenmasse und fettfreie Trockenmasse, berechnet aus Fettgehalt und spezifischem Gewicht	—.—
Trockenmasse und fettfreie Trockenmasse, gewichtsanalytisch	5.—
Refraktionszahl	8.—
Ziegenmilchnachweis	15.—
Nitratnachweis, quantitativ	20.—
Nitratnachweis, qualitativ	5.—
Gefrierpunktbestimmung	12.—

	Franken
Säuregrad, titrimetrisch	5.—
Reaktion (pH)	2.—
Reaktion (pH) beim Käse	5.—
Labprobe	5.—
Asche	15.—
Eiweiss	12.—
Milchzucker	10.—
Zucker, andere	16.—
Degustation, Milch	3.—
Degustation, Milchprodukte	3.—
Nährwertberechnung	5.—
Milchsäurebestimmung	15.—
Zitronensäurebestimmung	15.—
Chlorid	10.—
Eisen	20.—
Kalium	20.—
Kalzium	20.—
Kupfer	20.—
Magnesium	20.—
Mangan	20.—
Natrium	20.—
Phosphat	20.—
Zink	20.—
Schmutzprobe, Milch	3.—
Schmutzprobe, Käse	15.—
Homogenisationsgrad	15.—
Phosphatasenachweis	10.—
Phosphatasebestimmung, quantitativ	15.—
Schlagfähigkeit von Rahm	10.—
Fettprüfungen, Halbmikrogesamtzahl	20.—
Fettprüfungen, Halbmikrobuttersäurezahl	20.—
Fettprüfungen, Jodzahl nach Wijs	12.—
Fettprüfungen, Säurezahl	8.—
Fettprüfungen, Peroxydzahl	8.—
Wasserverteilung in Butter	5.—
Diacetylbestimmung	16.—
Färbungsnachweis	40.—
Bestimmung flüchtiger Fettsäuren	20.—
Gärgasanalyse	12.—
Löslichkeit von Milchpulver	5.—

	Franken
Viskosität	8.—
Nachweis von Verdickungsmitteln	40.—
Bestimmung von Enzymen, je	25.—
Labstärkebestimmung	25.—
Melkfette, chemische Prüfung	40.—
Amylalkoholprüfung	20.—
Reinigungsmittel, Eignungsprüfung	350.—
Insektizidrückstände in Milch	150.—
Insektizidrückstände in Butter	120.—
Insektizidrückstände in Käse	150.—
³ Kombinierte Untersuchung von Mischmilch:	
Käsereitauglichkeit (ohne Gehalt), Buttersäurebazillennachweis	7.—
Konsumtauglichkeit (ohne Gehalt)	10.—
⁴ Abgabe von Kulturen, Reagenzien und Hilfsstoffen:	
Joghurt	5.—
Käsereikulturen	3.—
Kefirkultur, 50–80 g feuchte Körner	25.—
Mischkultur	5.—
Propionsäurebakterienkultur	5.—
Säurewecker	5.—
Weichkäsekulturen	5.—
Einzelne reine Stämme in Ampullen lyophilisiert	15.—
Einzelne reine Stämme, angezüchtet auf Nährboden inkl. Glas	30.—
Methylenblau, Standardlösung konzentriert, 12,5 ml	3.—
Methylenblau, Standardlösung konzentriert, 100 ml	8.—
Ausgewählte Stämme von Milchsäurebakterien, je (Betriebskulturen)	5.—
Bakteriennährböden, inkl. Glas, per Stück	1.60

Art. 24

Bienen, Waben, Honig, Bienenfutter

Biologische Untersuchungen:

Bienen- und Wabenproben auf Krankheiten	2.50
Für jede weitere Sendung	2.—
Untersuchungen zur Erlangung des Ausweises für Königinnen- züchter	50.—
Untersuchungen über Bienenvergiftungen, 1. Probe	15.—
Untersuchungen über Bienenvergiftungen, für jede weitere Probe	10.—
Für chemische Untersuchungen gelangt Artikel 6 zur Anwendung	

	Franken
Honiguntersuchungen auf Herkunft (Pollenanalyse)	15.—
Biologische Untersuchungen von Bienenfuttermitteln je Probe	60.—
Prüfung von Bienenfuttermitteln auf Ständen, je nach Umfang der Arbeit	300.— bis 400.—

Hierzu notwendige chemische Untersuchungen gemäss Artikel 18.

Art. 25

Früchte, unvergorene und vergorene Getränke

Äpfel- und Milchsäure, papierchromatographisch (Übersichtsverfahren)	4.—
Aldehyde (Branntweine)	10.—
Alkohol, mit Ebullioskop	3.—
Alkohol, Destillationsverfahren	6.—
Asche	15.—
Aschenalkalität, allein	20.—
Aschenalkalität, zusätzlich zur Asche	5.—
Ascorbinsäure, direkt	3.—
Ascorbinsäure, exakt	12.—
Blausäure	10.—
Chloride	10.—
Degustation, von Fall zu Fall	3.— bis 8.—
Dichte, aräometrisch	3.—
Dichte, pyknometrisch	6.—
Eisen, approximativ	4.—
Eisen, quantitativ	12.—
Ester (Branntwein)	8.—
Extrakt, allein	10.—
Extrakt, zusätzlich zur Dichte	5.—
Extrakt, zusätzlich zum Alkohol	5.—
Extrakt, zusätzlich zur Dichte und zum Alkohol	—.—
Flüchtige Säuren	5.—
Gaschromatographische Untersuchungen, mindestens	25.—
Gerbstoffe, quantitativ	12.—
Glyzerin und 2,3-Buthylen-Glykol (quantitativ), zusammen	25.—
Höhere Alkohole (Branntweine)	15.—
Hybridfarbstoffe, Nachweis	8.—
Hydroxymethylfurfurol	12.—
Invertzucker, Schnellmethode	5.—
Invertzucker, quantitativ	16.—

	Franken
	nach Zeitbedarf
Kellerbehandlungsmittel	20.—
Kohlensäure	12.—
Konservierungsmittel, künstliche Süß-Stoffe, Farbstoffe, qualitativ, mindestens je	20.—
Konservierungsmittel, künstliche Süß-Stoffe, Farbstoffe, quantitativ, mindestens je	5.—
Mannit, qualitativ	25.—
Metalle, andere als Eisen, quantitativ, mindestens je	4.—
Metalle, durch Kaliumferrocyanid fällbar (halbquantitativ)	12.—
Methanol	20.—
Milchsäure	9.—
Nichtflüchtige Säure, allein	5.—
Nichtflüchtige Säure, zusätzlich zur titrierbaren Säure	4.—
Nichtflüchtige Säure, zusätzlich zur flüchtigen Säure	—.—
Nichtflüchtige Säure, zusätzlich zur titrierbaren Säure und zu den flüchtigen Säuren	15.—
Organische Säuren, papierchromatographisch, mindestens je	25.—
Organische Säuren, mindestens je	2.—
Reaktion (pH)	16.—
Phosphor	5.— bis 10.—
Prüfung auf Mikroorganismen (mikroskopische Untersuchung) von Fall zu Fall	6.—
Rohrzucker, allein, qualitativ	20.—
Rohrzucker, allein, quantitativ	4.—
Rohrzucker, zusätzlich zu Invertzucker	3.—
Schweflige Säure, freie	4.—
Schweflige Säure, gesamte (direkte Titration)	10.—
Schweflige Säure, gesamte (Destillationsverfahren)	5.—
Sorbit, qualitativ	20.—
Sorbit, quantitativ	12.—
Stickstoff, (Gesamtstickstoff)	3.—
Sulfate, Schnellmethode	16.—
Sulfate, gravimetrisch	4.—
Titrierbare Säure (Gesamtsäure)	16.—
Vitamin C (gesamt)	6.—
Vorproben für die Behandlung mit Aktivkohle	6.—
Vorprobe für die Schönung	7.—
Weinsäure	

VI. Inkrafttreten

Art. 26

¹ Dieser Tarif tritt am 1. Juni 1971 in Kraft.

² Er findet auch Anwendung auf Fälle, die in diesem Zeitpunkt bei den Anstalten bereits hängig, aber noch nicht erledigt sind.

³ Mit dem Inkrafttreten dieses Tarifs wird der vom 22. Februar 1963¹⁾ aufgehoben.

Bern, den 1. Juni 1971

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Gnägi

Der Bundeskanzler:

Huber

1834

¹⁾ AS 1963 198

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Jagd und Vogelschutz

(Vom 7. Juni 1971)

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 68 des Bundesgesetzes vom 10. Juni 1925¹⁾ über Jagd
und Vogelschutz,

beschliesst:

Art. 1

Die Kantone sind verpflichtet, die zum Vollzug des Bundesgesetzes vom 10. Juni 1925 über Jagd und Vogelschutz und der dazugehörigen Ausführungsbestimmungen erforderlichen Vorschriften zu erlassen.

Art. 2

Die von der kantonalen Behörde zur Ausübung der Jagd ausgestellten Bewilligungen haben die genauen Personalien des Jagdberechtigten und die nötigen Angaben über den Umfang der Bewilligung zu enthalten.

Art. 3

Jedem Jäger sind die eidgenössischen und kantonalen Vorschriften über Jagd und Vogelschutz oder Auszüge davon auszuhändigen. Überdies ist ihm eine Beschreibung der im Kanton bzw. in seinem Revier liegenden Schongebiete oder eine Karte, auf der diese Gebiete eingezeichnet sind, abzugeben.

Art. 4

Die periodischen Verordnungen über den Jagdbetrieb sind dem Eidgenössischen Oberforstinspektorat sofort zur Kenntnis zu bringen.

Art. 5

Der Bundesrat erlässt eine besondere Verordnung über die Abgrenzung und Beaufsichtigung der eidgenössischen Banngebiete, Wildasyle und Reser-

¹⁾ BS 9 544

vate, die mindestens während einer fünfjährigen Periode unverändert bleiben. Nach Ablauf dieser Zeit kann jeweils eine Neubegrenzung der Schongebiete stattfinden. Die Kantone haben für diesen Fall dem Eidgenössischen Oberforstinspektorat Vorschläge einzureichen und sich mit ihm über diejenigen Massnahmen zu verständigen, die gemäss Artikel 17 des Gesetzes zur Verhütung eines zu grossen Wildabschusses in dem wiederzueröffnenden Gebiet vorzusehen sind.

Art. 6

¹ Die Anstellung und die Besoldung der Wildhüter der eidgenössischen Banngebiete und Wildasyle erfolgen durch die Kantone: ihre Ernennung bedarf der Genehmigung des Eidgenössischen Departementes des Innern, das eine besondere Dienstanleitung für sie erlässt.

² Das Eidgenössische Oberforstinspektorat nimmt periodische Inspektionen dieser Gebiete vor.

³ Das Eidgenössische Oberforstinspektorat führt zur Aus- und Weiterbildung der Wildhüter der eidgenössischen Banngebiete und Wildasyle Instruktionkurse durch. Die übrigen kantonalen Wildhüter können auf Kosten der Kantone zu diesen Kursen zugelassen werden.

Art. 7

Die Kantone erstatten dem Eidgenössischen Oberforstinspektorat alljährlich bis zum 15. Januar auf besonderem Formular einen Bericht über Wildhut und Wildstand der in ihrem Gebiet liegenden eidgenössischen Schongebiete.

Art. 8

¹ Zur Erwirkung der Bundesbeiträge an die Kosten der Wildhut in den eidgenössischen Banngebieten und Wildasylen (BG Art. 20 Abs. 1), allfälliger Beiträge an die Kosten von Reservationen (BG Art. 20 Abs. 2) sowie an die Kosten für Wildschadenersatz in den eidgenössischen Banngebieten und Wildasylen (BG Art. 21) ist dem Eidgenössischen Oberforstinspektorat alljährlich bis zum 15. Januar eine Abrechnung einzureichen.

² Als beitragsberechtigten Ausgaben für die Wildhut in den eidgenössischen Banngebieten und Asylen (BG Art. 20 Abs. 1) werden anerkannt: der Bruttolohn der Wildhüter und die ihnen verabfolgten Taggelder sowie die weiteren mit dem Anstellungs- bzw. Auftragsverhältnis zusammenhängenden Ausgaben, soweit sie der Beitragspflicht an die AHV unterliegen; ferner allfällige Kleiderentschädigungen sowie die Ausgaben für die Bewaffnung und Ausrüstung, für Fahrauslagen und auswärtige Unterkunft der Wildhüter und für die zeitweise Verstärkung der Wildhut.

³ Gesuche um Ausrichtung von Bundesbeiträgen an die übrigen subventionsberechtigten Massnahmen (BG Art. 22 und 27) sind mit den nötigen Unterlagen (einlässliche Begründung und Kostenvoranschlag) möglichst frühzeitig an das Eidgenössische Oberforstinspektorat zu richten.

Art. 9

¹ Die finanzielle Unterstützung der Wildforschung (BG Art. 26) erfolgt über den Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

² Der Bund unterstützt die Koordination der Wildforschung durch Einberufung der in der Schweiz tätigen Wildforscher zu einer jährlichen Konferenz.

³ Der Bund übernimmt die administrativen Kosten einer wildkundlichen Dokumentationsstelle an einem Forschungsinstitut einer schweizerischen Hochschule. Die Dokumentationsstelle unterrichtet die in der Schweiz tätigen Wildforscher, die Jagdbehörden und allfällige andere vom Bund zu bezeichnende Stellen über die Neuerscheinungen auf dem Gebiete der wildkundlichen Forschung, indem sie die Interessenten laufend mit den neuen Dokumentationskarten versieht und ihnen ihren Suchdienst zur Verfügung stellt.

⁴ Das Nähere über die Koordination der Wildforschung und die Führung der Dokumentationsstelle bestimmt das Eidgenössische Departement des Innern.

⁵ Das Eidgenössische Oberforstinspektorat kann Wildhüter im Einvernehmen mit der kantonalen Jagdbehörde zur Unterstützung von Wildforschungsarbeiten beauftragen.

Art. 10

¹ Das Eidgenössische Oberforstinspektorat kann ausnahmsweise das Einfangen und Gefangenhalt von geschützten Tieren, das Erlegen, die Ein-, Aus- und Durchfuhr und den Transport von geschützten Vögeln sowie das Ausnehmen oder Vernichten von Eiern gestatten (BG Art. 24 Abs. 4, 39 Abs. 4). Die Vorschriften der Tierseuchengesetzgebung sind vorbehalten.

² Ebenso ist das Eidgenössische Oberforstinspektorat zuständig für die Erteilung der in den Artikeln 18 und 25 des Gesetzes vorgesehenen Zustimmung zu kantonalen Bewilligungen, in eidgenössischen Banngebieten Hegeabschlüsse anzuordnen und für wissenschaftliche Zwecke geschützte Vögel zu fangen oder zu erlegen und deren Nester und Eier zu sammeln.

Art. 11

¹ Die Kantone erstatten dem Eidgenössischen Oberforstinspektorat alljährlich auf besonderem Formular bis spätestens am 31. Mai Bericht über den Jagdertrag, die Abschusszahlen und das Fallwild im abgelaufenen Jagdjahr.

² In die Fallwildstatistik sind aufzunehmen: Tiere, die infolge äusserer oder innerer Einflüsse eingegangen sind, sowie solche, die wegen Krankheit oder Verletzung abgeschossen werden mussten.

³ Die Kantone führen eine möglichst genaue Statistik über die Bestände von Hirsch-, Reh-, Gems- und Steinwild. Sie melden die Frühjahrsbestände jeweils auf den 31. Mai dem Eidgenössischen Oberforstinspektorat, welches entsprechende Fragebogen zur Verfügung stellt.

⁴ Wenn es die Umstände erfordern, kann das Eidgenössische Oberforstinspektorat auch über andere Wildarten Angaben verlangen (BG Art. 32 Abs. 1 und 2).

Art. 12

¹ Die in Artikel 43 Ziffer 4 letzter Absatz des Gesetzes vorgesehenen Richtlinien für den Erlass von kantonalen Vorschriften über Jagdwaffen und Munition werden vom Eidgenössischen Departement des Innern erlassen. Dabei ist der Grundsatz der Weidgerechtigkeit zu beachten. Das Departement bestimmt, welche Richtlinien für die Kantone im Sinne von Minimalvorschriften verbindlich sind.

² Als Schrotflinten im Sinne des Gesetzes gelten alle Schrotwaffen, einschliesslich Entenkanone.

Art. 13

Erfolgt gestützt auf Artikel 58 des Gesetzes ein Ausschluss von der Jagdbeerechtigung, so ist dem Eidgenössischen Oberforstinspektorat sofort eine vollständige Abschrift des rechtskräftigen Entscheides zuzustellen. Die genannte Bundesbehörde wird alljährlich vor Eröffnung der Herbstjagd sämtlichen Kantonen ein Verzeichnis derjenigen Personen zustellen, die auf solche Weise von der Ausübung der Jagd ausgeschlossen wurden.

Art. 14

Diese Verordnung tritt am 1. August 1971 in Kraft und ersetzt diejenige vom 10. Juli 1962¹⁾.

Bern, den 1. Juni 1971

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Gnägi

Der Bundeskanzler:

Huber

¹⁾ AS 1962 802

Bundesratsbeschluss über die Änderung des Bundesgesetzes über Jagd und Vogelschutz

(Vom 2. Juni 1971)

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf die Artikel 3 und 10 des Bundesgesetzes vom 10. Juni 1925¹⁾
über Jagd und Vogelschutz,

nach Anhören der Kantone,

beschliesst:

I

Das Bundesgesetz über Jagd und Vogelschutz vom 10. Juni 1925 wird
wie folgt geändert:

Art. 2 Ziff. 4 und 5

4. Birkhähne, Rackelhühner, Schneehühner, Steinhühner, Rebhühner,
Wachteln, Fasane;
5. Ringel-, Hohl- und Türkentauben, Haus- und Feldsperlinge.

Art. 8 Ziff. 1

1. Rot-, Dam- und Gemswild vom 1. September bis 15. Dezember; Sikawild
vom 1. September bis 31. Dezember; Rehwild vom 1. Oktober bis 31. De-
zember. Die Kantone können die Jagd auf Rehböcke vom 1. Juni an und
die Jagd auf Gemsböcke vom 1. August an gestatten.

II

Dieser Beschluss tritt am 1. August 1971 in Kraft. In bezug auf den bun-
desrechtlichen Schutz des Auerhahns ist er auf fünf Jahre beschränkt.

Bern, den 2. Juni 1971

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Gnägi

Der Bundeskanzler:

Huber

¹⁾ BS 9 544; AS 1962 794

**Abkommen
über den Wirtschaftsverkehr zwischen
der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Tschechoslo-
wakischen Sozialistischen Republik**

Abgeschlossen in Prag am 7. Mai 1971

In Kraft getreten am 1. Juli 1971

Der Schweizerische Bundesrat und die Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, vom Wunsche geleitet, die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zugunsten beider Staaten zu fördern und auszuweiten, haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten finden die Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), zu dessen Vertragsparteien die Tschechoslowakei seit seiner Gründung gehört und dem die Schweiz gemäss Protokoll vom 1. April 1966 beigetreten ist, sowie allfällige weitere Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten im Rahmen des GATT, Anwendung.

Ausserdem behält der Handelsvertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Tschechoslowakischen Republik, vom 24. November 1953, seine Gültigkeit.

Artikel 2

Die Vertragsparteien sind bestrebt, den Warenaustausch zwischen den beiden Staaten auf der Grundlage der in der Schweiz und in der Tschechoslowakei geltenden Regelungen weiter zu entwickeln.

Dabei wird dem Saisoncharakter der Waren sowie den Export- und Importstrukturen der beiden Staaten im Rahmen des Möglichen Rechnung getragen.

Artikel 3

Die beiden Regierungen äussern ihr Interesse an der Förderung der Kooperation auf wirtschaftlichem, industriellem und technischem Gebiet sowie auf demjenigen der Dienstleistungen. Sie ermutigen derartige Bemühungen der Unternehmen und Organisationen der beiden Staaten.

Die aus der vorstehenden Zusammenarbeit hervorgehenden Erzeugnisse und Leistungen unterliegen im Rahmen der in den beiden Staaten im allgemeinen geltenden Bestimmungen einer möglichst günstigen Behandlung.

Die beiden Regierungen ergreifen alle erforderlichen Massnahmen, um den Rechtssubjekten des andern Staates den Schutz der gewerblichen Eigentumsrechte und des Urheberrechts zu gewährleisten. Dazu gehört auch der Schutz der Herkunftsbezeichnungen.

Artikel 4

Die Zahlungen zwischen der Schweiz und der Tschechoslowakei werden gemäss dem diesem Abkommen zugehörigen Protokoll abgewickelt.

Artikel 5

Es wird eine aus Vertretern der beiden Regierungen zusammengesetzte Gemischte Kommission gebildet.

Die Gemischte Kommission überwacht die Einhaltung des vorliegenden Abkommens und erleichtert seine Durchführung. Sie befasst sich insbesondere auch mit Vorschlägen und Massnahmen zur Erweiterung des Warenverkehrs, zur Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen und zur Behebung allfällig auftretender Störungen.

Sie tritt auf Verlangen der einen oder andern Vertragspartei zusammen.

Artikel 6

Dieses Abkommen erstreckt sich auf das Fürstentum Liechtenstein, solange dieses durch einen Zollunionsvertrag mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft verbunden ist.

Artikel 7

Durch das vorliegende Abkommen wird das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Tschechoslowakischen Republik betreffend den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr vom 22. Dezember 1949 mit den zugehörigen Protokollen und Briefwechseln aufgehoben.

Artikel 8

Die beiden Regierungen werden sich gegenseitig auf dem diplomatischen Wege die Erfüllung der für den Abschluss und das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen Voraussetzungen notifizieren. Hierauf tritt das Abkommen am 1. Juli 1971 in Kraft. Falls die zweite dieser Notifikationen nach dem 20. Juni 1971 erfolgt, tritt das Abkommen zehn Tage nach Erhalt dieser Notifikation in Kraft.

Dieses Abkommen gilt bis zum 31. Dezember 1975. Es bleibt jeweils für ein weiteres Jahr in Kraft, wenn es nicht von einer Vertragspartei wenigstens drei Monate vor Ablauf der Jahresfrist schriftlich gekündigt wird.

Zu Urkund dessen haben die zu diesem Zweck Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

Geschehen in Praha, am 7. Mai 1971, in zwei Originalexemplaren, jedes in deutscher und in tschechischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise massgebend sind.

Für den Schweizerischen
Bundesrat:
(gez.) **Raymond Probst**

Für die Regierung der
Tschechoslowakischen Sozialistischen
Republik:
(gez.) **A. Killian**

Originaltext

Protokoll
betreffend den Zahlungsverkehr zum Abkommen
über den Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweizerischen
Eidgenossenschaft und der Tschechoslowakischen
Sozialistischen Republik

Abgeschlossen in Prag am 7. Mai 1971

In Kraft getreten am 1. Juli 1971

Artikel 1

Im Hinblick darauf, dass das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Tschechoslowakischen Republik betreffend den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr vom 22. Dezember 1949 durch das heute unterzeichnete Abkommen über den Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik aufgehoben wird und der gegenseitige Zahlungsverkehr sich in der Folge in Schweizerfranken oder in anderen frei konvertierbaren Währungen abwickelt, erklären die beiden Regierungen, dass sie die Zahlungen irgendwelcher Art keinesfalls einer ungünstigeren Regelung als der bei der Aufhebung des gebundenen Zahlungsverkehrs geltenden unterwerfen werden.

Dasselbe gilt sinngemäss für die Verfügungsmöglichkeiten über Vermögenswerte irgendwelcher Art.

Artikel 2

Die auf Grund des Abkommens vom 22. Dezember 1949 eröffneten Konten werden aufgehoben und der Saldo der Československá obchodní banka a. s. gemäss einer zwischen dieser und der Schweizerischen Verrechnungsstelle abzuschliessenden Vereinbarung zur freien Verfügung gestellt.

Geschehen in Praha, am 7. Mai 1971, in zwei Originalexemplaren, jedes in deutscher und in tschechischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise massgebend sind.

Für den Schweizerischen
Bundesrat:
(gez.) **Raymond Probst**

Für die Regierung der
Tschechoslowakischen Sozialistischen
Republik:
(gez.) **A. Killian**

Bundesratsbeschluss über die Aufhebung des gebundenen Zahlungsverkehrs mit der Tschechoslowakei

(Vom 14. Juni 1971)

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf die Artikel 1 – 3 und 12 des Bundesbeschlusses vom 28. September 1956¹⁾ über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Ausland,

beschliesst:

Art. 1

Der Bundesratsbeschluss vom 17. Dezember 1956²⁾ über den gebundenen Zahlungsverkehr mit dem Ausland findet nicht mehr Anwendung auf den Zahlungsverkehr mit der Tschechoslowakei.

Art. 2

Im «Anhang: Verzeichnis der Länder und Währungsgebiete gemäss Artikel 1, Absatz 1» des Bundesratsbeschlusses vom 17. Dezember 1956 über den gebundenen Zahlungsverkehr mit dem Ausland wird «Tschechoslowakei» gestrichen.

Art. 3

Auf Verrechnungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Bundesratsbeschlusses vorgenommen worden sind, bleiben die bisherigen Vorschriften anwendbar.

Art. 4

Widerhandlungen gegen die Vorschriften über den gebundenen Zahlungsverkehr mit der Tschechoslowakei, die vor dem Inkrafttreten dieses Bundesratsbeschlusses begangen worden sind, werden nach den zur Zeit ihrer Begehung geltenden Vorschriften strafrechtlich verfolgt und beurteilt.

Art. 5

Dieser Beschluss tritt am 1. Juli 1971 in Kraft.

Bern, den 14. Juni 1971

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Gnägi

Der Bundeskanzler:

Huber

1879

¹⁾ AS 1956 1553

²⁾ AS 1956 1573

Bundesbeschluss über den Beitritt zur Asiatischen Entwicklungsbank

(Vom 5. Dezember 1967)

*Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf die Artikel 8 und 85 Ziffer 5 der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 2. Juni 1967¹⁾,

beschliesst:

Art. 1

¹ Das Übereinkommen über die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank wird genehmigt.

² Der Bundesrat wird ermächtigt, den Beitritt der Schweiz zur Asiatischen Entwicklungsbank zu vollziehen.

Art. 2

¹ Der schweizerische Kapitalanteil beträgt 21,6 Millionen Franken. Zur Einzahlung der Hälfte dieses Anteils wird ein Rahmenkredit von 10,8 Millionen Franken bewilligt.

² Der jährliche Zahlungsbedarf ist im Voranschlag einzustellen.

Art. 3

Dieser Beschluss ist nicht allgemeinverbindlich und tritt sofort in Kraft.

Also beschlossen vom Nationalrat,

Bern, den 28. September 1967

Der Präsident: **Schaller**

Der Protokollführer: **Ch. Oser**

¹⁾ BBl 1967 I 1082

Also beschlossen vom Ständerat,

Bern, den 5. Dezember 1967

Der Präsident: Wipfli

Der Protokollführer: F. Weber

Übersetzung des englischen Originaltextes

Übereinkommen über die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank

Abgeschlossen in Manila am 4. Dezember 1965

Von der Bundesversammlung genehmigt am 5. Dezember 1967

Schweizerische Annahme-Urkunde hinterlegt am 29. Dezember 1967

In Kraft getreten für die Schweiz am 31. Dezember 1967

Die Vertragsparteien

in Anbetracht der Bedeutung einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit als Mittel zur möglichst wirksamen Nutzung der Hilfsquellen und zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung Asiens und des Fernen Ostens,

in Erkenntnis der Wichtigkeit, für die Entwicklung dieser Region zusätzliche Finanzierungsmittel verfügbar zu machen, indem innerhalb und ausserhalb der Region solche Mittel aufgebracht und sonstige Hilfsquellen erschlossen sowie Bedingungen geschaffen und gefördert werden, die eine erhöhte Spartätigkeit im Innern und einen stärkeren Zufluss von Entwicklungskapital von aussen in die Region begünstigen,

in Anerkennung der Wünschbarkeit, ein harmonisches Wachstum der Volkswirtschaften der Region und die Ausweitung des Aussenhandels der Mitgliedstaaten zu fördern,

in der Überzeugung, dass die Gründung eines im wesentlichen asiatischen Finanzinstituts diesen Zielen dienen würde –

sind übereingekommen, hiermit die Asiatische Entwicklungsbank (im folgenden als «Bank» bezeichnet) zu errichten, die ihre Tätigkeit nach Massgabe der folgenden

Artikel des Übereinkommens

ausüben wird.

Kapitel I: Zweck, Aufgaben und Mitgliedschaft

Artikel 1

Zweck

Zweck der Bank ist es, die wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit in der (im folgenden als «Region» bezeichneten) asiatisch-fernöstlichen Region zu fördern und zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses der in der Region gelegenen, in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaaten in ihrer Gesamtheit und als Einzelstaaten beizutragen. Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnen die Ausdrücke «asiatisch-fernöstliche Region» und «Region» jene Gebiete in Asien und dem Fernen Osten, die zum Mandat der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten gehören.

Artikel 2

Aufgaben

Zur Erfüllung ihres Zwecks hat die Bank folgende Aufgaben:

- i) die Anlage öffentlichen und privaten Kapitals in der Region für Entwicklungszwecke zu fördern;
- ii) die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Finanzierung der Entwicklung der in der Region gelegenen, in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaaten zu verwenden; dabei sollen jene regionalen, subregionalen und nationalen Projekte und Programme, die am wirksamsten zum harmonischen wirtschaftlichen Wachstum der Region als ganzes beitragen, den Vorrang erhalten und die Bedürfnisse der in der Region gelegenen kleineren oder weniger entwickelten Mitgliedstaaten besonders berücksichtigt werden;
- iii) Gesuchen der in der Region gelegenen Mitgliedstaaten um Unterstützung bei der gegenseitigen Koordinierung ihrer Entwicklungspolitik und -pläne zu entsprechen, um ihre Hilfsquellen besser zu nutzen, eine bessere gegenseitige Ergänzung ihrer Volkswirtschaften zu erreichen und ihren Aussenhandel, insbesondere den innerregionalen Handel, in geregelter Weise auszuweiten;
- iv) technische Hilfe bei der Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung von Entwicklungsvorhaben und -programmen zu leisten, einschliesslich der Ausarbeitung konkreter Projektvorschläge;
- v) in einer der Bank geeignet erscheinenden Weise im Rahmen dieses Abkommens mit den Vereinten Nationen, ihren Organen und Unterorganisationen, insbesondere mit der Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten sowie mit öffentlichen internationalen Organisationen und sonstigen internationalen Institutionen sowie mit nationalen Körperschaften öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Natur, die sich mit der An-

lage von Entwicklungsmitteln befassen, zusammenzuarbeiten und diese Institutionen und Körperschaften an neuen Investitions- und Hilfsmöglichkeiten zu interessieren, und

- vi) alle sonstigen Tätigkeiten auszuüben und Dienste zu leisten, die ihren Zweck fördern.

Artikel 3

Mitgliedschaft

1. die Mitgliedschaft bei der Bank steht offen: i) Mitgliedern und assoziierten Mitgliedern der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten und ii) anderen Ländern der Region und entwickelten Ländern ausserhalb der Region, die Mitglieder der Vereinten Nationen oder einer ihrer Spezialorganisationen sind.

2. Länder, denen nach Absatz 1 die Mitgliedschaft offensteht, die aber nicht nach Artikel 64 Mitglieder werden, können zu Bedingungen, welche die Bank festsetzt, mit Zustimmung von zwei Dritteln aller Gouverneure, die dabei mindestens drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten, als Mitglieder der Bank aufgenommen werden.

3. Für assoziierte Mitglieder der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten, die für ihre internationalen Beziehungen nicht selbst verantwortlich sind, wird der Antrag auf Mitgliedschaft in der Bank von dem für ihre internationalen Beziehungen verantwortlichen Mitglied der Bank gestellt; dieses Mitglied hat sich gleichzeitig zu verpflichten, bis zur Übernahme dieser Verantwortung durch den Bewerber selbst für alle Verpflichtungen zu haften, die dieser auf Grund der Aufnahme als Mitglied der Bank und auf Grund der mit dieser Mitgliedschaft verbundenen Vorteile übernimmt. Der Ausdruck «Land» im Sinne dieses Übereinkommens schliesst Gebiete ein, die assoziierte Mitglieder der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten sind.

Kapitel II: Kapital

Artikel 4

Genehmigtes Stammkapital

1. Das genehmigte Stammkapital der Bank beträgt eine Milliarde US-Dollar (\$ 1 000 000 000) mit dem Gewicht und dem Feingehalt vom 31. Januar 1966. Wo immer in diesem Abkommen auf den Dollar Bezug genommen wird, ist darunter ein US-Dollar mit dem angegebenen Wert zu verstehen. Das genehmigte Stammkapital ist in einhunderttausend (100 000) Anteile im Nennwert von je zehntausend Dollar (\$ 10 000) eingeteilt, die nur von Mitgliedern nach Massgabe des Artikels 5 gezeichnet werden können.

2. Das ursprüngliche genehmigte Stammkapital wird in einbezahlte Anteile und abrufbare Anteile eingeteilt. Anteile im Gesamtnennwert von fünfhundert Millionen Dollar (\$ 500 000 000) sind einbezahlte Anteile; die übrigen Anteile, von fünfhundert Millionen Dollar (\$ 500 000 000), sind abrufbare Anteile.

3. Das genehmigte Stammkapital der Bank kann vom Gouverneursrat zu jenem Zeitpunkt und zu Bedingungen, die er für angezeigt hält, mit den Stimmen von zwei Dritteln aller Gouverneure, die dabei mindestens drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten, erhöht werden.

Artikel 5

Zeichnung der Anteile

1. Jedes Mitglied zeichnet Stammkapitalanteile der Bank. Jede Zeichnung von ursprünglich genehmigtem Stammkapital umfasst einbezahlte und abrufbare Anteile zu gleichen Teilen. Die ursprüngliche Zahl der von den Staaten, die nach Artikel 64 Mitglieder werden, zu zeichnenden Anteile ist in Anhang A festgesetzt. Die ursprüngliche Zahl der von den Staaten, die nach Artikel 3 Absatz 2 als Mitglieder aufgenommen werden, zu zeichnenden Anteile wird vom Gouverneursrat bestimmt; jedoch darf keine derartige Zeichnung genehmigt werden, die zur Folge hätte, dass der im Besitz der regionalen Mitglieder stehende Teil des Stammkapitals unter sechzig (60) Prozent des gesamten gezeichneten Stammkapitals sinkt.

2. Der Gouverneursrat überprüft das Stammkapital der Bank mindestens alle fünf (5) Jahre. Bei einer Erhöhung des genehmigten Stammkapitals wird jedem Mitglied hinreichend Gelegenheit gegeben, zu den vom Gouverneursrat festgesetzten Bedingungen jenen Teil der Stammkapitalerhöhung zu zeichnen, der dem von ihm bereits gezeichneten Anteil am gesamten gezeichneten Stammkapital der Bank unmittelbar vor der Erhöhung entspricht; dies gilt jedoch nicht für eine Erhöhung oder den Teil einer Erhöhung, um den das genehmigte Stammkapital einzig zu dem Zweck erhöht wurde, Beschlüsse des Gouverneursrats nach den Absätzen 1 und 3 durchzuführen. Kein Mitglied ist verpflichtet, sich an Zeichnungen zur Erhöhung des Stammkapitals zu beteiligen.

3. Der Gouverneursrat kann auf Antrag eines Mitglieds dessen gezeichneten Betrag zu Bedingungen erhöhen, die er beschliesst; mit der Massgabe jedoch, dass keine derartige Erhöhung genehmigt werden darf, die zur Folge hätte, dass der im Besitz der regionalen Mitglieder stehende Teil des Stammkapitals unter sechzig (60) Prozent des gesamten gezeichneten Stammkapitals sinkt. Der Gouverneursrat nimmt auf Gesuche regionaler Mitglieder, die weniger als sechs (6) Prozent des gezeichneten Stammkapitals besitzen, um Erhöhung ihres Anteils daran besonders Rücksicht.

4. Die von den Mitgliedern ursprünglich gezeichneten Kapitalanteile werden zum Nennwert ausgegeben. Andere Anteile werden zum Nennwert ausge-

geben, sofern nicht der Gouverneursrat mit den Stimmen der Mehrheit aller Gouverneure, die dabei eine Mehrheit der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten, unter besonderen Umständen beschliesst, sie zu anderen Bedingungen auszugeben.

5. Die Kapitalanteile dürfen weder verpfändet noch belastet werden und sind nicht übertragbar, ausser an die Bank gemäss Kapitel VII dieses Abkommens.

6. Die Haftung der Mitglieder aus Anteilen ist auf den nicht einbezahlten Teil ihres Ausgabepreises beschränkt.

7. Kein Mitglied haftet auf Grund seiner Mitgliedschaft für Verbindlichkeiten der Bank.

Artikel 6

Einzahlung der gezeichneten Beträge

1. Die Einzahlung des von jedem Unterzeichner dieses Übereinkommens, der nach Artikel 64 Mitglied wird, ursprünglich gezeichneten Betrags des einzuzahlenden Stammkapitals der Bank erfolgt in fünf (5) Raten von je zwanzig (20) Prozent des Betrags. Die erste Rate wird von jedem Mitglied innerhalb von dreissig (30) Tagen seit Inkrafttreten dieses Übereinkommens oder bis zum Tage der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Annahmearkunde nach Artikel 64 Absatz 1 bezahlt, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist. Die zweite Rate wird ein (1) Jahr nach Inkrafttreten des Übereinkommens fällig. Die restlichen drei (3) Raten werden jeweils ein (1) Jahr nach Fälligerwerden der vorhergegangenen Rate fällig.

2. Zur Einzahlung der Erstzeichnung auf das ursprüngliche einbezahlte Stammkapital sind von jeder Rate

- a) fünfzig (50) Prozent in Gold oder konvertierbarer Währung und
- b) fünfzig (50) Prozent in der Währung des betreffenden Mitglieds einzuzahlen.

3. An Stelle des nach Absatz 2 Buchstabe *b* in der Währung des Mitglieds zu zahlenden Betrags nimmt die Bank von jedem Mitglied Schuldscheine oder sonstige Schuldverschreibungen entgegen, die von der Regierung des Mitglieds oder von der von diesem Mitglied bezeichneten Hinterlegungsstelle ausgestellt sind, sofern die Bank diese Währung für die Durchführung ihrer Geschäfte nicht benötigt. Diese Schuldscheine oder Schuldverschreibungen sind unübertragbar, unverzinslich und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbar. Zahlungsaufforderungen für solche in konvertierbarer Währung zahlbaren Schuldscheine oder Schuldverschreibungen erfolgen, innert angemessener Zeitabschnitte, zu einem für alle Schuldscheine oder Schuldverschreibungen einheitlichen Prozentsatz; Artikel 24 Absatz 2 Ziffer ii) bleibt vorbehalten.

4. Jede Zahlung eines Mitglieds in dessen Landeswährung nach Absatz 2 Buchstabe *b* erfolgt in jenem Betrag, von dem die Bank nach Konsultation mit dem Internationalen Währungsfonds – falls sie eine solche für notwendig hält – und unter Anwendung der allenfalls mit diesem vereinbarten Parität feststellt, dass er dem vollen Dollarwert des einzubezahlenden Teils der Zeichnung entspricht, der bezahlt wird. Die Zahlung erfolgt vorerst in einem Betrag, den das Mitglied auf Grund dieser Bestimmungen als angemessen erachtet, ist jedoch innert neunzig (90) Tagen nach dem Fälligkeitsdatum soweit zu berichtigen, als die Bank es für notwendig findet, um den vollen Dollarwert der Zahlung zu erreichen.

5. Der auf das abrufbare Stammkapital der Bank gezeichnete Betrag wird nur in dem Umfang und zu dem Zeitpunkt einberufen, in dem ihn die Bank benötigt, um die Verbindlichkeiten zu erfüllen, die sie nach Artikel 11 Ziffern ii) und iv) durch die Aufnahme von Krediten zur Ergänzung ihrer ordentlichen Kapitalmittel oder durch die Übernahme von Garantien zu Lasten dieser Mittel eingegangen ist.

6. Im Falle eines Abrufs nach Absatz 5 dieses Artikels kann die Zahlung nach Wahl des Mitglieds in Gold, in konvertierbarer Währung oder in der Währung erfolgen, die zur Erfüllung der Verbindlichkeiten der Bank benötigt wird, für welche der Abruf erfolgt. Abrufe für nicht einbezahlte Zeichnungen haben zu einem einheitlichen Prozentsatz für alle bei Abruf einzahlbaren Anteile zu erfolgen.

7. Die Bank bestimmt den Ort für Zahlungen auf Grund dieses Artikels; jedoch wird bis zur Eröffnungssitzung des Gouverneursrats die in Absatz 1 genannte erste Rate an den Generalsekretär der Vereinten Nationen als Treuhänder für die Bank bezahlt.

Artikel 7

Ordentliche Kapitalmittel

In diesem Übereinkommen umfasst der Ausdruck «ordentliche Kapitalmittel» der Bank:

- i) das nach Artikel 5 gezeichnete genehmigte Stammkapital der Bank, und zwar sowohl die einbezahlten als auch die abrufbaren Anteile, mit Ausnahme desjenigen Teils dieses Kapitals, der nach Artikel 19 Absatz 1 Ziffer i) in einen oder mehrere Sonderfonds abgezweigt wird;
- ii) Mittel, die durch Kreditaufnahme der Bank auf Grund der ihr in Artikel 21 Ziffer i) übertragenen Befugnis beschafft werden und auf welche die Abrufbestimmung des Artikels 6 Absatz 5 anwendbar ist;
- iii) Mittel aus der Rückzahlung von Darlehen oder Garantien, die aus den unter den Ziffern i) und ii) genannten Mitteln gewährt wurden;

- iv) Einkünfte aus Darlehen, die aus den genannten Mitteln gewährt wurden, oder aus Garantien auf welche die Verpflichtung gemäss Artikel 6 Absatz 5 über den Abruf anwendbar ist, sowie
- v) alle sonstigen Mittel oder Einkünfte, welche die Bank erhält und die nicht Bestandteil ihrer in Artikel 20 erwähnten Sonderfondsmittel sind.

Kapitel III: Geschäftstätigkeit

Artikel 8

Verwendung der Bestände

Die Mittel und Einrichtungen der Bank werden ausschliesslich zur Erfüllung des Zwecks und der Aufgaben, die in Artikel 1 bzw. 2 niedergelegt sind, verwendet.

Artikel 9

Ordentliche und besondere Geschäftstätigkeit

1. Die Geschäftstätigkeit der Bank gliedert sich in eine ordentliche und eine besondere Geschäftstätigkeit.
2. Als ordentliche Geschäftstätigkeit gelten die aus den ordentlichen Kapitalmitteln der Bank finanzierten Geschäfte.
3. Als besondere Geschäftstätigkeit gelten die aus den in Artikel 20 vorgesehenen Sonderfondsmitteln finanzierten Geschäfte.

Artikel 10

Trennung der Geschäftsbereiche

1. Die ordentlichen Kapitalmittel und die Sonderfondsmittel der Bank werden jederzeit und in jeder Hinsicht völlig getrennt gehalten, verwendet, gebunden, angelegt oder anderweitig eingesetzt. In den Finanzaufstellungen der Bank werden die ordentliche und die besondere Geschäftstätigkeit getrennt ausgewiesen.
2. Die ordentlichen Kapitalmittel der Bank werden unter keinen Umständen mit Verlusten oder Verbindlichkeiten aus der besonderen Geschäftstätigkeit oder aus anderen Tätigkeiten, für welche Sonderfondsmittel ursprünglich verwendet oder bestimmt wurden, belastet oder zur Deckung derselben verwendet.
3. Ausgaben, die unmittelbar mit der ordentlichen Geschäftstätigkeit zusammenhängen, gehen zu Lasten der ordentlichen Kapitalmittel der Bank. Ausgaben, die unmittelbar mit der besonderen Geschäftstätigkeit zusammenhängen, gehen zu Lasten der Sonderfondsmittel. Alle sonstigen Ausgaben werden so belastet, wie die Bank es bestimmt.

Artikel 11

Empfänger und Geschäftsmethoden

Unter Vorbehalt der in diesem Übereinkommen festgesetzten Bedingungen kann die Bank jedem Mitglied, jeder Stelle, Einrichtung oder Gebietskörperschaft dieses Staates, jeder im Gebiet eines Mitglieds tätigen Körperschaft oder Unternehmung sowie internationalen oder regionalen Stellen oder Organisationen, die sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Region befassen, Finanzierungsmittel zur Verfügung stellen oder deren Bereitstellung erleichtern. Die Bank kann ihre Geschäftstätigkeit wie folgt ausüben:

- i) durch Gewährung von oder Beteiligung an direkten Darlehen aus ihrem unverminderten einbezahlten Kapital und, vorbehaltlich des Artikels 17 dieses Übereinkommens, aus ihren Reserven und unverteiltten Überschüssen oder aus den unverminderten Sonderfondsmitteln;
- ii) durch Gewährung von oder Beteiligung an direkten Darlehen aus Mitteln, die sie auf Kapitalmärkten oder durch Kreditaufnahme beschafft oder auf andere Weise erworben hat, um sie in ihre ordentlichen Kapitalmittel einzubeziehen;
- iii) durch Anlage der unter den Ziffern i) und ii) erwähnten Mittel im Grundkapital einer Institution oder eines Unternehmens; jedoch dürfen derartige Anlagen erst vorgenommen werden, nachdem der Gouverneursrat mit den Stimmen der Mehrheit aller Gouverneure, die eine Mehrheit der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten, festgestellt hat, dass die Bank in der Lage ist, diese Art von Geschäftstätigkeit einzuleiten; oder
- iv) durch die gesamte oder teilweise Übernahme von Garantien als Primär- oder Sekundär-Schuldner für Darlehen für die wirtschaftliche Entwicklung, an denen sich die Bank beteiligt.

Artikel 12

Grenzen der ordentlichen Geschäftstätigkeit

1. Der ausstehende Gesamtbetrag der von der Bank im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit gewährten Darlehen, Anlagen in Grundkapital und Garantien darf den Gesamtbetrag ihres unverminderten gezeichneten Kapitals, ihrer Reserven und Überschüsse, die zu ihren ordentlichen Kapitalbeständen gehören, mit Ausnahme der in Artikel 17 vorgesehenen Sonderreserve und sonstiger nicht für die ordentliche Geschäftstätigkeit verfügbarer Reserven, zu keiner Zeit übersteigen.

2. Werden Darlehen aus Mitteln gewährt, welche die Bank durch Kreditaufnahme beschafft hat und auf welche die Verpflichtung gemäss Artikel 6 Absatz 5 über den Abruf anwendbar ist, so darf der Gesamtbetrag der ausstehenden und in einer bestimmten Währung an die Bank zahlbaren Darlehen den Gesamtkapitalbetrag der von der Bank aufgenommenen ausstehenden Kredite, die in derselben Währung zahlbar sind, zu keiner Zeit übersteigen.

3. Werden Mittel aus den ordentlichen Kapitalbeständen der Bank in Grundkapital angelegt, so darf der gesamte angelegte Betrag zehn (10) Prozent des Gesamtbetrags des unverminderten einbezahlten Stammkapitals der Bank, welches jeweils zu einem bestimmten Zeitpunkt tatsächlich einbezahlt ist, sowie die zu ihren ordentlichen Kapitalmitteln gehörenden Reserven und Überschüsse, aber ausschliesslich der in Artikel 17 vorgesehenen Sonderreserve, nicht übersteigen.

4. Der in Grundkapital angelegte Betrag darf einen von Fall zu Fall vom Direktorium als angemessen festgesetzten Prozentsatz des Grundkapitals der betreffenden Körperschaft oder Unternehmung nicht übersteigen. Die Bank wird nicht versuchen, durch eine derartige Anlage einen beherrschenden Einfluss auf die Körperschaft oder die Unternehmung zu erlangen, es sei denn, dies wäre zur Sicherung der Anlage der Bank erforderlich.

Artikel 13

Bereitstellung von Währungen für direkte Darlehen

Bei der Gewährung von oder der Beteiligung an direkten Darlehen kann die Bank Finanzierungsmittel auf folgende Weise zur Verfügung stellen:

- i) indem sie dem Darlehensnehmer die zur Deckung des Devisenaufwands des Projektes erforderlichen Währungen zur Verfügung stellt mit Ausnahme der (im folgenden als «Landeswährung» bezeichneten) Währung des Mitgliedstaates, auf dessen Gebiet das Projekt ausgeführt werden soll, oder
- ii) indem sie Finanzierungsmittel zur Deckung der örtlichen Ausgaben für das betreffende Projekt zur Verfügung stellt, wenn sie dies durch Bereitstellung von Mitteln in Landeswährung tun kann, ohne aus ihren Beständen Gold oder konvertierbare Währungen zu veräussern. In Sonderfällen, in denen nach Ansicht der Bank das Projekt die Zahlungsbilanz des Mitglieds, in dessen Gebiet das Projekt ausgeführt werden soll, durch unverhältnismässige Verluste oder Beanspruchungen belastet oder belasten könnte, können die von der Bank zur Deckung örtlicher Ausgaben gewährten Finanzierungsmittel in anderen Währungen als der Landeswährung zur Verfügung gestellt werden; in derartigen Fällen dürfen die von der Bank für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Finanzierungsmittel einen angemessenen Teil der dem Darlehensnehmer entstehenden gesamten örtlichen Ausgaben nicht überschreiten.

Artikel 14

Geschäftsgrundsätze

Die Geschäftstätigkeit der Bank richtet sich nach folgenden Grundsätzen:

- i) die Geschäftstätigkeit der Bank dient grundsätzlich der Finanzierung bestimmter Projekte einschliesslich solcher, die Teil eines nationalen, subre-

gionalen oder regionalen Entwicklungsprogramms sind. Sie kann sich jedoch auch auf Darlehen oder Garantien für Darlehen an nationale Entwicklungsbanken oder sonstige geeignete Körperschaften erstrecken, damit diese bestimmte Entwicklungsprojekte finanzieren können, deren Finanzbedarf im Einzelfall nach Ansicht der Bank nicht gross genug ist, um eine direkte Aufsicht durch die Bank zu rechtfertigen;

- ii) bei der Auswahl geeigneter Vorhaben verfährt die Bank stets nach den Bestimmungen von Artikel 2 Ziffer ii);
- iii) die Bank unterlässt die Finanzierung eines Vorhabens im Gebiet eines Mitgliedstaates, wenn dieser dagegen Einspruch erhebt;
- iv) bevor ein Darlehen gewährt werden darf, hat der Antragsteller einen angemessenen Darlehensvorschlag einzureichen und der Präsident der Bank dem Direktorium eine schriftliche Stellungnahme zum Vorschlag sowie seine Empfehlungen auf Grund einer Untersuchung durch seine Mitarbeiter zu unterbreiten;
- v) bei der Beurteilung eines Darlehens- oder Garantiesuches wird die Bank gebührend berücksichtigen, ob der Kreditnehmer in der Lage ist, anderswo Finanzmittel oder -erleichterungen zu Bedingungen zu erhalten, die die Bank unter Berücksichtigung aller massgeblichen Faktoren als für den Empfänger zumutbar erachtet;
- vi) bei der Gewährung oder Garantierung eines Darlehens wird die Bank gebührend berücksichtigen, ob Aussicht besteht, dass der Darlehensnehmer und gegebenenfalls der Garant ihre Verpflichtungen aus dem Darlehensvertrag erfüllen können;
- vii) bei der Gewährung oder Garantierung eines Darlehens werden der Zinssatz, die sonstigen Spesen und die Termine für die Rückzahlung des Kapitals so festgesetzt, wie sie nach Ansicht der Bank für das betreffende Darlehen angemessen sind;
- viii) bei der Garantierung eines von anderen Kapitalgebern gewährten Darlehens oder bei der Garantierung des Verkaufs von Wertpapieren soll die Bank eine angemessene Entschädigung für ihr Risiko erhalten;
- ix) die Erlöse der Darlehen, der Kapitalanlagen oder jeder sonstigen Finanzierung, die im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit der Bank oder aus Sonderfonds erfolgt, welche die Bank nach Artikel 19 Absatz 1 Ziffer i) errichtet hat, werden ausschliesslich in Mitgliedstaaten für die Beschaffung von in Mitgliedstaaten erzeugten Waren und erbrachten Dienstleistungen ausgegeben, ausser in Fällen, in denen das Direktorium mit einer Mehrheit von Direktoren, die mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, beschliesst, die Beschaffung in einem Nichtmitgliedstaat, die Beschaffung dort erzeugter Waren oder dort die Inanspruchnahme von Dienstleistungen zu gestatten, wenn besondere Umstände dies angebracht erscheinen lassen, so im Falle eines Nichtmit-

gliedstaats, in dem der Bank ein bedeutender Finanzierungsbetrag zur Verfügung gestellt wurde;

- x) im Falle eines von der Bank gewährten direkten Darlehens wird die Bank dem Darlehensnehmer den Bezug der Mittel zur Deckung der Auslagen, die mit dem Projekt verbunden sind, nur in dem Masse gestatten, als diese tatsächlich entstehen;
- xi) die Bank trifft alle erforderlichen Massnahmen, um sicherzustellen, dass die Erlöse aus allen Darlehen, welche die Bank gewährt oder garantiert oder an denen sie sich beteiligt, nur für die Zwecke, für die das Darlehen gewährt wurde und unter gebührender Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit verwendet werden;
- xii) die Bank wird gebührend berücksichtigen, dass es wünschenswert ist, die Verwendung eines unverhältnismässig grossen Teils ihrer Mittel zugunsten eines einzelnen Mitglieds zu vermeiden;
- xiii) die Bank wird bei ihren Anlagen in Grundkapital eine angemessene Streuung aufrechtzuerhalten suchen; sie übernimmt keine Verantwortung für die Leitung von Körperschaften oder Unternehmungen, an denen sie beteiligt ist, ausser wenn dies zur Sicherung ihrer Kapitalanlage erforderlich ist;
- xiv) die Bank lässt sich in ihrer Geschäftstätigkeit von gesunden Bankgrundsätzen leiten.

Artikel 15

Bedingungen für direkte Darlehen und Garantien

1. Bei direkten Darlehen, welche die Bank gewährt oder an denen sie sich beteiligt, oder bei von der Bank garantierten Darlehen werden, gemäss den in Artikel 14 niedergelegten Geschäftsgrundsätzen und unter Vorbehalt der anderen Bestimmungen dieses Übereinkommens, im Vertrag die Darlehens- oder Garantiebedingungen festgelegt; darunter fallen bei Darlehen die Bedingungen für die Zahlung von Kapital, Zinsen und sonstigen Spesen, die Fälligkeits- und Zahlungstermine oder bei Garantien die Gebühren und sonstigen Kosten. Insbesondere hat der Vertrag vorzusehen, dass, unter Vorbehalt von Absatz 3, alle Zahlungen an die Bank auf Grund des Vertrages in der ausgeliehenen Währung erfolgen, ausser wenn für ein Darlehen, das im Rahmen der besonderen Geschäftstätigkeit unter Verwendung der gemäss Artikel 19 Absatz 1 Ziffer ii) bereitgestellten Mitteln direkt gewährt oder garantiert wurde, die Vorschriften und Bestimmungen der Bank etwas anderes vorsehen. In Garantien der Bank ist ferner vorzusehen, dass die Bank ihrer Verpflichtung hinsichtlich der Zinszahlungen ein Ende setzen kann, wenn bei Zahlungsverzug des Darlehensnehmers und des allfälligen Bürgen die Bank das Angebot macht, die garantierten Schuldscheine oder sonstigen Schuldverschreibungen zum Nennwert zuzüglich der bis zu einem bestimmten im Angebot bezeichneten Zeitpunkt aufgelaufenen Zinsen zu kaufen.

2. Ist der Empfänger eines Darlehens oder einer Darlehensgarantie nicht selbst Mitglied, so kann die Bank verlangen, wenn sie dies für ratsam hält, dass das Mitglied, in dessen Gebiet das betreffende Projekt ausgeführt werden soll, oder eine der Bank genehme öffentliche Stelle oder Einrichtung des betreffenden Mitglieds die Rückzahlung des Kapitals und die Zahlung der Zinsen und sonstigen Kosten des Darlehens nach Massgabe der Darlehensbedingungen garantiert.

3. Im Darlehens- oder Garantievertrag wird ausdrücklich festgelegt, in welcher Währung alle vertraglichen Zahlungen an die Bank zu erfolgen haben. Nach Wahl des Darlehensnehmers können derartige Zahlungen jedoch immer in Gold oder konvertierbarer Währung geleistet werden.

Artikel 16

Kommissionen und Gebühren

1. Die Bank erhebt ausser den Zinsen eine Kommission für direkte Darlehen, die sie im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit gewährt oder an denen sie sich beteiligt. Diese periodisch zahlbare Kommission wird auf dem ausstehenden Betrag des Darlehens oder der Beteiligung berechnet und beträgt mindestens ein (1) Prozent im Jahr, sofern nicht die Bank nach fünfjähriger Tätigkeit mit Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder, die dabei mindestens drei Viertel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, beschliesst, diesen Mindestsatz zu senken.

2. Bei der Garantierung eines Darlehens im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit erhebt die Bank in einer vom Direktorium festgesetzten Höhe eine Garantiegebühr, die periodisch auf dem ausstehenden Darlehensbetrag zu bezahlen ist.

3. Sonstige im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit von der Bank erhobene Gebühren sowie alle Kommissionen, Gebühren oder sonstigen Spesen im Zusammenhang mit ihrer besonderen Geschäftstätigkeit werden vom Direktorium festgesetzt.

Artikel 17

Sonderreserve

Die gemäss Artikel 16 von der Bank eingenommenen Kommissionen und Garantiegebühren werden als Sonderreserve zurückgestellt, die zur Deckung von Verbindlichkeiten der Bank nach Artikel 18 verwendet wird. Die Sonderreserve wird in einer vom Direktorium zu beschliessenden Form liquide angelegt.

Artikel 18

Methoden zur Erfüllung der Verbindlichkeiten der Bank

1. Tritt im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit bei Darlehen, die die Bank gewährt, an denen sie beteiligt ist oder die sie garantiert, ein Zahlungsverzug ein, so trifft sie alle ihr geeignet erscheinenden Massnahmen zur Änderung der Darlehensbedingungen; ausgenommen hiervon ist jedoch die Änderung der Rückzahlungswährung.

2. Zahlungen zur Erfüllung von Verbindlichkeiten der Bank aus Krediten oder Garantien nach Artikel 11 Ziffern ii) und iv), die aus den ordentlichen Kapitalbeständen zu bestreiten sind, gehen

- i) vorerst zu Lasten der in Artikel 17 vorgesehenen Sonderreserve und
- ii) sodann, soweit erforderlich und nach freiem Ermessen der Bank zu Lasten der übrigen Reserven, des Überschusses und des Kapitals, über welche die Bank verfügt.

3. Zur Erfüllung der vertraglichen Zinszahlungen, sonstiger Spesen und Amortisationen für Kreditaufnahmen der Bank im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit oder zur Erfüllung ähnlicher Zahlungsverpflichtungen auf Grund von Darlehens-Garantien, die zu Lasten ihrer ordentlichen Kapitalmittel gehen, kann die Bank nötigenfalls nach Artikel 6 Absätze 6 und 7 einen entsprechenden Betrag des noch nicht abgerufenen gezeichneten bei Abruf zahlbaren Kapitals einfordern.

4. Tritt bei einem Darlehen, das die Bank im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit garantiert oder aus aufgenommenen Krediten gewährt hat, ein Zahlungsverzug ein, so kann sie, wenn nach ihrer Ansicht der Verzug von langer Dauer sein kann, für folgende Zwecke einen zusätzlichen Betrag des bei Abruf zahlbaren Kapitals abrufen, der jedoch in einem (1) Jahr ein (1) Prozent der Gesamtzeichnungen der Mitglieder auf dieses Kapital nicht überschreiten darf:

- i) um die Verbindlichkeiten der Bank in bezug auf das gesamte oder einen Teil des ausstehenden Kapitals eines von ihr garantierten Darlehens, für das der Schuldner sich in Verzug befindet, vor der Fälligkeit abzulösen oder auf andere Weise zu erfüllen, und
- ii) um die Verbindlichkeiten der Bank aus den von ihr aufgenommenen, noch nicht zurückbezahlten Mitteln vollständig oder teilweise zurückzukaufen oder in anderer Weise zu erfüllen.

5. Soll das gezeichnete abrufbare Stammkapital der Bank nach den Absätzen 3 und 4 vollständig abgerufen werden, so kann die Bank, wenn es für die in Absatz 3 aufgeführten Zwecke erforderlich ist, die Währung jedes Mitglieds ohne Einschränkung verwenden oder umwechseln, und zwar auch ohne die Einschränkung nach Artikel 24 Absatz 2 Ziffern i) und ii).

Artikel 19

Sonderfonds

1. Die Bank kann

- i) mit den Stimmen von zwei Dritteln aller Gouverneure, die dabei mindestens drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten, vom unverminderten einbezahlten Kapital der Bank höchstens je zehn (10) Prozent des von den Mitgliedern gemäss Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe *a* und des gemäss Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe *b* einbezahlten Teils abzweigen und daraus einen oder mehrere Sonderfonds errichten, sowie
- ii) die Verwaltung von Sonderfonds übernehmen, die dazu bestimmt sind, dem Zweck der Bank zu dienen, und in ihren Aufgabenbereich fallen.

2. Die von der Bank nach Absatz 1 Ziffer i) errichteten Sonderfonds können zur Garantierung oder Gewährung von Darlehen für besonders dringende Entwicklungsvorhaben verwendet werden, die eine längere Laufzeit, später einsetzende Rückzahlungen und niedrigere Zinssätze haben können, als die Bank für ihre ordentliche Geschäftstätigkeit festsetzt. Solche Fonds dürfen auch zu anderen Bedingungen verwendet werden, die die Bank bei der Errichtung dieser Fonds festlegen kann, die aber weder den anwendbaren Bestimmungen dieses Übereinkommens noch dem Charakter dieser Fonds als revolvingender Fonds widersprechen dürfen.

3. Die von der Bank nach Absatz 1 Ziffer ii) übernommenen Sonderfonds können in einer Weise und zu Bedingungen verwendet werden, die mit dem Zweck der Bank und mit dem sich auf diese Fonds beziehenden Abkommen vereinbar sind.

4. Die Bank erlässt alle für die Errichtung, Verwaltung und Verwendung jedes Sonderfonds erforderlichen besonderen Regelungen und Vorschriften. Diese müssen mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens mit Ausnahme derjenigen vereinbar sein, die ausdrücklich nur auf die ordentliche Geschäftstätigkeit der Bank anwendbar sind.

Artikel 20

Sonderfondsmittel

In diesem Übereinkommen bezieht sich der Ausdruck «Sonderfondsmittel» auf die Mittel jedes Sonderfonds und umfasst

- a) Mittel, die vom einbezahlten Kapital für einen Sonderfonds ausgeschieden oder auf andere Weise ursprünglich in einen Sonderfonds eingelegt wurden,
- b) Mittel, welche die Bank zur Einlage in einen Sonderfonds übernommen hat,

- c) Mittel, die für Darlehen oder Garantien, welche aus einem Sonderfonds finanziert wurden, zurückbezahlt werden und ihm auf Grund der für diesen Sonderfonds geltenden Vorschriften und Regelungen der Bank zufallen,
- d) Einkünfte aus Geschäften der Bank, in denen Mittel der oben erwähnten Art verwendet oder gebunden sind, sofern diese Einkünfte auf Grund der für den betreffenden Sonderfonds geltenden Vorschriften und Regelungen der Bank diesem Sonderfonds zufallen, und
- e) alle sonstigen einem Sonderfonds zur Verfügung gestellten Mittel.

Kapitel IV: Kreditaufnahme und sonstige Befugnisse verschiedener Art

Artikel 21

Allgemeine Befugnisse

Ausser den sonst in diesem Übereinkommen aufgeführten Befugnissen ist die Bank ermächtigt:

- i) Darlehen in Mitgliedsländern und anderswo aufzunehmen und in diesem Zusammenhang jede von der Bank beschlossene Nebenbürgschaft oder sonstige Sicherheit beizubringen, jedoch stets mit der Massgabe, dass:
 - a) die Bank vor dem Verkauf ihrer Obligationen auf dem Gebiet eines Landes dessen Zustimmung einholt;
 - b) die Bank in Fällen, in denen die Obligationen der Bank auf die Währung eines Mitglieds lauten sollen, vorher dessen Zustimmung einholt;
 - c) die Bank die Zustimmung der in Unterabsatz (a) und (b) dieses Absatzes erwähnten Länder dafür einholt, dass die Beträge unbeschränkt in die Währung irgendeines Mitglieds umgewechselt werden können, und
 - d) die Bank vor ihrem Beschluss, ihre Obligationen in einem bestimmten Land zu verkaufen, die Höhe der bisher von ihr in diesem Land allenfalls aufgenommenen Finanzmittel, die Höhe der früher in anderen Ländern aufgenommenen Finanzmittel sowie die mögliche Verfügbarkeit von Mitteln in diesen anderen Ländern in Erwägung zieht und auf den allgemeinen Grundsatz gebührend Rücksicht nimmt, dass die von ihr aufgenommenen Finanzmittel in grösstmöglichem Masse auf die Kapitalgeber-Länder verteilt sein sollen.
- ii) von der Bank ausgegebene oder garantierte Wertpapiere oder solche, in welchen sie Mittel angelegt hat, zu kaufen und zu verkaufen, stets vorausgesetzt, dass sie die Zustimmung des Landes erhalten hat, auf dessen Gebiet die Wertpapiere gekauft oder verkauft werden sollen;
- iii) Wertpapiere, in denen sie Mittel angelegt hat, zu garantieren, um ihren Verkauf zu erleichtern;

- iv) allein oder mit anderen eine Übernahmegarantie für Wertpapiere zu übernehmen, die von einer Körperschaft oder einer Unternehmung für Zwecke ausgegeben werden, die mit den Zielen der Bank übereinstimmen;
- v) Mittel, die sie für die Geschäftstätigkeit nicht benötigt in den Gebieten der Mitglieder, nach ihrem Ermessen in bestimmten Obligationen der Mitgliedstaaten oder deren Staatsangehörigen anzulegen sowie im Besitz der Bank befindliche, für Pensionen oder ähnliche Zwecke bestimmte Mittel in den Gebieten der Mitglieder in marktfähigen Wertpapieren anzulegen, die von Mitgliedstaaten oder deren Staatsangehörigen ausgegeben werden;
- vi) technische Beratung und Hilfe zu gewähren, die ihrem Zweck dienen und in ihren Aufgabenbereich fallen; sind die bei der Leistung derartiger Dienste entstandenen Ausgaben nicht rückzahlbar, so gehen sie zu Lasten der Nettoeinnahmen der Bank; in den ersten fünf (5) Jahren ihrer Geschäftstätigkeit kann die Bank bis zu zwei (2) Prozent ihres einbezahlten Kapitals für derartige Dienstleistungen ohne Rückzahlung verwenden;
- vii) in Einklang mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens alle anderen Befugnisse auszuüben sowie Vorschriften und Regelungen zu erlassen, die zur Förderung ihres Zweckes und ihrer Aufgaben nötig oder zweckmässig sind.

Artikel 22

Auf Wertpapiere zu setzender Vermerk

Jedes durch die Bank ausgegebene oder garantierte Wertpapier hat auf seiner Vorderseite einen deutlich sichtbaren Vermerk zu tragen, dass es sich nicht um eine Verbindlichkeit einer Regierung handelt, es sei denn, es handelt sich tatsächlich um eine Verbindlichkeit einer bestimmten Regierung.

Kapitel V: Währungen

Artikel 23

Feststellung der Konvertierbarkeit

Wird es auf Grund dieses Übereinkommens notwendig, zu entscheiden, ob eine Währung konvertierbar ist, so wird die Bank diesen Entscheid nach Konsultation mit dem Internationalen Währungsfonds treffen.

Artikel 24

Verwendung von Währungen

1. Die Mitglieder dürfen keine Beschränkungen beibehalten oder einführen, welche die Bank oder einen Empfänger der Bank daran hindern, für Zahlungen in irgendeinem Land folgende Mittel zu halten oder zu verwenden:

- i) Gold oder konvertierbare Währungen, die die Bank als Einzahlungen auf Zeichnungen ihres Stammkapitals erhielt, mit Ausnahme der Einzahlungen, die von Mitgliedern gemäss Artikel 6 Absatz 2 (b) erfolgen und gemäss Absatz 2 i) und ii) des vorliegenden Artikels einer Beschränkung unterliegen;
- ii) Währungen von Mitgliedern, die mit den in der vorstehenden Ziffer erwähnten Goldbeständen oder konvertierbaren Währungen angekauft wurden;
- iii) Währungen, die von der Bank gemäss Artikel 21 i) dieses Übereinkommens durch Kreditaufnahme zur Einbeziehung in ihre ordentlichen Kapitalmittel erworben wurden;
- iv) Gold oder Währungen, die die Bank als Kapitalrückzahlungen, Zinsen, Dividenden oder andere Spesen im Zusammenhang mit Darlehen oder Kapitalanlagen, welche mit den in Ziffern i) bis iii) dieses Absatzes erwähnten Mitteln erfolgten, oder die sie als Gebühren für von der Bank übernommene Garantien erhält, und
- v) andere Währungen als die des Mitglieds, welche das Mitglied von der Bank bei Verteilung des Reingewinns der Bank gemäss Artikel 40 des Abkommens erhält.

2. Die Mitglieder dürfen keine Beschränkungen aufrechterhalten oder einführen, welche die Bank oder einen Empfänger der Bank daran hindern, für Zahlungen in irgendeinem Land die Währungen eines Mitglieds, die die Bank erhalten hat und die nicht unter die Bestimmungen des vorerwähnten Absatzes fallen, zu verwenden oder zu halten, es sei denn,

- i) ein in Entwicklung befindliches Mitgliedland beschränkt nach Beratung mit der Bank und vorbehaltlich periodischer Überprüfung durch diese die Verwendung seiner Währung ganz oder teilweise für Zahlungen für Güter oder Dienstleistungen, die in seinem Gebiet erzeugt werden und zur dortigen Verwendung bestimmt sind, oder
- ii) ein Mitglied, dessen Zeichnungsbetrag in Teil A des Anhanges A zu diesem Abkommen festgelegt worden ist und dessen Ausfuhr an Industrieerzeugnissen keinen bedeutenden Teil seiner Gesamtausfuhr ausmacht, hinterlegt zusammen mit seiner Ratifikations- oder Annahmeerkunde eine Erklärung, wonach es die Verwendung des gemäss Artikel 6 Absatz 2 (b) einbezahlten Teiles seiner Zeichnung ganz oder teilweise für Zahlungen für in seinem Gebiet erzeugte Güter oder erbrachte Dienstleistungen zu beschränken wünscht; dies mit der Massgabe, dass solche Beschränkungen periodischen Überprüfungen durch und Konsultationen mit der Bank unterliegen und dass unter Vorbehalt der üblichen Ausschreibung auf Wettbewerbsbasis Ausgaben für Güter oder Dienstleistungen im Gebiet des betreffenden Mitglieds zuerst dem gemäss Artikel 6 Absatz 2 (b) einbezahlten Teil seiner Zeichnung belastet werden sollen, oder
- iii) eine solche Währung gehört zu den gemäss Artikel 19 Absatz 1 ii) verfügbaren Sonderfondsmitteln der Bank, und ihre Verwendung unterliegt besonderen Regeln und Vorschriften.

3. Die Mitglieder dürfen keine Beschränkungen aufrechterhalten oder einführen in bezug auf den Besitz und die Verwendung von Währungen durch die Bank, mit welchen sie Amortisationen oder Vorauszahlungen oder vollständige oder teilweise Rückkäufe ihrer Verbindlichkeiten vornehmen will, und welche die Bank als Rückzahlung auf direkten, aus ihren ordentlichen Kapitalbeständen gewährten Darlehen erhalten hat; dies jedoch mit der Massgabe, dass dieser Besitz oder diese Verwendung bis zu dem Zeitpunkt, in dem das gezeichnete abrufbare Stammkapital der Bank voll abgerufen ist, allen gemäss Absatz 2 Ziffer i) dieses Artikels auferlegten Beschränkungen unterliegt, ausgenommen in bezug auf Verbindlichkeiten, die in der Währung des betreffenden Mitglieds zahlbar sind.

4. Gold oder Währungen im Besitz der Bank werden von ihr nicht zum Kauf anderer Währungen von Mitgliedern oder Nichtmitgliedern verwendet, es sei denn,

- i) um die Verpflichtungen der Bank im ordentlichen Geschäftsbetrieb zu erfüllen oder
- ii) nach einem mit den Stimmen von Direktoren, die dabei mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertreten, gefassten Beschluss des Direktoriums.

5. Keine hier angeführte Bestimmung hindert die Bank daran, die Währung eines Mitglieds für Verwaltungsausgaben zu verwenden, die der Bank auf dem Gebiet dieses Mitglieds erwachsen sind.

Artikel 25

Aufrechterhaltung des Wertes der Währungsbestände der Bank

1. Wenn

- a) im Internationalen Währungsfonds die Parität der Währung eines Mitglieds im Verhältnis zu dem in Artikel 4 definierten Dollar herabgesetzt wird oder
- b) die Bank nach Konsultation mit dem Internationalen Währungsfonds der Ansicht ist, dass der Devisenwert der Währung eines Mitglieds in beträchtlichem Masse gesunken ist,

so hat dieses Mitglied an die Bank innerhalb einer angemessenen Frist denjenigen zusätzlichen Betrag seiner Währung einzuzahlen, der erforderlich ist, um den Wert aller im Besitz der Bank befindlichen Bestände in dieser Währung aufrechtzuerhalten; mit Ausnahme

- a) von Währungsbeständen der Bank, die aus den von ihr aufgenommenen Krediten herrühren, und
- b) der von der Bank nach Artikel 19 Absatz 1 Ziffer ii) übernommenen Sondermittel, sofern die Abkommen über die Errichtung von Sonderfonds nicht etwas anderes vorsehen.

2. Wenn

- a) im Internationalen Währungsfonds die Parität der Währung eines Mitglieds im Verhältnis zu dem genannten Dollar erhöht wird oder

- b) die Bank nach Konsultation mit dem Internationalen Währungsfonds der Ansicht ist, dass der Devisenwert der Währung eines Mitglieds in beträchtlichem Masse gestiegen ist,

so zahlt die Bank diesem Mitglied innerhalb einer angemessenen Frist denjenigen Betrag dieser Währung aus, der erforderlich ist, um den Wert aller im Besitz der Bank befindlichen Bestände in dieser Währung zu berichtigen; mit Ausnahme

- a) von Währungsbeständen der Bank, die aus den von ihr aufgenommenen Krediten herrühren,
b) der von der Bank nach Artikel 19 Absatz 1 Ziffer ii) übernommenen Sondermittel, sofern die Abkommen über die Errichtung von Sonderfonds nicht etwas anderes vorsehen.

3. Die Bank kann auf die Anwendung dieses Artikels verzichten, wenn sich die Parität der Währungen aller ihrer Mitglieder einheitlich im gleichen Verhältnis ändert.

Kapitel VI: Organisation und Geschäftsführung

Artikel 26

Aufbau

Die Bank soll einen Gouverneursrat, ein Direktorium, einen Präsidenten, einen oder mehrere Vizepräsidenten und die als notwendig erachteten Beamten und Angestellten haben.

Artikel 27

Der Gouverneursrat: Zusammensetzung

1. Jedes Mitglied ist im Gouverneursrat vertreten und ernennt einen Gouverneur und einen Stellvertreter. Jeder Gouverneur und jeder Stellvertreter bleibt im Amt, solange ihn das Mitglied, das ihn ernannt hat, nicht abberuft. Stellvertreter nehmen nur bei Abwesenheit ihres Gouverneurs an der Abstimmung teil. An seiner Jahrestagung bestimmt der Rat einen der Gouverneure zum Vorsitzenden, der bis zur Wahl des nächsten Vorsitzenden und bis zur nächsten Jahresversammlung des Rates im Amt bleibt.

2. Die Gouverneure und Stellvertreter erhalten kein Entgelt von der Bank, aber sie kann ihnen angemessene Spesen für die Teilnahme an den Sitzungen vergüten.

Artikel 28

Der Gouverneursrat: Befugnisse

1. Alle Befugnisse der Bank stehen dem Gouverneursrat zu.

2. Der Gouverneursrat kann seine Befugnisse ganz oder teilweise dem Direktorium übertragen, jedoch mit Ausnahme der Befugnis,

- i) neue Mitglieder aufzunehmen und die Bedingungen für ihre Aufnahme festzusetzen,
- ii) das genehmigte Stammkapital der Bank zu erhöhen oder herabzusetzen,
- iii) ein Mitglied zu suspendieren,
- iv) über Berufungen gegen die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens durch das Direktorium zu entscheiden,
- v) den Abschluss allgemeiner Übereinkünfte über die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen zu genehmigen,
- vi) die Direktoren und den Präsidenten der Bank zu wählen,
- vii) die Bezüge der Direktoren und ihrer Stellvertreter sowie das Gehalt und die sonstigen Bedingungen des Dienstvertrags des Präsidenten festzusetzen,
- viii) nach einer Prüfung des Berichts der Rechnungsrevisoren die allgemeine Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Bank zu genehmigen,
- ix) über die Reserven und die Verteilung des Reingewinnes der Bank zu befinden,
- x) dieses Übereinkommen zu ändern,
- xi) die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank und die Verteilung ihrer Vermögenswerte zu beschliessen,
- xii) alle sonstigen Befugnisse auszuüben, die im Übereinkommen ausdrücklich dem Gouverneursrat übertragen sind.

3. Der Gouverneursrat behält volle Weisungsbefugnis in allen nach Absatz 2 dem Direktorium übertragenen Angelegenheiten.

4. Für die Zwecke dieses Übereinkommens kann der Gouverneursrat mit den Stimmen von zwei Dritteln aller Gouverneure, die dabei mindestens drei Viertel der Stimmrechte der Mitglieder vertreten, von Zeit zu Zeit und unter Berücksichtigung angemessener wirtschaftlicher Erwägungen bestimmen, welche Länder oder Mitglieder der Bank als entwickelte oder als in Entwicklung befindliche Länder oder Mitglieder anzusehen sind.

Artikel 29

Der Gouverneursrat: Verfahren

1. Der Gouverneursrat hält eine Jahresversammlung sowie weitere Versammlungen ab, soweit solche von ihm vorgesehen oder vom Direktorium einberufen werden. Das Direktorium hat eine Versammlung des Gouverneursrats anzusetzen, wenn dies von fünf (5) Mitgliedern der Bank verlangt wird.

2. Der Gouverneursrat ist beschlussfähig, wenn an einer Sitzung eine Mehrheit der Gouverneure anwesend ist, die mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmzahl der Mitglieder vertritt.

3. Der Gouverneursrat kann durch ein Reglement ein Verfahren festlegen, wonach das Direktorium, wenn es dies für angezeigt erachtet, eine Abstimmung der Gouverneure über eine bestimmte Frage durchführen kann, ohne eine Versammlung des Gouverneursrates einzuberufen.

4. Der Gouverneursrat und, soweit dazu ermächtigt, das Direktorium, können Hilfsorgane einsetzen, soweit dies für die Führung der Geschäfte der Bank erforderlich oder zweckmässig ist.

Artikel 30

Das Direktorium: Zusammensetzung

1. i) Das Direktorium setzt sich aus zehn (10) Mitgliedern, die nicht dem Gouverneursrat angehören dürfen, zusammen, von denen

- a) sieben (7) von den die regionalen Mitglieder vertretenden Gouverneuren und
- b) drei (3) von den die nichtregionalen Mitglieder vertretenden Gouverneuren gewählt werden.

Zu Direktoren sollen hochqualifizierte Wirtschafts- und Finanzfachleute nach Massgabe von Anhang B gewählt werden.

ii) An der zweiten Jahresversammlung des Gouverneursrats nach seiner Eröffnungsversammlung überprüft der Gouverneursrat Umfang und Zusammensetzung des Direktoriums und erhöht die Zahl der Direktoren, soweit er dies für angebracht hält, wobei er besonders darauf achtet, ob es unter den dann vorliegenden Umständen wünschenswert ist, die Vertretung kleinerer, weniger entwickelter Mitgliedstaaten im Direktorium zu erhöhen. Beschlüsse auf Grund dieses Absatzes sollen mit den Stimmen der Mehrheit aller Gouverneure gefasst werden, die dabei mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten.

2. Jeder Direktor ernennt einen Stellvertreter, der Vollmacht hat, in seiner Abwesenheit für ihn zu handeln. Die Direktoren und ihre Stellvertreter müssen Angehörige von Mitgliedstaaten sein. Es dürfen nicht mehr als je ein Direktor und je ein Stellvertreter dieselbe Staatsangehörigkeit haben. Stellvertreter dürfen an den Sitzungen des Direktoriums teilnehmen, sind jedoch nur dann stimmberechtigt, wenn sie an Stelle ihres Direktors handeln.

3. Die Direktoren bleiben zwei (2) Jahre im Amt und können wiedergewählt werden. Sie bleiben im Amt, bis ihre Nachfolger bestimmt und ernannt sind. Wird die Stelle eines Direktors mehr als hundertachtzig (180) Tage vor dem Ablauf seiner Amtszeit frei, so ist gemäss Anhang B zu diesem Übereinkommen von den Gouverneuren, die den früheren Direktor wählten, für den Rest der Amtszeit ein Nachfolger zu bestimmen. Für diese Wahl ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen dieser Gouverneure erforderlich. Wird die Stelle eines Direktors hundertachtzig (180) oder weniger Tage vor Ablauf seiner Amtszeit frei, kann für den Rest der Amtszeit von den Gouverneuren, die den früheren Direktor wählten, in gleicher Weise ein Nachfolger bestimmt werden, wobei für diese Wahl eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen dieser Gouverneure erforderlich ist. Während der Vakanz übt der Stellvertreter des früheren Direktors dessen Befugnisse aus, mit Ausnahme derjenigen zur Ernennung eines Stellvertreters.

Artikel 31

Das Direktorium: Befugnisse

Das Direktorium ist für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Bank verantwortlich und übt zu diesem Zwecke neben den ihm in diesem Übereinkommen ausdrücklich zugewiesenen Befugnissen alle ihm vom Gouverneursrat übertragenen Befugnisse aus und hat insbesondere

- i) die Arbeit des Gouverneursrats vorzubereiten,
- ii) in Übereinstimmung mit den allgemeinen Weisungen des Gouverneursrats Entscheide über Darlehen, Garantien, Anlagen in Beteiligungskapital, Kreditaufnahmen durch die Bank, die Bereitstellung technischer Hilfe und die sonstige Geschäftstätigkeit der Bank zu treffen,
- iii) dem Gouverneursrat an jeder Jahresversammlung den Rechnungsabschluss für das Geschäftsjahr zur Genehmigung vorzulegen,
- iv) das Budget der Bank zu genehmigen.

Artikel 32

Das Direktorium: Verfahren

1. Das Direktorium übt normalerweise seine Tätigkeit am Hauptsitz der Bank aus; es tritt so oft zusammen, als es die Geschäfte der Bank erfordern.

2. Für die Beschlussfähigkeit des Direktoriums ist die Anwesenheit einer Mehrheit der Direktoren erforderlich, vorausgesetzt, dass diese Mehrheit mindestens zwei Drittel der gesamten Stimmrechte der Mitglieder vertritt.

3. Der Gouverneursrat erlässt ein Reglement, gemäss welchem ein Mitglied einen Vertreter zur Teilnahme ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Direktoriums entsenden kann, wenn eine dieses Mitglied besonders berührende Angelegenheit behandelt wird, aber keiner der Direktoren dessen Staatsangehörigkeit besitzt.

Artikel 33

Abstimmung

1. Die Gesamtstimmenzahl eines Mitglieds setzt sich aus seinen Grundstimmen und seinen Proportionalstimmen zusammen.

- i) Die Anzahl der Grundstimmen jedes Mitglieds ergibt sich aus der gleichmässigen Verteilung auf alle Mitglieder von zwanzig (20) Prozent der Summe der Grundstimmen und Proportionalstimmen aller Mitglieder.
- ii) Die Zahl der Proportionalstimmen jedes Mitglieds ist gleich der Zahl der Anteile am Stammkapital der Bank, die das betreffende Mitglied besitzt.

2. Bei Abstimmungen im Gouverneursrat ist jeder Gouverneur berechtigt, die Stimmen des von ihm vertretenen Mitglieds abzugeben. Sofern in diesem Übereinkommen nicht ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, wird über alle dem Gouverneursrat vorliegenden Angelegenheiten mit einer Mehrheit der an der Sitzung vertretenen Stimmen entschieden.

3. Bei Abstimmungen im Direktorium ist jeder Direktor berechtigt, jene Zahl von Stimmen abzugeben, die für seine Wahl zählen; diese Stimmen brauchen nicht als Block abgegeben zu werden. Sofern in diesem Übereinkommen nicht ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, wird über alle dem Direktorium vorliegenden Angelegenheiten mit einer Mehrheit der an der Sitzung vertretenen Stimmen entschieden.

Artikel 34

Der Präsident

1. Der Gouverneursrat wählt mit den Stimmen der Mehrheit aller Gouverneure, die mindestens eine Mehrheit der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten, einen Präsidenten der Bank. Er muss Staatsangehöriger eines regionalen Mitgliedstaates sein. Der Präsident darf während seiner Amtszeit weder Gouverneur noch Direktor, noch Stellvertreter sein.

2. Die Amtszeit des Präsidenten beträgt fünf (5) Jahre. Er kann wiedergewählt werden. Er wird jedoch seines Amtes enthoben, wenn der Gouverneursrat dies mit einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der Gesamtzahl der Gouverneure, die mindestens zwei Drittel der gesamten Stimmrechte der Mitglieder vertreten, beschliesst. Wird die Stelle des Präsidenten aus irgendeinem Grunde mehr als hundertachtzig (180) Tage vor Ablauf seiner Amtszeit frei, so ist vom Gouverneursrat ein Nachfolger für den nicht abgelaufenen Teil der Amtszeit gemäss den Bestimmungen von Absatz 1 dieses Artikels zu wählen. Wird diese Stelle aus irgendeinem Grunde hundertachtzig (180) oder weniger Tage vor Ablauf der Amtszeit frei, so kann für den nicht abgelaufenen Teil der Amtszeit vom Gouverneursrat in gleicher Weise ein Nachfolger gewählt werden.

3. Der Präsident ist Vorsitzender des Direktoriums, hat jedoch, ausser der entscheidenden Stimme bei Stimmengleichheit, kein Stimmrecht. Er kann an den Sitzungen des Gouverneursrates ohne Stimmrecht teilnehmen.

4. Der Präsident ist der gesetzliche Vertreter der Bank.

5. Der Präsident ist Vorgesetzter des Personals der Bank und führt unter der Leitung des Direktoriums die laufenden Geschäfte der Bank. Er ist für die Organisation sowie für die Einstellung und Entlassung der Beamten und Angestellten gemäss den vom Direktorium beschlossenen Satzungen verantwortlich.

6. Bei der Einstellung des Personals hat der Präsident unter Berücksichtigung des obersten Erfordernisses, der Sicherung eines Höchstmasses an Leistungsfähigkeit und fachlichem Können, gebührend darauf zu achten, dass die Auswahl des Personals auf möglichst breiter regionaler geographischer Grundlage erfolgt.

Artikel 35

Vizepräsident(en)

1. Das Direktorium ernennt auf Empfehlung des Präsidenten einen oder mehrere Vizepräsidenten. Die Amtszeit, die Befugnisse und die Aufgaben jedes Vizepräsidenten in der Verwaltung der Bank werden vom Direktorium bestimmt. Bei Abwesenheit oder Verhinderung des Präsidenten übt der Vizeprä-

sident oder – bei mehr als einem Vizepräsidenten – der rangälteste Vizepräsident die Befugnisse des Präsidenten aus und erfüllt dessen Aufgaben.

2. Jeder Vizepräsident kann an Sitzungen des Direktoriums ohne Stimmrecht teilnehmen; wenn jedoch der Vizepräsident – oder der rangälteste Vizepräsident – anstelle des Präsidenten handelt, so gibt er die entscheidende Stimme ab.

Artikel 36

Verbot politischer Betätigung:

Internationaler Charakter der Bank

1. Die Bank nimmt weder Darlehen noch Unterstützung an, die in irgendeiner Weise ihren Zweck oder ihre Aufgaben beeinträchtigen, beschränken, einseitig beeinflussen oder anderweitig ändern könnten.

2. Die Bank, ihr Präsident, ihr(e) Vizepräsident(en), ihre Beamten und Angestellten dürfen sich weder in die politischen Angelegenheiten eines Mitglieds einmischen noch sich bei ihren Entscheidungen von der politischen Richtung des betreffenden Mitglieds beeinflussen lassen. Für ihre Entscheidungen dürfen nur wirtschaftliche Überlegungen massgebend sein. Diese Überlegungen werden unparteiisch gegeneinander abgewogen, um Zweck und Aufgaben der Bank erreichen und durchführen zu können.

3. Der Präsident, der (die) Vizepräsident(en) sowie die Beamten und Angestellten der Bank sind bei Erfüllung ihrer Dienstpflichten nur der Bank und keiner anderen Stelle verantwortlich. Jedes Mitglied der Bank achtet den internationalen Charakter dieser Verpflichtung und unterlässt jeden Versuch, diese Personen bei Ausübung ihrer Pflichten zu beeinflussen.

Artikel 37

Geschäftsstelle der Bank

1. Die Hauptgeschäftsstelle der Bank befindet sich in Manila, Philippinen.
2. Die Bank kann anderswo Neben- oder Zweigstellen errichten.

Artikel 38

Verbindungsstelle, Hinterlegungsstellen

1. Jedes Mitglied bezeichnet eine zuständige amtliche Stelle, mit der die Bank in jeder aus diesem Übereinkommen sich ergebenden Angelegenheit in Verbindung treten kann.

2. Jedes Mitglied bezeichnet seine Zentralbank oder eine andere mit der Bank vereinbarte Stelle als Hinterlegungsstelle, in der die Bank ihre Bestände der Währung des betreffenden Mitglieds sowie andere ihr gehörende Vermögenswerte unterhalten kann.

Artikel 39

Arbeitssprache, Berichte

1. Die Arbeitssprache der Bank ist Englisch.
2. Die Bank übermittelt ihren Mitgliedern einen Jahresbericht mit einer geprüften Jahresrechnung und veröffentlicht diesen. Sie übermittelt ihren Mitgliedern ferner vierteljährlich eine zusammengefasste Übersicht über ihre finanzielle Lage sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung, aus denen die Ergebnisse ihrer Geschäftstätigkeit hervorgehen.
3. Die Bank kann ausserdem weitere Berichte veröffentlichen, soweit sie dies für die Erfüllung ihres Zwecks und ihrer Aufgaben für wünschenswert hält. Diese Berichte werden den Mitgliedern der Bank übermittelt.

Artikel 40

Verteilung der Reineinnahmen

1. Der Gouverneursrat bestimmt jährlich, welcher Teil der Reineinnahmen der Bank, einschliesslich der Reineinnahmen der Sonderfonds, nach Vorsorge für die Reserven als Überschuss vorgetragen und welcher Teil, wenn überhaupt, an die Mitglieder ausgeschüttet wird.
2. Die Ausschüttung nach dem vorstehenden Absatz erfolgt im Verhältnis der Anteile jedes Mitglieds.
3. Der Gouverneursrat bestimmt die Art und Weise sowie die Währung, in der die Zahlungen erfolgen.

**Kapitel VII: Austritt und Suspendierung von Mitgliedern;
vorübergehende Einstellung und Beendigung der
Geschäftstätigkeit der Bank**

Artikel 41

Austritt

1. Ein Mitglied kann jederzeit aus der Bank austreten, indem es ihrer Hauptgeschäftsstelle eine schriftliche Anzeige zugehen lässt.
2. Der Austritt eines Mitglieds wird wirksam, und seine Mitgliedschaft erlischt zu dem in der Anzeige angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch sechs (6) Monate nach Eingang der Anzeige bei der Bank. Bevor der Austritt endgültig wirksam wird, kann das Mitglied jedoch der Bank jederzeit schriftlich bekanntgeben, dass es die Anzeige über den beabsichtigten Austritt zurücknimmt.
3. Ein austretendes Mitglied hat weiterhin für alle unmittelbaren und Eventualverbindlichkeiten gegenüber der Bank, für die es am Tage der Zustellung

der Austrittsanzeige haftbar war, einzustehen. Wird der Austritt endgültig wirksam, so entsteht dem Mitglied keine Haftung für Verbindlichkeiten, die sich aus Geschäften der Bank ergeben, die sie nach Eingang der Austrittsanzeige vorgenommen hat.

Artikel 42

Suspendierung der Mitgliedschaft

1. Kommt ein Mitglied einer seiner Verpflichtungen gegenüber der Bank nicht nach, so kann der Gouverneursrat dieses Mitglied mit den Stimmen von zwei Dritteln aller Gouverneure, die dabei mindestens drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten, suspendieren.

2. Das so suspendierte Mitglied verliert seine Mitgliedschaft in der Bank automatisch ein (1) Jahr nach dem Zeitpunkt der Suspendierung, sofern nicht der Gouverneursrat innerhalb dieser Frist mit der gleichen für die Suspendierung erforderlichen Mehrheit beschließt, das Mitglied wieder in seine Mitgliedschaftsrechte einzusetzen.

3. Während der Suspendierung kann das Mitglied keine Rechte aus diesem Übereinkommen mit Ausnahme des Austrittsrechts ausüben; doch bleibt es allen seinen Verpflichtungen unterworfen.

Artikel 43

Abrechnung

1. Nach dem Zeitpunkt, an dem die Mitgliedschaft eines Staates erlischt, haftet er weiterhin für seine unmittelbaren Verpflichtungen und seine Eventualverbindlichkeiten gegenüber der Bank, solange ein Teil der vor dem Erlöschen seiner Mitgliedschaft gewährten Darlehen oder Garantien aussteht; ihm entstehen jedoch keine Verbindlichkeiten in bezug auf später von der Bank gewährte Darlehen und Garantien, noch ist er an den Einnahmen oder den Ausgaben der Bank beteiligt.

2. Im Zeitpunkt des Erlöschens der Mitgliedschaft eines Staates trifft die Bank im Rahmen der Abrechnung mit ihm nach den Absätzen 3 und 4 Vorkehrungen für den Rückkauf seiner Anteile durch die Bank. Zu diesem Zwecke gilt als Rückkaufspreis der Anteile der am Tage des Erlöschens der Mitgliedschaft des betreffenden Staates in den Büchern der Bank ausgewiesene Wert.

3. Die Bezahlung der durch die Bank auf Grund dieses Artikels zurückgekauften Anteile erfolgt zu den nachstehenden Bedingungen:

- i) Die dem betreffenden Staat für seine Anteile geschuldeten Beträge werden zurückbehalten, solange der Staat, seine Zentralbank oder eine seiner Stellen, Einrichtungen oder Gebietskörperschaften als Kreditnehmer oder Bürge der Bank haftbar ist; die Beträge können nach Wahl der Bank bei Fälligkeit zur Deckung dieser Verbindlichkeiten verwendet werden. Es werden keine Beträge für die Eventualverbindlichkeit des Staates für künftige Ab-

rufe auf Grund seiner Zeichnung von Anteilen nach Artikel 6 Absatz 5 zurückbehalten. In keinem Fall wird an ein Mitglied ein für dessen Anteile geschuldeter Betrag vor Ablauf von sechs (6) Monaten nach dem Zeitpunkt, an welchem die Mitgliedschaft des Landes erlischt, ausbezahlt.

- ii) Zahlungen für Anteile können von Zeit zu Zeit gegen Übergabe der entsprechenden Kapitalanteilscheine durch den betreffenden Staat geleistet werden, und zwar bis zu jenem Betrag, um den der als Rückkaufspreis nach Absatz 2 geschuldete Betrag die unter Ziffer i) bezeichneten Gesamtverbindlichkeiten für Darlehen und Garantien übersteigt, bis das frühere Mitglied den vollen Rückkaufspreis erhalten hat.
- iii) Die Zahlungen erfolgen in jener verfügbaren Währung, die die Bank unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Lage bestimmt.
- iv) Erleidet die Bank für Garantien oder auf Darlehen, die im Zeitpunkt des Erlöschens der Mitgliedschaft eines Staates ausstünden, Verluste, welche die zu diesem Zeitpunkt für Verluste vorhandene Reserve übersteigen, so zahlt der betreffende Staat auf Verlangen den Betrag zurück, um den der Rückkaufspreis für seine Anteile gekürzt worden wäre, wenn der Verlust bei der Bestimmung des Rückkaufspreises berücksichtigt worden wäre. Darüber hinaus haftet das frühere Mitglied weiterhin für alle Abrufe auf Grund uneinbezahlter Zeichnungen nach Artikel 6 Absatz 5 in der gleichen Höhe, in der es hätte beitragen müssen, wenn die Kapitalminderung und der Abruf zu dem Zeitpunkt erfolgt wären, als der Rückkaufspreis für seine Anteile bestimmt wurde.

4. Stellt die Bank binnen sechs (6) Monaten nach Erlöschen der Mitgliedschaft eines Staates ihre Geschäftstätigkeit nach Artikel 45 dieses Übereinkommens ein, so bestimmen sich alle Rechte dieses Staates nach den Artikeln 45 bis 47. Er gilt im Sinne dieser Artikel noch als Mitglied, hat jedoch kein Stimmrecht.

Artikel 44

Vorübergehende Einstellung der Geschäftstätigkeit

Im Notfall kann das Direktorium die Geschäftstätigkeit in bezug auf neue Darlehen und Garantien vorübergehend einstellen, bis sich für den Gouverneursrat Gelegenheit gibt, weitere Beratungen anzustellen und Massnahmen zu treffen.

Artikel 45

Beendigung der Geschäftstätigkeit

1. Die Bank kann ihre Geschäftstätigkeit durch eine Entschliessung des Gouverneursrats beenden, deren Annahme der Stimmen von zwei Dritteln der Gouverneure bedarf, die mindestens drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten.

2. Nach dieser Beendigung stellt die Bank sofort ihre gesamte Tätigkeit mit Ausnahme derjenigen Arbeiten ein, welche die ordnungsgemässe Verwertung, Sicherstellung und Erhaltung ihrer Vermögenswerte und die Regelung ihrer Verbindlichkeiten betreffen.

Artikel 46

Haftung der Mitglieder und Begleichung von Forderungen

1. Bei einer Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank bleibt die Haftung aller Mitglieder für nicht abgerufene Zeichnungen auf das Stammkapital der Bank und für die Abwertung ihrer Währung bestehen, bis alle Forderungen von Gläubigern einschliesslich der Eventualforderungen beglichen sind.

2. Alle Gläubiger mit direkten Forderungen werden zuerst aus den Vermögenswerten der Bank und sodann aus Zahlungen an die Bank für uneinbezahlte oder abrufbare Zeichnungen bezahlt. Bevor Zahlungen an Gläubiger mit direkten Forderungen geleistet werden, trifft das Direktorium alle nach seiner Ansicht notwendigen Vorkehrungen, um eine pro rata Verteilung auf Gläubiger mit unmittelbaren und mit Eventualforderungen zu sichern.

Artikel 47

Verteilung der Vermögenswerte

1. Eine Verteilung von Vermögenswerten an die Mitglieder auf Grund ihrer Zeichnungen auf das Stammkapital der Bank erfolgt erst, wenn alle Verbindlichkeiten gegenüber Gläubigern erfüllt sind oder hierfür Vorsorge getroffen ist. Überdies muss die Verteilung vom Gouverneursrat mit den Stimmen von zwei Dritteln aller Gouverneure genehmigt werden, die mindestens drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten.

2. Die Verteilung der Vermögenswerte der Bank an die Mitglieder erfolgt im Verhältnis zu dem im Besitz jedes Mitglieds befindlichen Stammkapitals und ist zu jenen Zeitpunkten und Bedingungen vorzunehmen, die der Bank gerecht und billig erscheinen. Die verteilten Vermögensanteile brauchen hinsichtlich ihrer Art nicht einheitlich zu sein. Ein Mitglied hat erst dann Anspruch auf seinen Anteil an dieser Verteilung der Vermögenswerte, wenn es alle seine Verbindlichkeiten gegenüber der Bank geregelt hat.

3. Jedes Mitglied, das Vermögenswerte erhält, die auf Grund dieses Artikels verteilt werden, geniesst hinsichtlich dieser Vermögenswerte dieselben Rechte, die der Bank vor der Verteilung zustanden.

Kapitel VIII: Rechtsstellung, Immunitäten, Befreiungen und Vorrechte

Artikel 48

Zweck dieses Kapitels

Um es der Bank zu ermöglichen, in wirksamer Weise ihren Zweck zu erfüllen und die ihr übertragenen Aufgaben durchzuführen, werden ihr im Gebiet jedes Mitglieds die Rechtsstellung, die Immunitäten, die Befreiungen und die Vorrechte, die in diesem Kapitel angeführt sind, eingeräumt.

Artikel 49

Rechtsstellung

Die Bank besitzt volle Rechtspersönlichkeit und insbesondere die uneingeschränkte Fähigkeit,

- i) Verträge zu schliessen,
- ii) unbewegliches und bewegliches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen sowie
- iii) gerichtliche Verfahren anhängig zu machen.

Artikel 50

Immunität von der Gerichtsbarkeit

1. Die Bank geniesst Immunität von jeder Form von Gerichtsverfahren ausser in Fällen, die sich aus oder in Verbindung mit der Ausübung ihrer Befugnisse zur Kreditaufnahme, zur Garantierung von Schuldverschreibungen oder zum Kauf, zum Verkauf oder zur Garantierung des Verkaufs von Wertpapieren ergeben; in diesen Fällen können gegen die Bank Klagen, und zwar vor dem zuständigen Gericht im Gebiet jenes Staates erhoben werden, in dem die Bank ihre Hauptgeschäftsstelle oder eine Zweigstelle besitzt oder einen Vertreter für die Entgegennahme gerichtlicher Urkunden ernannt oder Wertpapiere ausgegeben oder garantiert hat.

2. Ungeachtet des Absatzes 1 können Klagen gegen die Bank weder von Mitgliedern, deren Stellen oder Einrichtungen noch von Körperschaften oder Personen erhoben werden, die direkt oder indirekt für Mitglieder, deren Stellen oder Einrichtungen handeln oder Forderungen von diesen ableiten. Die Mitglieder nehmen für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen ihnen und der Bank die besonderen Verfahren in Anspruch, die in diesem Übereinkommen, in der Satzung und den Reglementen der Bank oder in den mit der Bank geschlossenen Verträgen vorgeschrieben sind.

3. Das Eigentum und die Vermögenswerte der Bank, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, geniessen Immunität von jeder Form der Beschlagnahme, Pfändung oder Vollstreckung, solange nicht ein Endurteil gegen die Bank ergangen ist.

Artikel 51

Immunität der Vermögenswerte

Das Eigentum und die Vermögenswerte der Bank, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, geniessen Immunität von Durchsuchung, Einziehung, Beschlagnahme, Enteignung oder jeder anderen Form der Wegnahme oder Zwangsvollstreckung auf dem Verwaltungs- oder Gesetzgebungswege.

Artikel 52

Immunität der Archive

Die Archive der Bank und ganz allgemein alle ihr gehörenden oder in ihrem Besitz befindlichen Schriftstücke sind, gleichgültig wo sie sich befinden, unverletzlich.

Artikel 53

Befreiung der Vermögenswerte von Beschränkungen

Soweit die wirksame Erfüllung des Zwecks und der Aufgaben der Bank dies erfordert und vorbehältlich der Bestimmungen dieses Übereinkommens sind das gesamte Eigentum und alle Vermögenswerte der Bank von Beschränkungen, Verwaltungsvorschriften, Kontrollen und Moratorien jeder Art befreit.

Artikel 54

Vorrecht für den Nachrichtenverkehr

Jedes Mitglied behandelt den amtlichen Nachrichtenverkehr der Bank nicht weniger günstig als den amtlichen Nachrichtenverkehr anderer Mitglieder.

Artikel 55

Immunitäten und Vorrechte des Bankpersonals

Alle Gouverneure, Direktoren, Stellvertreter, Beamten und Angestellten der Bank einschliesslich der Sachverständigen, die im Auftrag der Bank tätig sind,

- i) geniessen Immunität von der Gerichtsbarkeit für ihre in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen, sofern nicht die Bank diese Immunität aufhebt;
- ii) geniessen, falls sie nicht Inländer oder Staatsbürger sind, die gleiche Immunität von Einwanderungsbeschränkungen, von der Meldepflicht für Ausländer und von staatlichen Dienstpflichten sowie die gleichen Erleichterungen in bezug auf Devisenvorschriften, wie sie die Mitglieder den in vergleichbarem Rang stehenden Vertretern, Beamten und Angestellten anderer Mitglieder gewähren, und
- iii) geniessen in bezug auf Reiseerleichterungen die gleiche Behandlung, wie sie die Mitglieder den in vergleichbarem Rang stehenden Vertretern, Beamten und Angestellten anderer Mitglieder gewähren.

Artikel 56

Befreiung von der Besteuerung

1. Die Bank, ihre Vermögenswerte, ihr Eigentum, ihre Einkünfte sowie ihre Geschäfte und Transaktionen sind von allen Steuern und Zollabgaben befreit. Die Bank ist ferner von jeder Verpflichtung zur Zahlung, Einbehaltung oder Einziehung von Steuern oder Abgaben befreit.

2. Auf oder für Gehälter und sonstige Bezüge, welche die Bank ihren Direktoren, Stellvertretern, Beamten und Angestellten, einschliesslich der im Auftrag der Bank tätigen Sachverständigen, zahlt, werden keine Steuern erhoben, es sei denn, dass ein Mitglied mit seiner Ratifikations- oder Annahmearkunde eine Erklärung hinterlegt, wonach es sich und seinen Gebietskörperschaften das Recht vorbehält, die von der Bank an seine eigenen Staatsbürger oder Staatsangehörigen bezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge zu besteuern.

3. Von der Bank ausgegebene Obligationen oder Wertpapiere, einschliesslich der darauf entfallenden Dividenden oder Zinsen, gleichviel in wessen Besitz sie sich befinden, unterliegen keiner Steuer,

- i) die solche Obligationen oder Wertpapiere nur deswegen benachteiligt, weil sie von der Bank ausgegeben sind, oder
- ii) deren einzige rechtliche Grundlage der Ort oder die Währung ist, in der diese Papiere ausgegeben werden, zahlbar sind oder bezahlt werden, oder der Ort einer von der Bank unterhaltenen Geschäftsstelle oder Geschäftseinrichtung ist.

4. Von der Bank garantierte Obligationen oder Wertpapiere, einschliesslich der darauf entfallenden Dividenden oder Zinsen, gleichviel in wessen Besitz sie sich befinden, unterliegen keiner Steuer,

- i) die solche Obligationen oder Wertpapiere nur deswegen benachteiligt, weil sie von der Bank garantiert sind, oder
- ii) deren einzige rechtliche Grundlage der Ort einer von der Bank unterhaltenen Geschäftsstelle oder Geschäftseinrichtung ist.

Artikel 57

Durchführung

Jedes Mitglied trifft in Übereinstimmung mit seinem Rechtssystem alsbald alle erforderlichen Massnahmen, um die in diesem Kapitel niedergelegten Bestimmungen in seinem Staatsgebiet in Kraft zu setzen, und unterrichtet die Bank über die hiefür getroffenen Massnahmen.

Artikel 58

Aufhebung der Immunitäten, Befreiungen und Vorrechte

Die Bank kann nach ihrem eigenen Ermessen in jedem einzelnen Falle auf Vorrechte, Immunitäten und Befreiungen, die ihr gemäss diesem Kapitel zustehen, in jener Weise und unter jenen Bedingungen verzichten, die sie zur Wahrung der Interessen der Bank als zweckmässig erachtet.

Kapitel IX: Änderungen, Auslegung, Schiedsverfahren

Artikel 59

Änderungen

1. Dieses Übereinkommen kann nur durch eine Entschliessung des Gouverneursrats geändert werden, deren Annahme der Stimmen von zwei Dritteln aller Gouverneure bedarf, die dabei mindestens drei Viertel der Gesamtstimmenzahl der Mitglieder vertreten.

2. Ungeachtet des Absatzes 1 ist die Einstimmigkeit im Gouverneursrat erforderlich für jede Änderung .

- i) des Rechts zum Austritt aus der Bank,
- ii) der Haftungsbeschränkungen nach Artikel 5 Absätze 6 und 7, und
- iii) der Rechte im Zusammenhang mit dem Erwerb von Stammkapital nach Artikel 5 Absatz 2.

3. Alle Vorschläge zur Änderung dieses Übereinkommens, gleichviel ob sie von einem Mitglied oder dem Direktorium ausgehen, sind dem Vorsitzenden des Gouverneursrats zuzuleiten, der sie dem Rat vorlegt. Ist eine Änderung angenommen worden, so bestätigt die Bank die Annahme in einer an alle Mitglieder gerichteten amtlichen Mitteilung. Änderungen treten für alle Mitglieder drei (3) Monate nach dem Datum der amtlichen Mitteilung in Kraft, sofern der Gouverneursrat in dieser nicht eine andere Frist festsetzt.

Artikel 60

Auslegung oder Anwendung

1. Alle Fragen bezüglich der Auslegung oder Anwendung der Bestimmungen dieses Übereinkommens, die zwischen einem Mitglied und der Bank oder zwischen zwei oder mehr Mitgliedern der Bank auftreten, werden dem Direktorium zum Entscheid vorgelegt. Besitzt keiner der Direktoren die Staatsangehörigkeit eines Mitglieds, das von der zur Beratung stehenden Frage besonders betroffen wird, so hat dieses Mitglied ein Recht auf eine direkte Vertretung im Direktorium während dieser Beratung; der Vertreter dieses Mitglieds hat jedoch kein Stimmrecht. Das Vertretungsrecht wird vom Gouverneursrat geregelt.

2. Hat das Direktorium eine Entscheidung nach Absatz 1 gefällt, so kann jedes Mitglied verlangen, dass die Frage an den Gouverneursrat verwiesen wird, dessen Entscheid endgültig ist. Bis zum Entscheid des Gouverneursrates kann die Bank, soweit sie dies für erforderlich hält, nach Massgabe des Entscheides des Direktoriums handeln.

Artikel 61

Schiedsverfahren

Kommt es zwischen der Bank und einem Staat, dessen Mitgliedschaft erloschen ist, oder zwischen der Bank und einem Mitglied nach Annahme einer Entschliessung zur Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank zu einer Meinungsverschiedenheit, so wird sie einem aus drei Schiedsrichtern bestehenden Schiedsgericht zum Entscheid unterbreitet. Einer der Schiedsrichter wird von der Bank ernannt, ein weiterer von dem betreffenden Staat und der dritte, sofern nicht die Parteien etwas anderes vereinbaren, vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs oder einer anderen in den Reglementen des Gouverneursrats bezeichneten Stelle. Die einfache Mehrheit der Stimmen der Schiedsrichter genügt für den Entscheid, der endgültig und für die Parteien verbindlich ist. Der dritte Schiedsrichter ist ermächtigt, alle Verfahrensfragen zu regeln, über welche die Parteien sich nicht zu einigen vermögen.

Artikel 62

Als erteilt geltende Genehmigung

Ist die Genehmigung eines Mitglieds erforderlich, bevor die Bank eine Handlung vornehmen kann, so gilt sie als erteilt, sofern das Mitglied nicht innerhalb einer angemessenen Frist Einspruch erhebt, die die Bank bei Bekanntgabe des geplanten Vorhabens ansetzen kann.

Kapitel X: Schlussbestimmungen

Artikel 63

Unterzeichnung und Hinterlegung

1. Das Original dieses Übereinkommens in einer einzigen Ausfertigung in englischer Sprache liegt bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten in Bangkok bis zum 31. Januar 1966 für die Regierungen der in Anhang A aufgeführten Staaten zur Unterzeichnung auf. Anschliessend wird es bei dem (im folgenden als «Verwahrer» bezeichneten) Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

2. Der Verwahrer übermittelt allen Unterzeichnern und allen sonstigen Staaten, die Mitglieder der Bank werden, beglaubigte Abschriften dieses Übereinkommens.

Artikel 64

Ratifikation oder Annahme

1. Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation oder Annahme durch die Unterzeichner. Die Ratifikations- oder Annahmearkunden sind spätestens bis zum 30. September 1966 beim Verwahrer zu hinterlegen. Dieser gibt den anderen Unterzeichnern jede Hinterlegung und deren Zeitpunkt bekannt.

2. Ein Unterzeichner, dessen Ratifikations- oder Annahmearkunde vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens hinterlegt worden ist, wird mit diesem Zeitpunkt Mitglied der Bank. Jeder andere Unterzeichner, der die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt, wird zu dem Zeitpunkt Mitglied der Bank, an dem seine Ratifikations- oder Annahmearkunde hinterlegt wird.

Artikel 65

Inkrafttreten

Dieses Übereinkommen tritt in Kraft, wenn die Ratifikations- oder Annahmearkunde von mindestens fünfzehn (15) Unterzeichnern (darunter mindestens zehn (10) regionale Staaten) hinterlegt worden sind, deren Erstzeichnungen nach Anhang A insgesamt mindestens fünfundsechzig (65) Prozent des genehmigten Stammkapitals der Bank ausmachen.

Artikel 66

Aufnahme der Geschäftstätigkeit

1. Sobald dieses Übereinkommen in Kraft tritt, ernennt jedes Mitglied einen Gouverneur, und der Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten beruft die Eröffnungsversammlung des Gouverneursrats ein.

2. An seiner Eröffnungssitzung trifft der Gouverneursrat

- i) Vorkehren für die Wahl der Direktoren der Bank nach Artikel 30 Absatz 1 dieses Übereinkommens; und
- ii) Vorkehren für die Bestimmung des Zeitpunktes, an dem die Bank ihre Geschäftstätigkeit aufnimmt.

3. Die Bank notifiziert ihren Mitgliedern den Zeitpunkt der Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit.

Geschehen zu Manila, Philippinen, am 4. Dezember 1965, in englischer Sprache in einer einzigen Originalanfertigung, die nach Artikel 63 an die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten in Bangkok übermittelt und danach beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in New York hinterlegt wird.

Anhang A**Erstzeichnungen auf das genehmigte Stammkapital
durch Staaten, die nach Artikel 64 Mitglieder werden können****Teil A. Regionale Staaten**

I	Zeichnungs-
	betrag (in Millionen US-Dollar)
1. Afghanistan	3,36
2. Australien	85,00
3. Kambodscha	3,00
4. Ceylon	8,52
5. China, Republik	16,00
6. Indien	93,00
7. Iran	60,00
8. Japan	200,00
9. Korea, Republik	30,00
10. Laos	0,42
11. Malaysia	20,00
12. Nepal	2,16
13. Neuseeland	22,56
14. Pakistan	32,00
15. Philippinen	35,00
16. Republik Vietnam	7,00
17. Singapur	4,00
18. Thailand	20,00
19. Westsamoa	0,06
Insgesamt	<u>642,08</u>

II

Folgende regionale Staaten können nach Artikel 63 Unterzeichner dieses Übereinkommens werden, sofern sie bei der Unterzeichnung folgende Beträge des Stammkapitals der Bank zeichnen:

1. Burma	7,74
2. Mongolei	0,18
Insgesamt	<u>7,92</u>

Teil B. Nichtregionale Staaten

	Zeichnungs- betrag (in Millionen US-Dollar)
I	
1. Belgien	5,00
2. Kanada	25,00
3. Dänemark	5,00
4. Deutschland, Bundesrepublik	30,00
5. Italien	10,00
6. Niederlande	11,00
7. Vereinigtes Königreich	10,00
8. Vereinigten Staaten	200,00
Insgesamt	<u>296,00</u>

II

Folgende nichtregionale Staaten, die an der Tagung des Vorbereitenden Komitees für die Asiatische Entwicklungsbank in Bangkok vom 21. Oktober bis 1. November 1965 teilgenommen haben und dort ihr Interesse an einer Mitgliedschaft in der Bank zum Ausdruck brachten, können nach Artikel 63 Unterzeichner dieses Übereinkommens werden, sofern sie bei der Unterzeichnung je mindestens fünf Millionen Dollar (\$ 5 000 000) des Stammkapitals der Bank zeichnen:

1. Österreich
2. Finnland
3. Norwegen
4. Schweden

III

Bis zum 31. Januar 1966 kann jeder in Teil B Abschnitt I aufgeführte nichtregionale Staat seinen Zeichnungsbetrag durch eine entsprechende Bekanntgabe an den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten erhöhen; jedoch darf der Gesamtbetrag der Erstzeichnungen der in Teil B Abschnitte I und II aufgeführten nichtregionalen Staaten dreihundertfünfzig Millionen Dollar (\$ 350 000 000) nicht übersteigen.

Anhang B

Wahl der Direktoren

Abschnitt A. Wahl der Direktoren durch die Gouverneure, die regionale Mitglieder vertreten

1. Jeder Gouverneur, der ein regionales Mitglied vertritt, gibt alle Stimmen dieses Mitglieds für eine einzige Person ab.

2. Die sieben (7) Personen, welche die höchste Stimmenzahl erhalten, werden Direktoren; jedoch gilt nicht als gewählt, wer weniger als zehn (10) Prozent der Gesamtstimmenzahl der regionalen Mitglieder erhält.

3. Werden im ersten Wahlgang keine sieben (7) Personen gewählt, so findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem derjenige, der im ersten Wahlgang die niedrigste Stimmenzahl erhielt, ausscheidet und in dem nur Stimmen abgegeben werden:

- a) von den Gouverneuren, die im ersten Wahlgang für eine Person stimmten, die nicht gewählt wurde, und
 - b) von den Gouverneuren, deren für eine gewählte Person abgegebene Stimmen nach Absatz 4 so angesehen werden, als hätten sie die Zahl der für den Betreffenden abgegebenen Stimmen auf mehr als elf (11) Prozent der Gesamtstimmenzahl der regionalen Mitglieder steigen lassen.
- 4.a) Bei der Feststellung, ob die von einem Gouverneur abgegebenen Stimmen so angesehen werden sollen, als hätten sie die Gesamtzahl der für eine Person abgegebenen Stimmen auf mehr als elf (11) Prozent steigen lassen, werden in die genannten elf (11) Prozent erstens die Stimmen des Gouverneurs einbezogen, der die höchste Zahl von Stimmen für den Betreffenden abgegeben hat, und anschliessend in abnehmender Reihenfolge die Stimmen jedes Gouverneurs, der die nächsthöchste Stimmenzahl abgegeben hat, bis elf (11) Prozent erreicht sind.
- b) Für einen Gouverneur, dessen Stimmen zu einem Teil mitgezählt werden müssen, damit die für eine Person abgegebenen Stimmen zehn (10) Prozent übersteigen, gilt die Annahme, er habe alle seine Stimmen für den Betreffenden abgegeben, selbst wenn die Gesamtzahl der für den Betreffenden abgegebenen Stimmen dadurch elf (11) Prozent übersteigt.

5. Sind nach dem zweiten Wahlgang keine sieben (7) Personen gewählt, so erfolgen weitere Wahlgänge nach den in diesem Abschnitt festgelegten Grundsätzen und Verfahren; jedoch kann, nachdem sechs (6) Personen gewählt worden sind, die siebente – ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 2 – mit der einfachen Mehrheit der restlichen Stimmen der regionalen Mitglieder gewählt werden. Alle diese restlichen Stimmen werden so angesehen, als seien sie für den siebenten Direktor abgegeben worden.

6. Bei einer Erhöhung der Zahl der von den Gouverneuren, die regionale Mitglieder vertreten, zu wählenden Direktoren werden die in den Absätzen 2, 3 und 4 genannten Mindest- und Höchstprozentsätze vom Gouverneursrat entsprechend angepasst.

Abschnitt B: Wahl von Direktoren durch die Gouverneure, die nichtregionale Mitglieder vertreten

1. Jeder Gouverneur, der ein nichtregionales Mitglied vertritt, gibt alle Stimmen dieses Mitglieds für eine einzige Person ab.

2. Die drei (3) Personen, welche die höchste Stimmenzahl erhalten, werden Direktoren; jedoch gilt nicht als gewählt, wer weniger als fünfundzwanzig (25) Prozent der Gesamtstimmenzahl der nichtregionalen Mitglieder erhält.

3. Werden im ersten Wahlgang keine drei (3) Personen gewählt, so findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem derjenige, der im ersten Wahlgang die niedrigste Stimmenzahl erhielt, ausscheidet und in dem Stimmen nur abgegeben werden:

- a) von den Gouverneuren, die im ersten Wahlgang für eine Person stimmten, die nicht gewählt wurde, und
 - b) von den Gouverneuren, deren für eine gewählte Person abgegebenen Stimmen nach Absatz 4 so angesehen werden, als hätten sie die Zahl der für den Betreffenden abgegebenen Stimmen auf mehr als sechsundzwanzig (26) Prozent der Gesamtstimmenzahl der nichtregionalen Mitglieder steigen lassen.
- 4.a) Bei der Feststellung, ob die von einem Gouverneur abgegebenen Stimmen so angesehen werden sollen, als hätten sie die Gesamtzahl der für eine Person abgegebenen Stimmen auf mehr als sechsundzwanzig (26) Prozent steigen lassen, werden in die genannten sechsundzwanzig (26) Prozent erstens die Stimmen des Gouverneurs einbezogen, der die höchste Zahl von Stimmen für den Betreffenden abgegeben hat, und anschließend in abnehmender Reihenfolge die Stimmen jedes Gouverneurs, der die nächsthöchste Stimmenzahl abgegeben hat, bis sechsundzwanzig (26) Prozent erreicht sind.
- b) Für einen Gouverneur, dessen Stimmen zu einem Teil mitgezählt werden müssen, damit die für eine Person abgegebenen Stimmen fünfundzwanzig (25) Prozent übersteigen, gilt die Annahme, er habe alle seine Stimmen für den Betreffenden abgegeben, selbst wenn die Gesamtzahl der für den Betreffenden abgegebenen Stimmen dadurch fünfundzwanzig (25) Prozent übersteigt.

5. Sind nach dem zweiten Wahlgang keine drei (3) Personen gewählt, so erfolgen weitere Wahlgänge nach den in diesem Abschnitt festgelegten Grundsätzen und Verfahren; jedoch kann, nachdem zwei (2) Personen gewählt worden sind, die dritte – ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 2 – mit der einfachen Mehrheit der restlichen Stimmen gewählt werden, sofern die Zeichnungen der nichtregionalen Mitglieder mindestens einen Gesamtbetrag von dreihundertfünfundvierzig Millionen Dollar (\$ 345 000 000) erreicht haben. Alle diese restlichen Stimmen werden so angesehen, als seien sie für den dritten Direktor abgegeben worden.

6. Bei einer Erhöhung der Zahl der von den Gouverneuren, die nichtregionale Mitglieder vertreten, zu wählenden Direktoren werden die in den Absätzen 2, 3 und 4 genannten Mindest- und Höchstprozentsätze vom Gouverneursrat entsprechend angepasst.

(Es folgen die Unterschriften.)

Geltungsbereich, Stand am 8. April 1971

Vertragsstaaten	Ratifikation Annahme A		Inkrafttreten	
Afghanistan	22. August	1966	22. August	1966
Australien ¹⁾	19. September	1966	19. September	1966
Belgien	16. August	1966	22. August	1966
Ceylon ¹⁾	29. September	1966	29. September	1966
China (Taiwan)	22. September	1966	22. September	1966
Dänemark ¹⁾	16. August	1966	22. August	1966
Bundesrepublik Deutschland ¹⁾	30. August	1966	30. August	1966
Fidschi ³⁾	2. April	1970 A	2. April	1970
Finnland	22. August	1966	22. August	1966
Frankreich ^{1) 2)}	27. Juli	1970 A	27. Juli	1970
Grossbritannien ¹⁾	26. September	1966	26. September	1966
Hongkong ³⁾	27. März	1969 A	27. März	1969
Indien ¹⁾	20. Juli	1966	22. August	1966
Indonesien ²⁾	24. November	1966 A	24. November	1966
Italien ¹⁾	30. September	1966	30. September	1966
Japan ¹⁾	16. August	1966	22. August	1966
Kanada ¹⁾	22. August	1966	22. August	1966
Republik Khmer	30. September	1966	30. September	1966
Korea (Süd) ¹⁾	16. August	1966	22. August	1966

¹⁾ Erklärungen, siehe hernach

²⁾ Aufnahme gemäss Artikel 3, Absatz 2

³⁾ Aufnahme gemäss Artikel 3, Absatz 3

Vertragsstaaten	Ratifikation Annahme A		Inkrafttreten	
Laos	30. August	1966	30. August	1966
Malaysia ¹⁾	16. August	1966	22. August	1966
Nepal	21. Juni	1966 A	22. August	1966
Neuguinea u. Papua ³⁾	8. April	1971 A	8. April	1971
Neuseeland ¹⁾	29. September	1966	29. September	1966
Niederlande ¹⁾	29. August	1966	29. August	1966
Norwegen ¹⁾	14. Juli	1966	22. August	1966
Österreich	29. September	1966	29. September	1966
Pakistan	12. Mai	1966	22. August	1966
Philippinen ¹⁾	5. Juli	1966	22. August	1966
Singapur ¹⁾	21. September	1966	21. September	1966
Schweden ¹⁾	29. September	1966	29. September	1966
Schweiz ¹⁾²⁾	29. Dezember	1967 A	31. Dezember	1967
Thailand	16. August	1966	22. August	1966
Vereinigte Staaten ¹⁾	16. August	1966 A	22. August	1966
Vietnam (Süd)	22. September	1966	22. September	1966
West-Samoa	23. Juni	1966	22. August	1966

Vorbehalte und Erklärungen

Australien. Die Regierung Australiens erklärt nach Artikel 24 Absatz 2 ii) des Übereinkommens, dass Australien wünscht, die Verwendung des gemäss Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe *b* bezahlten Teils seines Zeichnungsbetrags auf die Bezahlung von Waren oder Dienstleistungen zu beschränken, die in seinem Hoheitsgebiet erzeugt oder erbracht werden, und dass alle Käufe von Waren oder Dienstleistungen im Hoheitsgebiet Australiens vorbehaltlich der üblichen Berücksichtigung von Ausschreibungen auf Wettbewerbsgrundlage in erster Linie zu Lasten des nach Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe *b* bezahlten Teils seines Zeichnungsbetrages gehen.

Die australische Regierung erklärt ferner gemäss Artikel 56 Absatz 2 des Übereinkommens, dass Australien sich das Recht vorbehält, den Gehalt und die sonstigen Bezüge zu besteuern, welche die Bank für in Australien geleistete Dienste an Direktoren, Stellvertreter, leitende oder sonstige Bedienstete der Bank einschliesslich der im Auftrag der Bank tätigen Sachverständigen zahlt, die im Sinne des australischen Einkommensteuerrechts in Australien ansässig sind, es sei denn, dass der Betreffende kein australischer Staatsbürger ist und lediglich deshalb nach Australien gekommen ist, um Aufgaben des Amtes wahrzunehmen, das er bei der Bank innehat.

¹⁾ Erklärungen, siehe hernach

²⁾ Aufnahme gemäss Artikel 3, Absatz 2

³⁾ Aufnahme gemäss Artikel 3, Absatz 3

Die australische Regierung ist nicht in der Lage, der Bank für Postsäcke, die sie in Australien durch die Post befördern lassen möchte, die niedrigeren Tarife zu gewähren, welche die australische Regierung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bestimmten anderen Regierungen für Postsäcke gewährt, die ihre diplomatischen Missionen in Australien durch die Post versenden.

Die australische Regierung ist nicht in der Lage, den Artikel 54 des Übereinkommens, der vorschreibt, dass jedes Mitglied den amtlichen Nachrichtenverkehr der Bank nicht weniger günstig behandelt als den amtlichen Nachrichtenverkehr anderer Mitglieder, vollständig zu erfüllen, soweit er sich auf Prioritäten, Tarife und Gebühren im Fernmeldeverkehr bezieht, solange nicht alle anderen Regierungen beschlossen haben, zwecks Gewährung dieser Behandlung an internationale Organisationen zusammenzuarbeiten. Dieser Vorbehalt lässt das Recht der Bank unberührt, Pressetelegramme zu den vorgeschriebenen Pressetarifen an Presse und Rundfunk in Australien aufzugeben.

Die australische Regierung vertritt die Meinung, dass das Übereinkommen die Anwendung australischer Quarantänegesetze nicht berührt.

Ceylon. Gemäss Artikel 56 Absatz 2 des Übereinkommens über die Asiatische Entwicklungsbank behält sich die Regierung Ceylons für Ceylon und seine Gebietskörperschaften das Recht vor, die von der Bank an Staatsbürger oder Staatsangehörige Ceylons, die ihren Aufenthalt oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Ceylon haben, bezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge zu besteuern.

Dänemark. Gemäss Artikel 14 ix) des Übereinkommens zur Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank werden die Beträge eines Darlehens, einer Kapitalanlage oder einer sonstigen Finanzierung, die im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit der Bank oder mit Sonderfonds durchgeführt wird, welche die Bank nach Artikel 19 Absatz 1 i) errichtet hat, ausschliesslich in Mitgliedstaaten für die Beschaffung von in Mitgliedstaaten erzeugten Waren und erbrachten Dienstleistungen verwendet ...

Die erklärte Schifffahrtspolitik der dänischen Regierung beruht auf dem Grundsatz des freien Schiffsverkehrs im internationalen Handel bei freiem und fairem Wettbewerb. Entsprechend dieser Politik sollten Transaktionen und Transfers im Zusammenhang mit Beförderungen zur See nicht durch Bestimmungen behindert werden, die einem Staat oder einer Staatengruppe eine Vorzugsbehandlung einräumen, und hierbei ist stets anzustreben, dass die Art der Beförderung und die Flagge, unter der sie erfolgt, nach normalen geschäftlichen Erwägungen bestimmt werden. Die Regierung Dänemarks erwartet, dass Artikel 14 ix) nicht entgegen diesem Grundsatz angewendet wird.

Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt gemäss Artikel 56 Absatz 2 des Übereinkommens, dass sie sich und ihren Gebietskörperschaften das Recht vorbehält, die von der Asiatischen Entwicklungsbank gezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge der Deutschen im Sinne des

Berichtigung

Bundesratsbeschluss betreffend Änderung der Verordnung über das landwirtschaftliche Bildungs- und Versuchswesen

(AS 1971 740)

Art. 48 Abs. 3

*Statt: ³ Auf das Verfahren ...
muss es heissen:*

³ Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1968¹⁾ über das Verwaltungsverfahren sowie des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1943²⁾ über die Organisation der Bundesrechtspflege.

Bern, den 18. Juni 1971

Bundeskanzlei

¹⁾ AS 1969 737

²⁾ BS 3 531, AS 1969 767

Philippinen. Gleicher Vorbehalt wie Indien.

Schweden. Gemäss der Hauptregel des Artikels 14 ix) des Übereinkommens zur Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank werden die Beträge eines Darlehens, einer Kapitalanlage oder einer sonstigen Finanzierung, die von der Bank durchgeführt wird, ausschliesslich in Mitgliedstaaten für die Beschaffung von in Mitgliedstaaten erzeugten Waren und erbrachten Dienstleistungen verwendet.

Die Schifffahrtspolitik der schwedischen Regierung beruht auf dem Grundsatz des freien Schiffsverkehrs im internationalen Handel bei freiem und fairem Wettbewerb. Die schwedische Regierung erwartet, dass Artikel 14 Ziffer ix) nicht entgegen diesem Grundsatz angewendet wird. Ferner gehört es zur Entwicklungshilfepolitik der schwedischen Regierung, dass eine multilaterale Entwicklungshilfe auf dem Grundsatz des freien internationalen Wettbewerbs beruhen soll. Die schwedische Regierung gibt der Hoffnung Ausdruck, dass es möglich sein wird, sich auf eine Änderung des Artikels 14 Ziffer ix) zu einigen, so dass er nicht mehr in Gegensatz zu diesem Grundsatz steht.

Schweiz. Gemäss Artikel 56 Absatz 2 des Übereinkommens über die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank behält sich die Schweiz das Recht vor, die Gehälter und sonstigen Bezüge, die von der Bank an Schweizerbürger mit Wohnsitz in der Schweiz ausbezahlt werden, der Einkommenssteuer der Eidgenossenschaft, der Kantone und Gemeinden zu unterstellen.

Singapur. Gleicher Vorbehalt wie Malaysia.

Vereinigte Staaten. Gleicher Vorbehalt wie Korea.

b) dass die Immunität auf Grund des Artikels 55 nicht in Anspruch genommen wird bei Verstössen von Mitgliedern des Bankpersonals gegen die Rechtsvorschriften über den Motorfahrzeugverkehr oder bei Schäden, die ein einem Mitglied gehörendes oder von ihm geführtes Motorfahrzeug verursacht.

Indien. Die Regierung Indiens erklärt, dass Indien für sich und seine Gebietskörperschaften das Recht vorbehält, die von der Asiatischen Entwicklungsbank an Staatsbürger oder Staatsangehörige Indiens bezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge zu besteuern.

Italien. Gemäss Artikel 56 Absatz 2 des Übereinkommens behält sich die italienische Regierung für Italien und seine Gebietskörperschaften das Recht vor, die Gehälter und sonstigen Bezüge zu besteuern, welche die Bank an italienische Staatsbürger bezahlt, die in Büros beschäftigt sind, welche die Bank in Italien errichtet, oder die für die Bank in Italien tätig sind.

Nach Auffassung der italienischen Regierung ist Artikel 56 Absatz 1 entsprechend der üblichen Praxis bei der Befreiung internationaler Organisationen von der Steuer auszulegen. Nach dieser Praxis wird internationalen Organisationen eine Steuervergünstigung nur für Gegenstände gewährt, die im Rahmen der amtlichen Tätigkeit einer Organisation erworben werden, und bei innerstaatlichen indirekten Steuern nur für erhebliche Käufe, bei denen die Gewährung einer derartigen Vergünstigung billigerweise durchführbar ist.

Nach Auffassung der italienischen Regierung ist die Bestimmung des Artikels 50 Absatz 1 über die Immunität von der Gerichtsbarkeit innerhalb der völkerrechtlich vorgesehenen Grenzen auszulegen.

Ferner beabsichtigt die italienische Regierung, sich mit der Asiatischen Entwicklungsbank dahingehend zu verständigen, dass das nach Artikel 50 Absatz 2 in der Satzung und den Regelungen der Bank oder in den mit der Bank geschlossenen Verträgen vorzuschreibende besondere Verfahren die Zuständigkeit der italienischen Gerichte für alle von privaten Parteien geltend gemachten Ansprüche nicht beeinträchtigt.

Japan. Gleicher Vorbehalt wie Indien.

Kanada. Gleicher Vorbehalt wie Ceylon.

Korea. Gleicher Vorbehalt wie Indien.

Malaysia. Die Regierung Malaysias erklärt, dass sie sich das Recht vorbehält, die von der Asiatischen Entwicklungsbank an malaysische Staatsbürger bezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge zu besteuern.

Neuseeland. ...Gemäss Artikel 24 Absatz 2 ii) des Übereinkommens erklärt die Regierung Neuseelands hiermit, dass Neuseeland den Wunsch hat, die Verwendung des nach Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe *b* bezahlten Teils seines Zeichnungsbetrags ganz auf die Bezahlung von Waren oder Dienstleistungen zu beschränken, die in seinem Hoheitsgebiet erzeugt oder erbracht werden.

Niederlande. Gleicher Vorbehalt wie Indien.

Norwegen. Gleicher Vorbehalt wie Dänemark.

Artikels 116 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, die einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Grundgesetzes einschliesslich des Landes Berlin haben, zu besteuern.

Frankreich. In Anwendung von Artikel 56 Absatz 2 des Übereinkommens behält sich die französische Regierung vor, die Steuern auf den Gehältern und sonstigen Bezügen, die den französischen Staatsangehörigen von der Bank ausbezahlt werden, gemäss der französischen Gesetzgebung zu erheben.

Grossbritannien. Gemäss Artikel 56 Absatz 2 behält sich Grossbritannien das Recht vor, die von der Asiatischen Entwicklungsbank an Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs und der Kolonien bezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge zu besteuern.

Gemäss Artikel 54 des Übereinkommens stehen der Asiatischen Entwicklungsbank Vorrechte auf dem Gebiet des Fernmeldeverkehrs zu. Die in Anhang 3 des am 21. Dezember 1959 in Genf unterzeichneten Internationalen Fernmeldevertrages enthaltene Liste der Personen und Stellen, die Anspruch auf derartige Vorrechte haben, führt ausser den Vereinten Nationen keine internationalen Organisationen auf. Es besteht also ein eindeutiger Gegensatz zwischen Artikel 54 und dem Fernmeldevertrag, dessen Vertragspartei das Vereinigte Königreich und zweifellos auch andere Mitglieder der Asiatischen Entwicklungsbank sind. Das Vereinigte Königreich gedenkt vorzuschlagen, dass dieser Gegensatz auf einer baldigen Sitzung des Gouverneurrats erörtert wird.

Artikel 56 Absatz 1 des Übereinkommens könnte vielleicht so ausgelegt werden, als räume er der Asiatischen Entwicklungsbank eine vollständige Befreiung von allen Zollabgaben und Steuern auf Waren ohne jede Beschränkung ein. Es ist üblich, internationalen Organisationen Steuervergünstigungen für Waren nur in bezug auf Gegenstände zu gewähren, die im Rahmen der amtlichen Tätigkeit der Organisation erworben werden, und bei innerstaatlichen indirekten Steuern nur für erhebliche Käufe, bei denen die Gewährung einer derartigen Vergünstigung billigerweise durchführbar ist. Nach Auffassung der Regierung des Vereinigten Königreichs ist Artikel 56 Absatz 1 entsprechend der üblichen Praxis auszulegen.

... die Regierung des Vereinigten Königreichs beabsichtigt, sich mit der Asiatischen Entwicklungsbank dahingehend zu verständigen,

a) dass die Bank für jedes ihr gehörende oder für sie betriebene Kraftfahrzeug eine Haftpflichtversicherung gegen alle Schäden abschliesst, die aus Unfällen entstehen, welche von derartigen Fahrzeugen im Vereinigten Königreich verursacht werden, und dass die Immunität der Bank von der Gerichtsbarkeit nach Artikel 50 Absatz 1 nicht in Anspruch genommen wird im Falle einer Zivilklage eines Dritten im Vereinigten Königreich wegen Schäden, die aus einem von einem derartigen Fahrzeug verursachten Unfall entstehen;

AS-1971-26 vom 25.06.1971 (S. 777-904)

RO-1971-26 du 25.06.1971 (p. 777-904)

RU-1971-26 del 25.06.1971 (p. 777-904)

In	Amtliche Sammlung
Dans	Recueil officiel
In	Raccolta ufficiale
Jahr	1971
Année	
Anno	
Band	1971
Volume	
Volume	
Heft	26
Cahier	
Numero	
Datum	25.06.1971
Date	
Data	
Seite	777-904
Page	
Pagina	
Ref. No	30 001 264

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.